

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## Bandung-Konferenz

*Jürgen Dinkel*

ERWARTUNGEN, EREIGNIS  
UND ERINNERUNGEN

*Amitav Acharya*

VON MISSVERSTÄNDNISSEN  
UND NACHWIRKUNGEN

*Arie M. Dubnov · Lior B. Sternfeld*

ISRAEL  
(ODER SEIN FEHLEN)  
IN BANDUNG

*Paul Stubbs*

JUGOSLAWIENS ROLLE  
IM NORD-SÜD-KONFLIKT

*Christine Hackenesch*


CHINAS ENGAGEMENT  
IN AFRIKA

*Eric Burton · Katharina Föger*

DER GLOBALE SÜDEN IN  
DER NEUEN HISTORIOGRAFIE  
DES KALTEN KRIEGES

# APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung  DASPARLAMENT



# Bandung-Konferenz

## APuZ 12/2025

**JÜRGEN DINKEL**

**ERWARTUNGEN, EREIGNIS  
UND ERINNERUNGEN**

Im April 1955 tagten im indonesischen Bandung erstmals die Regierungen Asiens und Afrikas ohne Beteiligung der Europäer, der Sowjetunion und der USA. Die Konferenz markierte einen Übergang vom europäischen Kolonialzeitalter zu einer noch vagen postkolonialen Weltordnung.

**Seite 04–12**

**AMITAV ACHARYA**

**VON MISSVERSTÄNDNISSEN  
UND NACHWIRKUNGEN**

Um die Konferenz von Bandung und ihr Vermächtnis ranken sich allerlei Mythen. Halten sie einer Überprüfung stand? Was zählt sieben Jahrzehnte später mit Blick auf die internationalen Beziehungen und die Weltordnung zum nachhaltigen Erbe der Konferenz?

**Seite 13–17**

**ARIE M. DUBNOV · LIOR B. STERNFELD**

**ISRAEL (ODER SEIN FEHLEN) IN BANDUNG**

Israel wurde nicht zur Asiatisch-Afrikanischen Konferenz in Bandung eingeladen. Zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Holocaust galten zionistische Juden nicht mehr als Teil der erwachenden postkolonialen Welt. Wie war es dazu gekommen?

**Seite 18–25**

**PAUL STUBBS**

**JUGOSLAWIENS ROLLE  
IM NORD-SÜD-KONFLIKT**

Als europäischer Staat wurde Jugoslawien nicht zur Asiatisch-Afrikanischen Konferenz von Bandung eingeladen. Dennoch sollte das Land wenige Jahre später die entstehende Bewegung der Blockfreien Staaten maßgeblich prägen, die den „Geist von Bandung“ aufgriff.

**Seite 26–31**

**CHRISTINE HACKENESCH**

**CHINAS ENGAGEMENT IN AFRIKA**

„Süd-Süd-Solidarität“ und andere Kernbegriffe, die die Asiatisch-Afrikanische Konferenz in Bandung prägten, spielen heute rhetorisch eine untergeordnete Rolle in den chinesisch-afrikanischen Beziehungen. Stattdessen stehen wirtschaftliche und politische Interessen im Vordergrund.

**Seite 32–37**

**ERIC BURTON · KATHARINA FÖGER**

**DER GLOBALE SÜDEN IN DER NEUEN  
HISTORIOGRAFIE DES KALTEN KRIEGES**

Aktuelle Forschungen ordnen die Rolle des Globalen Südens in den internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg neu ein. Inwiefern muss das wirkmächtige historiografische Deutungsmuster des Kalten Krieges aufgebrochen und mit anderen Faktoren zusammengedacht werden?

**Seite 38–45**

# EDITORIAL

Bandung im April 1955: Die Staats- und Regierungschefs von 29 asiatischen und afrikanischen Staaten sind in der indonesischen Stadt zusammengekommen, um sich vor dem Hintergrund der Dekolonisierung und der beginnenden Blockkonfrontation über ihre politischen Interessen auszutauschen und ihr Mitspracherecht in internationalen Fragen einzufordern. Erstmals sind weder die Großmächte USA und Sowjetunion noch die (ehemaligen) europäischen Kolonialmächte als Teilnehmer dabei – sie wurden nicht eingeladen. Entsprechend skeptisch blicken Vertreter von West wie Ost auf das Geschehen, entsprechend groß ist das globale Interesse an der Konferenz. Man wähnt sich an der Schwelle zu einer historischen Zäsur: Wie wird die Welt nach dem Ende des Kolonialzeitalters aussehen?

Trotz der Heterogenität der vertretenen Staaten und lebhaft ausgetragener inhaltlicher Differenzen steht am Ende der Konferenz eine Abschlusserklärung. Darin fordern die Teilnehmer unter anderem, ihre staatliche Souveränität anzuerkennen, jede Form kolonialer Herrschaft sofort zu beenden, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sowie das Selbstbestimmungsrecht der Völker umzusetzen und die Norm der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates zu respektieren; der Beitritt zu Verteidigungsbündnissen, die vorrangig den Interessen einer Großmacht dienen, wird abgelehnt.

Mit dieser Demonstration von Solidarität und Handlungsmacht der jungen postkolonialen Staaten Asiens und Afrikas ist die „Dritte Welt“, wie es damals heißt, auf der Weltbühne angekommen. Zwar kommt es nie zu einer Folgekonferenz, der „Geist von Bandung“ lebt jedoch weiter – insbesondere in der Bewegung Bündnisfreier Staaten, die sich in den 1960er Jahren als wichtigste Interessenvertretung des Globalen Südens herausbildet. 70 Jahre nach Bandung lohnt der Blick auf die Konferenz, ihr Erbe und ihren Platz in der Geschichte der Dekolonisierung und des Kalten Krieges. Denn einmal mehr ist die Weltordnung heute tektonischen Kräften ausgesetzt, und es stellt sich die Frage, welche Rolle die Staaten des Globalen Südens bei ihrer Neugestaltung spielen werden.

*Anne-Sophie Friedel*

# DIE ASIATISCH-AFRIKANISCHE KONFERENZ VON BANDUNG 1955

## Erwartungen, Ereignis und Erinnerungen

*Jürgen Dinkel*

Am 18. April 1955 blickte die Welt nach Indonesien: Im zuvor von den ehemaligen niederländischen Kolonialherren als Kurstadt genutzten Bandung versammelten sich gegen Ende des Kolonialzeitalters und zu Beginn des Ost-West-Konflikts die Staats- und Regierungsoberhäupter von 29 asiatischen und afrikanischen Staaten beziehungsweise Kolonien zur Asiatisch-Afrikanischen Konferenz.<sup>01</sup> Zusätzlich zu den 340 offiziellen Delegierten waren weitere inoffizielle Abgesandte antikolonialer Bewegungen angereist, die Unterstützung für ihre Unabhängigkeitsbestrebungen gewinnen wollten. Etwa 700 Journalisten aus allen Teilen der Welt beobachteten das Treffen und berichteten vor Ort über die erste internationale Konferenz der unabhängig gewordenen Staaten Asiens und Afrikas.<sup>02</sup>

Sichtlich stolz rief der indonesische Präsident Sukarno allen Anwesenden zu Beginn der Konferenz zu: „This is the first intercontinental conference of coloured peoples in the history of mankind!“<sup>03</sup> Erstmals in der Geschichte der Menschheit würden die Regierungen Asiens und Afrikas ohne Beteiligung der Europäer sowie der Sowjetunion und der USA eine Woche lang, vom 18. bis zum 24. April 1955, gemeinsam konferieren, ihre politischen Interessen zum Ausdruck bringen und ihr Mitspracherecht in internationalen Angelegenheiten einfordern. Auf der Tagesordnung standen unter anderem die Themen Kolonialismus, Staatsbildung und gegenseitige Nichteinmischung, Weltwirtschaft und wirtschaftliche Entwicklung, internationale Blockbildung, Menschenrechte, atomare Abrüstung und Vereinte Nationen.<sup>04</sup>

Die Bandung-Konferenz markierte – im Kontext des beginnenden Kalten Krieges – einen Moment des Übergangs: von der alten Ordnung des europäischen Kolonialzeitalters hin zu einer neuen postkolonialen Weltordnung. Das Bewusst-

sein, an der Schwelle eines neuen Zeitalters zu stehen, elektrisierte Journalisten, teilnehmende und beobachtende Diplomaten und Regierungen bereits im Vorfeld.<sup>05</sup> Sie alle teilten die Überzeugung, einem historischen Ereignis beizuwohnen, während niemand genau vorhersehen konnte, wie die Konferenz ablaufen und was aus ihr folgen würde. Noch vor ihrem Ende warb die US-amerikanische Zeitschrift „Time“ für ihre neue Ausgabe mit einem ausführlichen Bericht, listete eine Reihe von Teilnehmern auf – darunter der Premierminister der Volksrepublik China Zhou Enlai, der Premierminister Burmas (heute Myanmar) U Nu, Indiens Ministerpräsident Jawaharlal Nehru, der libanesische Botschafter in den USA Charles Malik, der Premierminister von Nordvietnam Pham Van Dong, Thailands Außenminister Prince Wan Waithayakon, der philippinische Diplomat Carlos Romulo, der stellvertretende türkische Ministerpräsident Fatin Rustu Zorlu, Pakistans Premierminister Mohammed Ali und Ägyptens Staatspräsident Gamal Abdel Nasser – und prognostizierte der Leserschaft: Es könne sein, dass ihre Enkel diese Namen einmal in der Schule auswendig lernen müssen.<sup>06</sup> Verschiedene Akteure projizierten ihre Hoffnungen an oder Befürchtungen vor einer neuen postkolonialen Weltordnung auf die anstehende Konferenz. Was würde aus der Zusammenkunft der 29 Regierungen für den asiatisch-afrikanischen Raum, die übrigen Teile der Welt oder die Vereinten Nationen sowie Menschenrechte, Welt-handelssystem, Kolonialherrschaft, Dekolonisation und Ost-West-Konflikt folgen?

### HOFFNUNGEN UND BEFÜRCHTUNGEN

Der asiatische Kontinent war in den frühen 1950er Jahren von tiefgreifenden Umbrüchen geprägt. Indien und Pakistan erlangten ihre Unabhängig-

keit 1947, Ceylon (heute Sri Lanka) 1948 und Indonesien 1949. Während die koloniale Ordnung zerfiel, entstand ein politisches Vakuum, das es zu füllen galt. Es dauerte nicht lange, bis Pläne, Träume und Utopien einer postkolonialen Weltordnung zirkulierten. Zugleich sahen sich die politischen Eliten der neuen Staaten einer doppelten Herausforderung gegenüber: Innenpolitisch mussten sie ihren Herrschaftsanspruch gegenüber der eigenen Bevölkerung unter schwierigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen legitimieren und festigen. Außenpolitisch galt es, die neue Staatlichkeit gegenüber den Nachbarländern sowie den ehemaligen europäischen Kolonialmächten und den Großmächten des Kalten Krieges zu behaupten, die nicht bereit waren, ihren Einfluss in der Region aufzugeben.

Aus Sicht der asiatischen Regierungen zeigte sich das besonders deutlich im Jahr 1954 mit der Genfer Indochinakonferenz. Zu dieser hatten die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion eingeladen, um mit den ehemaligen französischen Kolonien Vietnam, Laos und Kambodscha sowie der Volksrepublik China den Koreakrieg und den Indochinakrieg offiziell zu beenden und die asiatische Region neu zu ordnen. Weitere Regierungen asiatischer Länder waren allerdings nicht eingeladen – in ihren Augen ein Affront.

**01** Zur Asiatisch-Afrikanischen Konferenz hatten 23 asiatische und sechs afrikanische Länder/Kolonien Delegationen entsandt. In alphabetischer Reihenfolge waren dies: Afghanistan, Ägypten, Äthiopien, Burma (heute Myanmar), Ceylon (heute Sri Lanka), Volksrepublik China, Goldküste (heute Ghana), Indien, Indonesien, Iran, Irak, Japan, Jemen, Jordanien, Kambodscha, Laos, Libanon, Liberia, Libyen, Nepal, Pakistan, Philippinen, Saudi-Arabien, Sudan, Syrien, Thailand, Türkei, Nord-Vietnam und Süd-Vietnam.

**02** Zur Bandung-Konferenz vgl. Jürgen Dinkel, *Die Bewegung Bündnisfreier Staaten. Genese, Organisation und Politik, 1927–1992*, Berlin 2015, S. 59–98; Christopher J. Lee, *The Bandung Conference*, in: Mlada Bukovansky et al. (Hrsg.), *The Oxford Handbook of History and International Relations*, Oxford 2023, S. 690–704; Luis Eslava/Michael Fakhri/Vasuki Nesiah (Hrsg.), *Bandung, Global History, and International Law. Critical Pasts and Pending Futures*, Cambridge 2017; Darwis Khudori (Hrsg.), *Bandung at 60. New Insights and Emerging Forces*, Yogyakarta 2015.

**03** Speech by President Sukarno of Indonesia at the Opening of the Conference, in: *The Ministry of Foreign Affairs, Republic of Indonesia* (Hrsg.), *Asia-Africa Speaks from Bandung*, Jakarta 1955, S. 19–29, hier S. 19.

**04** *The Ministry of Foreign Affairs* (Anm. 3).

**05** Vgl. Richard Wright, *The Colour Curtain. A Report on the Bandung Conference*, Cleveland 1956.

**06** Anzeige, in: *New York Times*, 20. 4. 1955, S. 34.

Als Reaktion darauf initiierten die Regierungen von Burma, Ceylon, Indien, Indonesien und Pakistan eine eigene Konferenz. Ihr Ziel war es, möglichst alle asiatischen und afrikanischen Regierungen zu versammeln und gemeinsame Positionen zur Neugestaltung der internationalen Politik auszuarbeiten. Die meisten angefragten asiatischen und afrikanischen Regierungen sagten ihre Teilnahme zu. Allerdings hatten die Organisatoren auf Druck der afrikanischen Teilnehmer die Regierung des südafrikanischen Apartheidregimes und auf Druck der arabischen Teilnehmer die israelische Regierung nicht angefragt und damit von vornherein von der Konferenz ausgeschlossen.<sup>07</sup> Absagen kamen zudem von den Regierungen der Zentralafrikanischen Föderation, Neuseelands und Australiens. Die beiden Letzteren teilten den Organisatoren mit, dass ihre Länder nur rein geografisch Asien zuzurechnen seien, kulturell und historisch seien sie Teil des „weißen“ Westens. Ihre Länder hätten deshalb keine gemeinsamen Interessen mit den übrigen sich in Bandung versammelnden, „farbigen“ Regierungen. Eine weitere schmerzhafteste Absage kam von Kwame Nkrumah, der die Unabhängigkeitsverhandlungen zwischen der Goldküste (heute Ghana) und der britischen Regierung nicht durch seine Teilnahme an der Konferenz gefährden wollte. Insgesamt trafen sich in Bandung schließlich Vertreter von 29 Staaten und Kolonien, in denen zu diesem Zeitpunkt etwa 1,4 Milliarden Menschen lebten – mehr als die Hälfte der damaligen Weltbevölkerung.

## VORAUSSETZUNGEN UND INSZENIERUNGEN

Die Konferenz von Bandung stand einerseits in der Tradition antikolonialer Treffen, wie sie seit der Jahrhundertwende stattgefunden hatten. Auf unzähligen „kleinen“ Treffen, den panafrikanischen und panasiatischen Kongressen, in der Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit (1927–1935) oder auf der Asian Relations Conference 1947 hatten antikoloniale Aktivisten Strategien zur Überwindung kolonialer Herrschaft und vage Visionen einer postkolonialen Welt diskutiert. Andererseits markierte die Kon-

**07** Zum Verhältnis von afroasiatischer Solidarität und Israel siehe auch den Beitrag von Arie Dubnov und Lior Sternfeld in dieser Ausgabe.

29 Staaten mit 1430 Millionen Menschen waren auf der Bandung-Konferenz vertreten



Weiß — Teilnehmerstaaten (die Zahlen geben die Bevölkerungsstärke wieder)  
 Punktirt — Die Zentral-Afrikanische Union, die die Einladung nicht annahm.

Zeitgenössische Darstellung der an der Konferenz von Bandung teilnehmenden Staaten

Quelle: Baymirza Hayit, Die Konferenz in Bandung. Beginn einer neuen Ära der Weltpolitik, in: APuZ 25/1955, S. 385–395, S. 395.

ferenz eine deutliche Zäsur gegenüber diesen früheren Treffen. Denn nach Bandung reisten die meisten Delegierten nicht mehr als Vertreter antikolonialer Gruppierungen, sondern als Regierungen souveräner Staaten.

Dieser neue Status der Delegierten brachte auch Schwierigkeiten mit sich. Die Konferenzorganisatoren und -teilnehmer sahen sich vor die Herausforderung gestellt, die zahlreichen widersprüchlichen Einzelinteressen und politischen Überzeugungen von 29 Delegationen unter einen Hut zu bringen. In Bandung trafen Delegierte aus Ländern mit unterschiedlicher Kultur, Wirtschaft und Politik zusammen, die zum Teil noch wenige Jahre zuvor gegeneinander Krieg geführt hatten, wie etwa Japan gegen einen Großteil der asiatischen Teilnehmerländer im Zweiten Weltkrieg oder Indien gegen Pakistan nach der Unabhängigkeit beider Länder. Buddhisten trafen auf Hinduisten, Muslime und Christen; Delegierte aus rohstoffarmen Ländern auf Delegierte aus rohstoffreichen Ländern; Abgesandte aus bevölkerungsreichen Staaten wie der Volksrepublik Chi-

na auf Abgesandte aus Ländern mit einer kleinen Einwohnerzahl; Agrarstaaten wie Ceylon auf industrialisierte Staaten wie Japan; Monarchen auf autoritäre Diktatoren, Militärbefehlshaber und demokratisch gewählte Premierminister; Kommunisten auf Anhänger des Westens und Neutralisten; und schließlich Vertreter unabhängiger Staaten auf Delegierte aus Gebieten, die formal noch unter kolonialer Herrschaft standen.

Vor diesem Hintergrund räumten die Organisatoren allen Delegationen die Möglichkeit ein, ihre individuellen Positionen darzulegen und ihre staatliche Souveränität zu unterstreichen. Zugleich appellierten sie an alle Redner, polarisierende Themen zu vermeiden und stattdessen Gemeinsamkeiten zu betonen. Durch die Entscheidung für ein Konsensverfahren und eine unverbindliche Abschlusserklärung sollte zudem sichergestellt werden, dass alle Teilnehmer ihre Anliegen einbringen konnten, ohne sich gleichzeitig zu weitgehenden Verpflichtungen bekennen zu müssen. Nach seiner Rückkehr notierte der libanesische Delegationsführer Charles Ma-

lik, dass die Konferenz von Beginn an von einer Atmosphäre des gegenseitigen Kennenlernens und der Verständigung geprägt gewesen sei. Die von allen Teilnehmern akzeptierte Verhaltensregel lautete: „Seek the bonds that bind and not the differences that divide.“<sup>08</sup>

Schließlich war es für die Teilnehmer wichtig, ihren individuellen und kollektiven Botschaften möglichst weitreichende Beachtung zu verschaffen. Hierzu kündigten sie die Konferenz weltweit in führenden Zeitungen an, und die indonesische Regierung baute im Vorfeld des Treffens das Kommunikationssystem auf Java aus. Es gab tägliche Pressebriefings und andere Gelegenheiten wie Abendveranstaltungen und Kunstausstellungen, an denen sich Konferenzteilnehmer und -beobachter austauschen konnten. Darüber hinaus vermittelten die Teilnehmer ihre Botschaften über eine ausgefeilte Inszenierung ihres Zusammentreffens: Noch vor Konferenzbeginn benannte Sukarno die zentrale durch die Innenstadt von Bandung führende Hauptstraße von „Jalan Raya Timur“ in „Jalan Asia-Afrika“ und die Konferenzhalle, den früheren niederländischen Club „Concordia“, in „Gedung Merdeka“ („Haus der Freiheit“) um. Die durch den Unabhängigkeitskrieg zerstörte Innenstadt wurde durch umfangreiche Renovierungen in ein internationales Konferenzzentrum umgestaltet. Mit diesen baulichen Maßnahmen verdeutlichten die Gastgeber das Ende des Kolonialzeitalters. Zahlreiche andere symbolische Handlungen während des Konferenzverlaufs zielten in die gleiche Richtung.<sup>09</sup>

Zu Beginn der Konferenz begrüßte die indonesische Regierung alle Delegationen am Flughafen und am Konferenzhotel durch das Hissen ihrer jeweiligen Nationalflagge. Diesen Flaggen maßten die Konferenzteilnehmer als Insignien souveräner Staaten und Ausdruck staatlicher Autorität eine herausragende symbolische Bedeutung bei. Besonders deutlich zeigte sich dies im Umgang mit der sudanesischen Delegation. Da der Sudan noch nicht unabhängig war und somit über keine offizielle Staatsflagge verfügte, die su-

danesische Delegation jedoch beanspruchte, im Namen eines zukünftigen unabhängigen Staates aufzutreten, entstand ein protokollarisches Dilemma. Um die Gleichberechtigung des Sudans mit den anderen Teilnehmerstaaten zu unterstreichen, entschied sich die indonesische Regierung für eine kreative Lösung: Sie hisste vor der Konferenzhalle eine weiße Flagge, auf der in schwarzer Schrift der Name „Sudan“ angebracht war. Im Konferenzsaal markierte diese Flagge den Platz der sudanesischen Delegation.

Auch neu gestaltete Weltkarten kamen auf der Konferenz zum Einsatz. Im Gegensatz zu den eurozentrischen Karten der Kolonialzeit rückten sie die asiatisch-afrikanische Weltregion ins Zentrum. Zudem visualisierten die Karten bereits vollzogene politische Veränderungen, indem sie die neu entstandenen Staaten Asiens und Afrikas abbildeten, und wiesen gleichzeitig in die Zukunft, da sie auch noch bestehende Kolonien als unabhängige Länder zeigten. Die Karten fungierten sowohl als historische Dokumentation als auch als politisches Statement, das die Dekolonisierung als unumkehrbaren Prozess darstellte. Aus diesem Grund setzten die Organisatoren auch alles daran, sie möglichst weit zu verbreiten. Sie errichteten auf dem Hauptplatz Bandungs, der zwischen den Hotels der Journalisten und der Konferenzhalle gelegen war, ein riesiges Abbild dieser Karte. Ebenso zierte sie das Titelblatt des mehrmals erscheinenden und weit zirkulierenden Konferenz-Bulletins sowie die im Anschluss an die Konferenz gedruckten Sonderbriefmarken.

Der zweifellos eindrucksvollste und publikumswirksamste Moment der Inszenierungen war der „Merdeka-Walk“ zu Beginn der Konferenz. Die indonesische Konferenzleitung hatte alle teilnehmenden Staats- und Regierungschefs eingeladen, für die Eröffnungszeremonie die Strecke von ihren Hotels zur Konferenzhalle zu Fuß zu gehen. Teils in traditionellen Gewändern, teils in Anzügen, schritten die Delegierten zum Konferenzbeginn durch eine jubelnde Menschenmenge. Schülerinnen und Schüler, Geschäftsleute und zahlreiche Journalisten begrüßten die Staatsgäste mit Freiheitsrufen und forderten Autogramme ein. Die Atmosphäre glich laut Zeitzeugen einer olympischen Eröffnungsfeier, einer „Parade der Nationen“. Durch den „Merdeka-Walk“ wurde der weltweit stattfindende Prozess der Dekolonisierung symbolisch inszeniert. Die Staats- und Regierungschefs demonstrierten ihre

**08** Charles H. Malik, *The Problem of Coexistence*, Evanston 1955, S. 20.

**09** Vgl. Vijay Prashad, *The Darker Nations. A People's History of the Third World*, New York 2007, S. 31 f. Zur Geschichte Indonesiens vgl. David van Reybrouck, *Revolusi. Indonesien und die Entstehung der modernen Welt*, Berlin 2022.



Publikumsandrang auf der Straße während der Asiatisch-Afrikanischen Konferenz in Bandung im April 1955

Quelle: Getty Images/Ernst Haas

Verbundenheit mit den antikolonialen Bewegungen und ihre Verankerung im Volk. Zugleich verdeutlichte dieser Akt, dass die antikolonialen Bewegungen von der Straße in den internationalen Konferenzhallen angekommen waren, wo ihre politischen Führer nun als Regierungen zusammenkamen, um die Zukunft der neu entstandenen Staaten zu gestalten und ihre Version einer postkolonialen Weltordnung zu skizzieren.<sup>10</sup>

### ERGEBNISSE DER KONFERENZDIPLOMATIE

Angesichts der zahlreichen Divergenzen zwischen den einzelnen Teilnehmerstaaten verliefen die Verhandlungen nicht immer reibungslos. Anders, als es manch westlicher Konferenzbericht jedoch vermuten lässt, stand die Konferenz niemals kurz vor ihrem Scheitern. Vielmehr war den

<sup>10</sup> Vgl. Naoko Shimazu, „Diplomacy as Theatre“: Recasting the Bandung Conference of 1955 as Cultural History, Asia Research Institute Working Paper 164/2011; dies., Women „Performing“ Diplomacy at the Bandung Conference of 1955, in: Khudori (Anm. 2), S. 34–49.

Konferenzteilnehmern bewusst, dass sie mit einheitlicher Stimme sprechen mussten, um ihren Forderungen gegenüber den nördlichen Industriestaaten Gewicht zu verleihen. Dies gelang ihnen, indem sie in ihren Reden auf ihr gemeinsames koloniales Erbe und die kollektive Erfahrung kolonialer Unterdrückung verwiesen, oder darauf, dass sie die Mehrheit der Menschen repräsentierten. Darüber hinaus strebten alle Delegierten die Anerkennung ihrer jeweiligen Regierung als souverän an und forderten die Aufnahme sämtlicher Bandung-Staaten in die Vereinten Nationen. Hierauf aufbauend präsentierten die 29 asiatischen und afrikanischen Regierungen am letzten Konferenztage der Öffentlichkeit und allen anwesenden Journalisten und Diplomaten ihre Abschlusserklärung.<sup>11</sup>

In ihrem „Final Communiqué of the Asian-African Conference“ fassten die Bandung-Staaten die zentralen Ergebnisse und Forderungen ihrer Verhandlungen zusammen. In der Präambel führten sie alle Delegationen als Repräsentanten unab-

<sup>11</sup> Die Reden der Delegierten und das Final Communiqué sind abgedruckt in The Ministry of Foreign Affairs (Anm. 3).





Indonesiens Präsident Sukarno während seiner Eröffnungsrede auf der Bandung-Konferenz am 18. April 1955

Quelle: picture alliance/United Archives

hängiger Staaten auf. Anschließend skizzierten die Unterzeichner ihre gemeinsame Position zu Fragen der internationalen Politik entlang von sechs Themenkomplexen: Economic Co-Operation, Cultural Co-Operation, Human Rights and Self-Determination, Problems of Dependent Peoples, Other Problems, und Promotion of World Peace and Co-Operation. Ihre wesentlichen Forderungen in der das Dokument abschließenden „Declaration on the Promotion of World Peace and Co-Operation“ lauteten: Die Zeit des Kolonialismus sei vorbei, jegliche Form kolonialer Herrschaft müsse sofort beendet werden, und die Konferenzteilnehmer seien als die neuen und rechtmäßigen Regierungen der asiatischen und afrikanischen Staaten anzuerkennen. Zusätzlich seien Interventionen und Einmischungen in die inneren Angelegenheiten eines Staates abzulehnen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und das Recht auf Selbstbestimmung umzusetzen.

Um die Aktualität und Rechtmäßigkeit dieser Forderungen zu unterstreichen, führten die Unterzeichner im Dokument immer wieder konkrete Beispiele an. So würden koloniale Herrschaftsformen unter anderem noch in Algerien,

Marokko und Tunesien existieren. Außerdem seien noch nicht alle asiatischen und afrikanischen Staaten in die Vereinten Nationen aufgenommen worden, was für friedliche und gleichberechtigte Diskussionen internationaler Fragen wie der Regelung von Wirtschaftsbeziehungen und (atomare) Abrüstungsfragen aber notwendig sei. In diesen Beispielen verknüpften sich häufig partikuläre Forderungen einzelner Delegationen mit übergeordneten Forderungen, die von allen Teilnehmern getragen wurden.

Das Final Communiqué ermöglichte damit zwei Lesarten: Einerseits konnte es als kollektive Forderung aller Teilnehmer zur Abschaffung kolonialer Herrschaft bei gleichzeitiger Anerkennung ihrer staatlichen Souveränität sowie als Bekenntnis zu den Vereinten Nationen verstanden werden. Andererseits ließ es sich auch als Kritik an bestimmten Formen von Unterdrückung wie etwa in den französischen Kolonien lesen. Je nach Gewichtung und Situation konnten Teilnehmer und Rezipienten nach der Konferenz daher – auch je nach Zuhörerschaft – entweder die zentralen Hauptaussagen oder einzelne Beschlüsse des Dokuments hervorheben.

## REZEPTION UND REAKTIONEN

Die Bandung-Konferenz war sowohl ein Produkt als auch ein Katalysator tiefgreifender globaler Veränderungen in den 1940er und 1950er Jahren. Als Medienereignis erreichte sie weltweit beispiellose Aufmerksamkeit, und die politische Wucht, die von Bandung ausging, resultierte auch daraus.

Übereinstimmend teilten Journalisten, Wissenschaftler und Diplomaten in Vorträgen, Zeitschriften und Zeitungen in sich überbietenden Superlativen ihren Lesern mit, dass sich in Bandung ein kaum zu überschätzendes politisches Ereignis zugetragen hatte. Sie sahen in der Konferenz, den „Beginn einer neuen Ära der Weltpolitik“, „eines der bedeutsamsten Ereignisse der Nachkriegszeit“, eine „Zäsur der Zeitalter“, „a novelty in international meetings“ oder „probably the most important [event] of its kind to ever occur“.<sup>12</sup> Ein Beobachter erwartete zwei Jahre nach der Konferenz, dass sie in der Weltgeschichte einen Platz einnehmen werde wie „der Wiener Kongreß, die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten oder die Oktoberrevolution des Jahres 1917“.<sup>13</sup> Erstmals hätten sich die asiatischen und afrikanischen Staaten ohne Beteiligung eines „weißen“ Staates und trotz aller zwischen ihnen bestehenden Divergenzen zu einer internationalen Konferenz solidarisiert. Stimmen aus Ost, West und dem Globalen Süden interpretierten die Konferenz als einen Beleg für das „Erwachen der ehemaligen Kolonialvölker“. Der Mitarbeiter des „Observer“, Rawle Knox, und sein Kollege vom „Manchester Guardian“ hörten in Bandung die „Stimmen Asiens“, Carl T. Rowan von „The Minneapolis Tribune“ die „Stimme der Stimmlosen“ und der Schriftsteller Richard Wright gar „die Stimme der Menschheit“.<sup>14</sup> Zahlreiche Fotos vom Ablauf der Konferenz und abgedruckte Karten, die den Artikeln beigelegt waren, verstärkten und visualisierten die Botschaft, dass die asiatischen und afrikanischen Staaten zu neuen Akteuren der internationalen Politik geworden seien. In der Mehrzahl waren die abgebildeten Karten Kopien der Landkarte, die in der

Konferenzhalle in Bandung hing und einen Ausschnitt einer politischen Weltkarte zeigte, in denen die Teilnehmerstaaten als eigenständige Staaten eingezeichnet waren.<sup>15</sup> Laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ demonstrierte die Konferenz die Unabhängigkeit der neuen Staaten überzeugender, als dies „alle amtlichen Versicherungen, alle Statuten, Urkunden und Verfassungen zu tun vermocht haben“.<sup>16</sup>

In der Bewertung dieser Entwicklung unterschieden sich die Positionen der Beobachter allerdings stark. Während einige in der Konferenz einen Schritt hin zu einer neuen, gerechteren Weltordnung sahen, befürchteten andere zukünftige Konflikte. So spekulierten australische und südafrikanische Zeitungen über einen drohenden Krieg zwischen den „farbigen“ und den „weißen“ Völkern, während europäische Friedensaktivisten und Civil-Rights-Aktivistinnen in den USA die Hoffnung hegten, dass die afroasiatischen Staaten eine Vermittlerrolle im Kalten Krieg einnehmen und sich für Menschenrechte und atomare Abrüstung einsetzen würden.<sup>17</sup>

Die Regierungen in Ost und West erkannten die postkolonialen Staaten nun als ernstzunehmende Akteure in den internationalen Beziehungen an. In Moskau und in Washington, aber auch in den europäischen Hauptstädten, begannen die jeweiligen Außenministerien mit der Ausarbeitung von Strategien zum Umgang mit den postkolonialen Staaten, die nun zunehmend häufiger auch als „Dritte Welt“ bezeichnet wurden und denen eine wichtige Rolle im Ost-West-Konflikt zugeschrieben wurde.<sup>18</sup>

Die Konferenz hatte nicht nur internationale, sondern auch innenpolitische Auswirkungen. So diente die Teilnahme den neuen Regierungen auch dazu, ihren Herrschaftsanspruch zu legitimieren und ihre Macht zu konsolidieren. Die umfangreiche Berichterstattung in den

<sup>12</sup> Zit. nach Dinkel (Anm. 2), S. 86.

<sup>13</sup> O.A., Die Front der Farbigen. Nach einem Manuskript von John Paul Dexter, München 1957, S. 173. Zur umfangreichen Presseberichterstattung vgl. Dinkel (Anm. 2), S. 86.

<sup>14</sup> Zit. nach Dinkel (Anm. 2), S. 87.

<sup>15</sup> Vgl. Baymirza Hayit, Die Konferenz in Bandung. Beginn einer neuen Ära der Weltpolitik, in: APuZ 25/1955, S. 385–395.

<sup>16</sup> O.A., Die Freiheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.5.1955, S. 2.

<sup>17</sup> Vgl. etwa o.A., The Colour Bar and the Bandoeng Conference, in: The Sydney Morning Herald, 16.4.1955, S. 2; Wright (Anm. 5).

<sup>18</sup> Vgl. Kweku Ampiah, The Political and Moral Imperatives of the Bandung Conference of 1955. The Reactions of the US, UK and Japan, Kent 2007; Jürgen Dinkel, „Dritte Welt“ – Geschichte und Semantiken, 6.10.2014, [http://docupedia.de/zg/dinkel\\_dritte\\_welt\\_v1\\_de\\_2014](http://docupedia.de/zg/dinkel_dritte_welt_v1_de_2014). Vgl. auch den Beitrag von Eric Burton und Katharina Föger in dieser Ausgabe.

einzelnen Ländern zeigte die Vertreter der eigenen Regierung beim Empfang am Flughafen, im Konferenzsaal hinter der eigenen Nationalflagge sitzend und listete ausführlich auf, mit welchen anderen Staatschefs und Außenministern sie sich wann und wie lange getroffen hatten. Die Botschaft der Berichte war dabei immer die gleiche: Es ging darum, zu zeigen, dass andere Regierungen den Machtanspruch der eigenen Regierung anerkannten.

Damit leitete die Konferenz einen Paradigmenwechsel ein, der für die Geschichte des Globalen Südens von großer Tragweite sein sollte. Denn in dem Maße, in dem sich in den folgenden Jahrzehnten Regierungen in der postkolonialen Welt an die Macht putschten und/oder die Zustimmung der eigenen Bevölkerung verloren, gewann die Legitimierung durch andere Regierungen auf internationalen Konferenzen und in internationalen Organisationen für sie an Bedeutung. Die Anerkennung von außen durch andere Akteure der internationalen Politik wurde für viele postkoloniale Regierungen zur eigentlichen Legitimationsgrundlage, während die Legitimierung durch die eigene Bevölkerung in vielen Fällen an Relevanz verlor.

In Asien und Afrika war der Erfolg der Bandung-Konferenz zugleich ihr Verhängnis: Während die Konferenz die Dekolonisierung beschleunigte, konnte sie eine dauerhafte Einheit der afroasiatischen Staaten nicht sichern. Zwar stieß sie die Gründung nichtstaatlicher Netzwerke wie der Afro-Asian People's Solidarity Organisation oder der Afro-Asian Writers' Association an; auf staatlicher Ebene kam die Kooperation jedoch bald zum Erliegen. Der Wegfall gemeinsamer Ziele, insbesondere die Kritik am Kolonialismus, sowie fortbestehende nationalstaatliche Divergenzen und Grenzkonflikte, unterschiedliche Positionierungen im Ost-West-Konflikt und Konkurrenz untereinander um Einfluss in der postkolonialen Welt verhinderten eine dauerhafte Kooperation. Trotz aller Bemühungen kam es nie zu einer zweiten Bandung-Konferenz.

Allerdings setzten die Bandung-Staaten ihre Kooperation in den Vereinten Nationen fort. Auch unter Ausnutzung des Ost-West-Gegensatzes forcierten sie in den folgenden Jahren erfolgreich die Aufnahme aller asiatischen und afrikanischen Staaten in die Vereinten Nationen. Ihr Stimmgewicht in der UN-Generalversammlung wuchs an, und auch deshalb erklärten die Verein-

ten Nationen 1960 koloniale Herrschaftsformen für unrechtmäßig. Damit hatten die asiatischen und afrikanischen Staaten wesentliche Ziele der Bandung-Konferenz erreicht: Große Teile Afrikas waren politisch unabhängig und die neuen postkolonialen Staaten als Mitglieder in die Vereinten Nationen aufgenommen.<sup>19</sup>

Für die neuen souveränen Regierungen stellte sich nun die Frage, wie sie eines ihrer zentralen Versprechen aus der Zeit des antikolonialen Kampfes – nämlich, dass es der Bevölkerung nach der politischen Unabhängigkeit wirtschaftlich besser gehen würde als unter kolonialer Herrschaft – einlösen konnten. Ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten waren für die als notwendig angesehenen ökonomischen Reformen häufig zu gering. Nach dem Vorbild der Bandung-Konferenz kam es daher ab Beginn der 1960er Jahre zu weiteren Versuchen, die postkolonialen und entstehenden bündnisfreien Staaten zu vernetzen, um eine neue Weltwirtschaftsordnung zu schaffen.<sup>20</sup>

Der Zuspruch zur multilateralen Zusammenarbeit war in den 1960er Jahren unter den asiatischen und afrikanischen Staaten groß, deren genaue Ausgestaltung jedoch umstritten. Verschiedene Staaten konkurrierten mit unterschiedlichen Organisationsmodellen und inhaltlichen Schwerpunktsetzungen um eine Führungsrolle unter den postkolonialen und bündnisfreien Staaten. Algerien, die Volksrepublik China und Indonesien setzten sich, basierend auf den geografischen Zugehörigkeitskriterien der Bandung-Konferenz, erfolglos für eine zweite Asiatisch-Afrikanische Konferenz ein. Die Afro-Asian People's Solidarity Organisation organisierte 1966 eine Trikontinentale Konferenz in Havanna, um staatliche und nichtstaatliche kommunistische Regierungen und Bewegungen in Asien, Afrika und Südamerika zu vernetzen. Ägypten, Indien und Jugoslawien organisierten 1961 in Belgrad und 1964 in Kairo Konferenzen bündnisfreier Staaten. Von die-

<sup>19</sup> Vgl. UN General Assembly Resolution 1514 (XV), 14. 12. 1960, Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples; Mark Mazower, *Governing the World. The History of an Idea*, London–New York 2012.

<sup>20</sup> Vgl. Jonas Kreienbaum, *Das Öl und der Kampf um eine Neue Weltwirtschaftsordnung. Die Bedeutung der Ölkrisen der 1970er Jahre für die Nord-Süd-Beziehungen*, Berlin u. a. 2022; Adom Getachew, *Worldmaking after Empire. The Rise and Fall of Self-Determination*, Princeton–Oxford 2019.

sen Treffen gingen die zentralen Impulse für die Gründung der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) 1964 und für die Bewegung Bündnisfreier Staaten aus. Letztere institutionalisierte sich in den 1970er Jahren und avancierte zur zentralen Interessenvertretung des Globalen Südens.

Nach der politischen Unabhängigkeit strebten die Bündnisfreien danach, ihre staatliche Souveränität auch im kulturellen und ökonomischen Bereich auszubauen und zu stabilisieren. Angesichts der Dominanz westlicher Nachrichtenagenturen forderten sie eine Reform globaler Informationsströme, etwa durch finanzielle und fachliche Unterstützung beim Aufbau eigener Presseagenturen und für die Ausbildung von Journalisten, einen besseren Zugang zum globalen Nachrichtenmarkt sowie eine sensiblere und ausgewogenere Berichterstattung über ihre Länder. Ferner verlangten sie verbesserte Handelsbedingungen, den vollständigen und souveränen Zugriff auf Rohstoffe in ihren Ländern und Kredite, die nicht an politische Bekenntnisse gebunden waren. Politisch prägnant fassten die Bündnisfreien diese vielfältigen Kritikpunkte in ihren Forderungen nach einer „Neuen Weltinformationsordnung“ und einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ zusammen. Diese Schlagworte waren bewusst vage gehalten, um möglichst viele Staaten dahinter versammeln zu können – eine Strategie, die zunächst funktionierte. So gelang es den Bündnisfreien, den Nord-Süd-Dialog der 1970er Jahre zu initiieren, also Gespräche mit den Industrieländern der nördlichen Hemisphäre hinsichtlich des von ihnen markierten Reformbedarfs in internationalen Angelegenheiten.<sup>21</sup>

Auch wenn die bündnisfreien Konferenzen zu Beginn der 1960er Jahre in Konkurrenz zu den Versuchen standen, eine zweite Bandung-

Konferenz zu organisieren, und obwohl sich die Bündnisfreienbewegung erst in den 1970er Jahren institutionalisierte, stellten sich ihre Vorsitzenden und Mitglieder explizit in die Tradition von Bandung. Die Solidarisierung der postkolonialen Staaten von 1955 war längst zu einem Mythos geworden, der im „Geist von Bandung“ beschworen wurde und auf den sich bis in die Gegenwart asiatische, afrikanische und südamerikanische Regierungen berufen, wenn sie Gemeinsamkeiten zwischen ihren Ländern betonen und Zusammenhalt einfordern.<sup>22</sup>

Insbesondere in Indonesien ist die Konferenz darüber hinaus bis in die Gegenwart ein wichtiges, positiv erinnertes Ereignis der eigenen Geschichte. Sie hat das Land für einen kurzen Augenblick auf die weltpolitische Bühne katapultiert und ins Zentrum der Weltöffentlichkeit gerückt. Zum 25-jährigen Jubiläum der Konferenz 1980 gestaltete die indonesische Regierung die Konferenzhalle daher zum „Museum der Asiatisch-Afrikanischen Konferenz“ um. Seitdem erinnert der historische Ort im Zentrum von Bandung als gut besuchtes Exkursionsziel von indonesischen Schulklassen und Touristen an die Asiatisch-Afrikanische Konferenz.<sup>23</sup>

In der westlichen Welt geriet die Konferenz hingegen relativ schnell in Vergessenheit. Nachdem bis Mitte der 1960er Jahre zahlreiche Zeitungs- und Zeitschriftenartikel sowie wissenschaftliche Aufsätze und Monografien zur Konferenz publiziert wurden, ebte das Interesse anschließend rasch ab. Es dauerte mehrere Jahrzehnte, bevor mit der Geschichte des Kolonialismus, der Dekolonisation, des Globalen Südens und globaler Verflechtungen auch die Bandung-Konferenz wieder in den Fokus historischer und politikwissenschaftlicher Studien rückte.<sup>24</sup> Seitdem steigt das wissenschaftliche und öffentliche Interesse an der Konferenz stetig – was sich nicht zuletzt in dieser Ausgabe der APuZ zum 70. Jahrestag der Konferenz ausdrückt.

## JÜRGEN DINKEL

vertritt im Wintersemester 2024/25 sowie im Sommersemester 2025 den Lehrstuhl für Geschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts der Universität Leipzig.

**21** Siehe auch den Beitrag von Paul Stubbs in dieser Ausgabe. Vgl. ferner ders. (Hrsg.), *Socialist Yugoslavia and the Non-Aligned Movement. Social, Cultural, Political, and Economic Imaginaries*, Montreal 2023; Anne Garland Mahler, *From the Tricontinental to the Global South. Race, Radicalism, and Transnational Solidarity*, Durham 2018; R. Joseph Parrott/Mark Atwood Lawrence (Hrsg.), *The Tricontinental Revolution: Third World Radicalism and the Cold War*, Cambridge 2022.

**22** Vgl. hierzu auch die Beiträge von Amitav Acharya und Christine Hackenesch in dieser Ausgabe.

**23** Das Museum Konperensi Asia-Afrika bietet auf seiner Homepage einen virtuellen Rundgang durch die Dauerausstellung an: <https://museumkaa.iheritage-virtual.id>.

**24** Vgl. Khudori (Anm. 2).

# 70 JAHRE NACH BANDUNG

## Von Missverständnissen und Nachwirkungen

*Amitav Acharya*

„This is the first intercontinental Conference of coloured peoples in the history of mankind“, stellte Indonesiens Präsident Sukarno in seiner Eröffnungsrede auf der Asiatisch-Afrikanischen Konferenz in Bandung 1955 fest. Damit wollte er wohl zum Ausdruck bringen, es handle sich um die erste zwischenstaatliche Konferenz „nichtweißer“ beziehungsweise nicht-westlicher Länder. Gegen Rassismus gerichtete Zusammenkünfte hatte es schon zuvor gegeben, insbesondere den Brüsseler Kongress gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus 1927 sowie die beiden Asian Relations Conferences in Neu-Delhi 1947 und 1949. Doch auch wenn der Brüsseler Kongress – an dem unter anderem Indiens späterer Ministerpräsident Jawaharlal Nehru teilgenommen hatte – ein Ort gewesen sei, an dem wie Sukarno in seiner Eröffnungsrede in Bandung bemerkte, „zahlreiche ehrenwerte Delegierte, die heute hier anwesend sind, einander begegneten und neue Entschlossenheit in ihrem Unabhängigkeitskampf gewannen“, so sei er auch insofern bezeichnend gewesen, als Brüssel „ein Tausende Kilometer entfernter Tagungsort war, unter Fremden, in der Fremde. Nicht auf eigenen Wunsch, sondern notgedrungen war man dort zusammengekommen. Im Vergleich dazu stellt sich die Situation heute völlig anders dar. Unsere Nationen und Länder sind keine Kolonien mehr. Wir sind jetzt frei, souverän und unabhängig. Wir sind wieder Herr im eigenen Haus. Wir müssen nicht erst auf andere Kontinente reisen, um zu konferieren.“<sup>01</sup>

Die erste Konferenz von Neu-Delhi war eher inoffiziell gewesen und von einer Denkfabrik ausgerichtet worden, dem Indian Council on World Affairs. Zu den Teilnehmern gehörten neben Tibet zu jener Zeit noch nicht unabhängige Staaten; sogar Gastgeber Indien befand sich noch mehrere Monate lang weiter unter britischer Kolonialherrschaft. An beiden Konferenzen in Neu-Delhi hatten nicht ausschließ-

lich Vertreter nichtweißer Völker teilgenommen: Australien, die USA und das Vereinigte Königreich waren auf der ersten Konferenz Beobachter und auf der zweiten stimmberechtigte Teilnehmer gewesen.

An der Bandung-Konferenz vom 18. bis 24. April 1955 nahmen insgesamt 29 Länder teil. Zu ihnen gehörten neben den fünf ausrichtenden Ländern, den sogenannten „Colombo-Powers“ Burma (heute Myanmar), Ceylon (heute Sri Lanka), Indien, Indonesien und Pakistan, auch Ägypten, Äthiopien, Afghanistan, China, die Goldküste (heute Ghana), Iran, Irak, Japan, Jemen, Jordanien, Kambodscha, Laos, Libanon, Liberia, Libyen, Nepal, die Philippinen, Saudi-Arabien, Sudan, Syrien, Thailand, die Türkei, die Demokratische Republik Vietnam sowie Südvietnam. Die Konferenz war in mehrfacher Hinsicht ein Meilenstein. Zum einen war sie das erste internationale Gipfeltreffen der gerade unabhängig gewordenen Länder Asiens und Afrikas. Zum anderen handelte es sich um das erste internationale Forum, an dem das kommunistische China, nicht aber die Sowjetunion teilnahm. Darüber hinaus war die Konferenz die Kulisse des ersten Auftritts des neuen ägyptischen Staatsoberhauptes Gamal Abdel Nasser auf der Weltbühne, der bei seiner Abreise ein anderer Mensch sein sollte. Und schließlich trat dort Japan auf, erstmals in Asien seit der Niederlage des Landes im Zweiten Weltkrieg, die seinen Traum von einer „Großostasiatischen Wohlstandssphäre“ zu nichte gemacht hatte.

Die Konferenz war geprägt von etlichen Kontroversen. Die behandelten Themen spiegelten die damals wirkenden Einflussfaktoren wider – Dekolonisation, Beginn des Kalten Krieges, Eskalation des Indochinakonflikts, Gründung des Südostasienpaktes (Southeast Asia Treaty Organization, SEATO) sowie der Führungsanspruch Indiens, Indonesiens und Chinas. Auf der Konferenz wurden lebhaft Debatten über das Wesen

des Kommunismus geführt, den seine Kritiker als neue Form von Kolonialismus betrachteten, sowie über den moralischen und strategischen Aspekt eines Beitritts zu einem der Militärbündnisse im Kalten Krieg. Letztendlich hinterließ die Konferenz ein nachhaltiges Vermächtnis, zu dem auch ihr Einfluss auf die regionale Ordnung in Asien, die Solidarität mit der „Dritten Welt“ und die Bewegung der Blockfreien Staaten zählen.

## MYTHEN UND FAKTEN

Um Bandung und sein Erbe ranken sich allerlei Mythen. Zwar entstand im Nachgang der Konferenz die Bewegung der Blockfreien Staaten. Doch es wäre falsch, wie in vielen Darstellungen über die Ursprünge dieser Bewegung davon auszugehen, dass ihre fünf führenden Köpfe – Indiens Ministerpräsident Nehru, Indonesiens Präsident Sukarno, Jugoslawiens Staatspräsident Josip Broz Tito, Ägyptens Staatspräsident Nasser sowie der Premierminister der Goldküste beziehungsweise Ghanas, Kwame Nkrumah – erstmals in Bandung in Klausur gingen. Weder Tito noch Nkrumah nahmen an der Konferenz teil, Letzterer aufgrund des Drucks des Vereinigten Königreichs, das zu jener Zeit noch die Außenpolitik seiner damaligen Kronkolonie bestimmte. Ähnliche Einflussnahme von britischer Seite vereitelte die ursprünglichen Pläne des neu gewählten Regierungschefs von Singapur, David Marshall, an der Bandung-Konferenz teilzunehmen.

Entgegen einem weit verbreiteten Irrglauben war die Bandung-Konferenz keine antikoloniale Diskussionsrunde. Aufgrund dieser Befürchtung hatten führende Köpfe der westlichen Welt, insbesondere aus Großbritannien und den Vereinigten Staaten, versucht, Einfluss auf die Konferenz zu nehmen. Befreundeten Staats- und Regierungschefs, die zu dem Treffen eingeladen worden waren, gaben sie sogenannte Leitfäden an die Hand, in denen den Teilnehmern beispielsweise nahegelegt wurde, den „kommunistischen Kolonialismus“ anzuprangern und die von Indien und China propagierten „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ zurückzuweisen. Doch die fünf Ausrichterländer Burma, Ceylon, Indien, Indonesien und Pakistan

waren darauf bedacht, die antiwestliche Agenda nicht zu forcieren und die Konferenz keinen radikal antikolonialen oder antirassistischen Kurs einschlagen zu lassen. In diesem Sinne hatten sie beschlossen, ausschließlich Regierungsvertreter einzuladen und Anführer nationalistischer Bewegungen nicht einmal als offizielle Beobachter zuzulassen. Erbost darüber, keine Einladung erhalten zu haben, weigerte sich daraufhin der Ministerpräsident der Malaiischen Föderation, Tunku Abdul Rahman, dem Treffen als inoffizieller Beobachter beizuwohnen, da dies in seiner Heimat als Affront aufgefasst worden wäre. Zudem kamen in Bandung nur solche kolonialen Fragen auf den Tisch, an denen teilnehmende Länder ein direktes Interesse hatten. So brachten Ägyptens Vertreter die Situation in Palästina und Französisch-Nordafrika zur Sprache, während die Indonesier die Lage in West-Papua thematisierten. Nehru hingegen schnitt den indischen Anspruch auf Goa, das noch unter portugiesischer Kolonialherrschaft stand, nicht einmal an. Am Ende der Zusammenkunft befand der britische Botschafter in Jakarta: „Die Konferenzteilnehmer haben die Gelegenheit nicht genutzt, die sich durch die Anwesenheit von Agitatoren aus Zypern, Sarawak, Malaya und anderswo auf den Fluren oder in den Konferenzräumen bot, um feindselige Formulierungen über diese Gebiete in ihr Abschlusskommuniqué aufzunehmen.“

Ein weiterer Mythos über die Konferenz lautet, Bandung habe den Südostasienpakt SEATO legitimiert. Das Verteidigungsbündnis zwischen den USA, dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Australien und Neuseeland mit Pakistan, den Philippinen und Thailand war ein Jahr zuvor von Washington angestoßen worden. Tatsächlich war das Problem eines Beitritts zu einem der Militärbündnisse im Kalten Krieg in Bandung ein wesentlicher Streitpunkt. Die von Indien angeführten sogenannten „Neutralen“, zu denen auch Indonesien, Burma und Ägypten gehörten, sprachen sich für den Nichtbeitritt zu Militärbündnissen der Großmächte aus. Nehru prangerte solche Pakte als Herrschaftsinstrumente an, die Souveränität, Gleichheit und Würde der gerade unabhängig gewordenen Länder bedrohen würden. Dies löste heftigen Widerspruch vonseiten der mit dem Westen befreundeten Länder aus, namentlich Thailand, die Philippinen, Libanon, Irak, Türkei und Pa-

**01** Vgl. hier und für weitere Nachweise Amitav Acharya, *Studying the Bandung Conference from a Global IR Perspective*, in: *Australian Journal of International Affairs* 4/2016, S. 342–357.

kistan. Letztendlich erkannte die Konferenz das Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung an, rief aber gleichzeitig dazu auf, „auf Vereinbarungen zur kollektiven Verteidigung, die den Einzelinteressen einer der Großmächte dienen, zu verzichten“. Tatsächlich deckte die Konferenz mit Blick auf die mangelnde Partizipation und Repräsentation der Region die unzureichende Legitimation der SEATO auf. In einer Bewertung der Konferenz durch das britische Außenministerium hieß es: „Jede Hoffnung, es könnten weitere Staaten für die SEATO gewonnen werden, ist nun dahin.“

### NACHHALTIGE AUSWIRKUNGEN

Das wichtigste Vermächtnis von Bandung war nicht organisationsbezogener, sondern normativer Natur. Durch den Aufruf, keinen von Großmachtinteressen geleiteten Militärbündnissen beizutreten, erweiterte und untermauerte die Konferenz die aus dem Westfälischen System nach dem Dreißigjährigen Krieg im 17. Jahrhundert hervorgegangene Norm der Nichteinmischung. Diese steht heute zunehmend in der Kritik, da sie von Regierungen als Argument genutzt wird, um sich gegen den Vorwurf von Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Damals jedoch galt sie vor allem für Nehru, der alles andere war als ein asiatischer Autokrat, als ein Bollwerk gegen Kolonialismus und die Intervention von Supermächten.

Hinzu kam der zwar begrenzte, aber doch bedeutende Einfluss der Bandung-Konferenz auf das chinesisch-sowjetische Zerwürfnis. Die von Chinas Premierminister Zhou Enlai in Bandung verkündete Entscheidung Beijings, mit den USA über Taiwan zu verhandeln, erfolgte mit einiger Sicherheit ohne vorherige Absprache mit der Sowjetunion. Dies veranlasste selbst einen so glühenden Anhänger der These einer monolithischen Geschlossenheit des kommunistischen Lagers wie den US-Außenminister John Foster Dulles dazu, China eine „gewisse Unabhängigkeit“ von Moskau zu attestieren. Bandung war eine willkommene Gelegenheit für China, sich mehr als asiatische denn als kommunistische Macht zu definieren. Diplomatischen Berichten über das Treffen zufolge, die sich in westlichen Archiven finden, war der sowjetische Botschafter in Indonesien der unglücklichste Diplomat in Bandung.

Die Konferenz diente als wichtiger Schauplatz für erste Erfahrungen von Führungspersönlichkeiten in puncto internationaler Zusammenarbeit. Dies galt für Japan, für das es sich um die erste internationale Konferenz nach dem Zweiten Weltkrieg handelte, für Indonesien, das erstmals als unabhängiges Land eine große internationale Konferenz ausrichtete, für Ägypten, dessen Präsident Nasser in Bandung sein Debüt auf internationalem Parkett gab, sowie für China, für das Bandung die erste internationale Konferenz ohne sowjetische Bevormundung war. Die Erfahrung von Bandung verlieh manchen dieser Staats- und Regierungschefs neues Selbstvertrauen in internationalen Angelegenheiten.

Die Bandung-Konferenz leistete wichtige, wenn auch seinerzeit wenig beachtete Vorarbeit für den späteren Aufbau regionaler Institutionen in Asien. Zwar ging aus ihr keine dauerhafte regionale Organisation hervor – das war auch nie ein Ziel der ausrichtenden Länder gewesen. Sie bereitere aber den Boden für die Bewegung der Blockfreien Staaten. Dadurch, dass keine dauerhafte afroasiatische Organisation geschaffen wurde, blieb Raum für subregionale Gruppierungen wie die Association of Southeast Asia (ASA), die später in der neu gegründeten Association of South-East Asian Nations (ASEAN) aufging. Hätte es nach Bandung eine feste, von Indien oder China dominierte Organisation gegeben, so hätte dies möglicherweise die Entstehung regionaler Gruppierungen unter der Leitung kleinerer Nationen verhindert.

Darüber hinaus trug Bandung auch zur Entwicklung und Ausformulierung von Normen bei, mit deren Hilfe wichtige Aspekte des späteren Aufbaus regionaler Institutionen in Asien definiert werden konnten. Die Vorgehensweise auf der Bandung-Konferenz, die entgegen der vorherrschenden Erwartung zum erfolgreichen Zustandekommen eines Kommunikués führte, diente als Grundlage für die spätere multilaterale Diplomatie in Asien. In diesem Zusammenhang sind mehrere Aspekte des Konferenzablaufs erwähnenswert. Zum einen wurden strittige Themen ausgespart. Zum anderen gab es keine starre Tagesordnung, sondern wurden Themen gegenseitigen Interesses in informeller Atmosphäre diskutiert. Und schließlich wurden Entscheidungen nicht durch Mehrheitsbeschluss getroffen, sondern durch Konsens. Diese Vorgehensweise ähnelte dem, was in den

folgenden Jahrzehnten den ASEAN-Prozess prägen sollte.

Bandung trug allerdings durchaus auch zu negativen Entwicklungen bei. So zeigten sich prowestliche Nationen wie die Philippinen, Thailand und Pakistan, die in Bandung den Sieg der „freien Welt“ feierten, blind gegenüber innenpolitischen Versäumnissen. Ihre politischen Systeme wurden vom Militär übernommen. Das Selbstbewusstsein, das regionale Führungspersonlichkeiten wie Ägyptens Nasser und Indonesiens Sukarno gewannen, könnte zu ihren regionalen interventionistischen Ambitionen beigetragen haben. Und obwohl Nkrumah nicht anwesend war, ließ er sich von Bandung stark inspirieren und nutzte die Konferenz, um seine Version von panafrikanischem Interventionismus zu rechtfertigen.

Und doch wurden am Ende der Bandung-Konferenz die Skeptiker eines Besseren belehrt. Denn man einigte sich nach US-amerikanischer Einschätzung „effizient und zügig“ in einem Kommuniqué auf allgemeine Grundsätze internationaler Beziehungen – mochten darunter auch solche sein, die nicht in der UN-Charta verankert waren, zum Beispiel der Nichtbeitritt zu Militärbündnissen, die von Großmächten gesteuert wurden. Der britische Botschafter in Jakarta, der das Konferenzgeschehen miterlebte, spürte „das offenkundige Gefühl der Delegationen, dass das Treffen eine neue Ära in den internationalen Beziehungen einläutete“. Tatsächlich trug es zu einer Entschärfung internationaler Spannungen bei, wobei manch entscheidender Fortschritt außerhalb der Konferenzsäle erzielt wurde, etwa das chinesisch-indonesische Abkommen über die doppelte Staatsbürgerschaft und das Angebot von Zhou Enlai, mit den USA über Taiwan zu verhandeln. Selbst in US-amerikanischen Geheimdienstberichten nach der Konferenz wurde eine „Veränderung des Klimas im Kalten Krieg“ notiert, begünstigt durch das Treffen, das „neue Hoffnung auf die Vermeidung einer kriegerischen Auseinandersetzung geweckt hat und jeden Verstoß gegen den Frieden erschwert“. In einer weiteren Einschätzung wurde der Wille der Konferenzteilnehmer hervorgehoben, „eher Bereiche der Einigkeit statt der Uneinigkeit in den Vordergrund zu stellen“.

Rückblickend betrachtet, mögen solche Analysen voreilig erscheinen. Doch gibt es keinen Grund zur Annahme, sie seien weniger zutref-

hend als die Bewertungen derer, die das Ergebnis internationaler Konferenzen einzig und allein an ihrem Beitrag zur Entstehung einer Institution messen. Worauf es ankommt, ist, dass Bandung in nicht unerheblichem Maße die spätere normative regionale Ordnung Asiens und darüber hinaus die internationalen Beziehungen der Entwicklungsländer prägte.

Letztendlich wurden auf der Bandung-Konferenz erste Forderungen der Entwicklungsländer formuliert, die in den Nord-Süd-Beziehungen der folgenden Jahrzehnte an Bedeutung gewinnen sollten, etwa jene nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung. Die Teilnehmerstaaten verlangten unter anderem einen Informationsaustausch über Ölpreise – möglicherweise ein Vorbote des OPEC-Kartells – und Kollektivverhandlungen zur Anhebung der Rohstoffpreise – ein Ziel, das später auch die ASEAN verfolgte. Ferner schlug der Wirtschaftsausschuss der Bandung-Konferenz eine verstärkte Süd-Süd-Kooperation vor. Dies ist mittlerweile ein Trend in der Weltpolitik.

#### NEUER GLOBALER SÜDEN IN EINER „MULTIPLEXWELT“

Das nachhaltigste Erbe der Bandung-Konferenz ist wohl die Tatsache, dass dort geboren wurde, was später als „Globaler Süden“ bezeichnet wurde. Diese Idee gewinnt noch heute an Bedeutung. In den vergangenen Jahrzehnten haben die Länder des Globalen Südens in der Weltpolitik stetig an Geltung und Einfluss gewonnen – und entgegen der im Westen vorherrschenden Ansicht sollte dieser den Globalen Süden nicht fürchten, sondern seinen unvermeidlichen Aufstieg akzeptieren und mit den dazugehörigen Nationen zusammenarbeiten, von denen viele eine Kooperation mit dem Westen begrüßen.

Seinen Einfluss auf die Weltordnung hat der Globale Süden durch prinzipiengeleitete Positionierungen und Initiativen geltend gemacht. Dabei entsprachen Letztere bisweilen in höherem Maße internationalen Normen als die des Westens, insbesondere der USA. So verurteilte beispielsweise die Mehrheit der Nationen des Globalen Südens den russischen Angriff auf die Ukraine mit der Begründung, dass damit gegen das hohe Prinzip der territorialen Integrität und der Nichtanwendung von Gewalt verstoßen werde. Auch im israelisch-palästinensischen Konflikt unterstützte



die überwältigende Mehrheit von ihnen UN-Resolutionen, die einen sofortigen Waffenstillstand forderten.

Darüber hinaus haben die Nationen des Globalen Südens dem westlichen Druck widerstanden, in den wiederaufflammenden Konflikten der Großmächte Partei zu ergreifen. Insgesamt sind sie nicht daran interessiert, sich in den ideologischen Wettstreit und die militärische Rivalität zwischen NATO und Russland oder zwischen dem Westen auf der einen Seite und Russland und China auf der anderen hineinziehen zu lassen. Dieser Balanceakt hat bislang dazu beigetragen, die Auswirkungen der „Rückkehr der Geopolitik“ auf Frieden und Stabilität in der Welt zu begrenzen.

In den kommenden Jahren werden die Nationen des Globalen Südens in unterschiedlichen Formen beziehungsweise Konstellationen weiter an Bedeutung gewinnen, wenn es darum geht, die Weltordnung umzugestalten beziehungsweise bei der Geburt einer neuen mitzuhelfen. Ihre Rolle dabei wird noch größer und weitreichender sein als während des Kalten Krieges, als sie trotz ihrer Bedeutung kaum anerkannt wurde. In der Vergangenheit konzentrierten sich die Nationen des Globalen Südens ganz darauf, politische Unabhängigkeit zu erlangen, Armut und Unterentwicklung zu bekämpfen und ihre innere Ordnung aufrechtzuerhalten. Diese Themen spielen zwar nach wie vor eine wichtige Rolle, aber die Agenda wird sich auf neue Bereiche der Global Governance ausdehnen, zum Beispiel Umwelt, Gesundheit, Migration und Terrorismus. Der Aufstieg des Globalen Südens läutet eine neue Weltordnung ein, die ich als „Multiplexwelt“ bezeichne: dezentralisiert und pluralistisch, mit erweiterten Mitwirkungs- und Handlungsmöglichkeiten.

Ungeachtet der Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten in Bezug auf Größe, politisches System, Wohlstand und militärische Macht besteht der Globale Süden weiter und nimmt eine neue Gestalt an. Ich nenne dies den „Neuen Globalen Süden“: Er ist größer, wirtschaftlich stärker und diplomatisch aktiver denn je. Nachdem er bedeutend zur Umsetzung seiner ursprünglichen Ziele beigetragen hat, die Dekolonisation voranzutreiben, Rassendiskriminierung zu beenden und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, ist er nun in einer stärkeren Position, um die Weltordnung zu prägen. Zwar mögen manche der ur-

sprünglichen Organisationen der „Dritten Welt“ beziehungsweise des Globalen Südens, wie die Bewegung der Blockfreien Staaten und die Gruppe der 77, ein Zusammenschluss von Staaten des Globalen Südens innerhalb der Vereinten Nationen, heute weniger relevant erscheinen. Dies wird jedoch mehr als wettgemacht durch die wachsende Bedeutung, die diese Nationen in breiter aufgestellten multilateralen Gremien einnehmen, darunter diejenigen des UN-Systems, um ihre Interessen und Ziele zu verfolgen. Zwar sieht sich der Neue Globale Süden mit erheblichen Zwängen konfrontiert, doch indem die Multiplexwelt die Kluft zwischen Nord und Süd beziehungsweise dem Westen und dem Rest der Welt verringert, bietet sie ihm mit ihrer dezentrierten und pluralistischen Struktur mehr Möglichkeiten, Einfluss auf die Neugestaltung der Weltordnung zu nehmen. Das ist siebzig Jahre später der bedeutendste und nachhaltigste Aspekt im Erbe der Bandung-Konferenz von 1955.

Aus dem Englischen von Peter Beyer, Düsseldorf.

#### AMITAV ACHARYA

ist Inhaber des UNESCO-Lehrstuhls für Transnational Challenges and Governance sowie Distinguished Professor an der School of International Service der American University in Washington, D.C., sowie Honorarprofessor an der Rhodes University in Südafrika und Gastprofessor an der Nankai University in China.

# ISRAEL (ODER SEIN FEHLEN) IN BANDUNG

*Arie M. Dubnov · Lior B. Sternfeld*

Es gibt nicht viele diplomatische Gipfeltreffen, die einen ähnlich legendären Ruf genießen wie die Asiatisch-Afrikanische Konferenz von 1955 in Bandung, die geradezu zum Mythos geworden ist. „Bandung“ gilt als entscheidendes Moment in der Geschichte der Dekolonisation und des Kalten Krieges, als Ausgangspunkt einer Bewegung, die den Postkolonialismus in Afrika und Asien prägte und für die Einheit der neuen unabhängigen Staaten stand, die sich erst kurz zuvor von den Fesseln der europäischen Vorherrschaft befreit hatten. Dass die Konferenz mit dem Aufkommen des Konzepts der „Dritten Welt“ (*tiers-monde*) zusammenfiel, trug ebenfalls zu diesem Image bei. Der nur drei Jahre zuvor von dem Demografen Alfred Sauvy geprägte Begriff war bewusst an das Konzept des „Dritten Standes“ angelehnt, das Abbé Sieyès während der Französischen Revolution geprägt hatte, und erlaubte es, von einer Revolution im globalen Maßstab zu träumen.<sup>01</sup>

Die teilnehmenden Staatsschefs, darunter Indonesiens Präsident Sukarno, Indiens Premierminister Jawaharlal Nehru, Chinas Ministerpräsident Zhou Enlai und Ägyptens Präsident Gamal Abdel Nasser, waren sich ihrer Rolle auf der Weltbühne bewusst und verstanden sich weniger als praktische Problemlöser denn als Sprachrohr und Vermittler einer politischen Botschaft, die sie einem breiten Publikum im eigenen Land wie im Ausland nahebringen wollten. Neben den Reden spielten bei der Konferenz auch Rituale und Gesten eine große Rolle, etwa der „Freedom Walk“, bei dem die Delegierten zu Fuß zum Konferenzort gingen, um eine starke visuelle Botschaft der Einheit und Unabhängigkeit zu vermitteln.<sup>02</sup>

Ungeachtet der Bedeutung und Wirkung einer solchen Inszenierung sollte man die Konferenz von Bandung nicht losgelöst vom Weltgeschehen betrachten, sondern als Glied in einer Kette aufsehenerregender internationaler Konferenzen, die das wachsende nationale Selbstbewusstsein in

den nichtwestlichen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg zum Ausdruck brachten. Diese Reihe bedeutender Konferenzen, die sich unabhängig von den Vereinten Nationen entwickelte und schließlich in die Bewegung der Blockfreien Staaten mündete, begann bereits vor Bandung mit der von Nehru im Frühjahr 1947 in Delhi einberufenen Asian Relations Conference und setzte sich nach Bandung mit der afro-asiatischen Solidaritätskonferenz in Kairo im Dezember 1957 fort, um mit dem Belgrader Gipfeltreffen unter dem Vorsitz des jugoslawischen Staatspräsidenten Josip Broz Tito im September 1961 ihren Höhepunkt zu finden.

Die Herausforderung, die Konferenz von Bandung historisch einzuordnen und ihre Wirkung ohne Übertreibungen oder Anachronismen zu bewerten, insbesondere wenn es um Israel und die zionistische Bewegung geht, hat nicht nur mit ihrem legendären Ruf zu tun, sondern auch mit der Tendenz, aus gegenwärtiger Perspektive davon auszugehen, dass bei der Konferenz die Weichen dafür gestellt wurden, wie man in weiten Teilen des Globalen Südens heute auf Israel blickt.

## VORGESCHICHTE: VON FERNOST NACH WEST

Zu Nehrus Asian Relations Conference wurde auch eine zionistische Delegation aus dem Mandatsgebiet Palästina eingeladen. Die Konferenz in Delhi, die kurz vor der Teilung Indiens und Pakistans 1947, der Staatsgründung Israels 1948 und dem unmittelbar darauf folgenden ersten Nahostkrieg stattfand, markierte das Ende einer Ära, in der die zionistischen Juden in den Augen der anderen – und auch in ihrer eigenen Wahrnehmung – als Teil der postkolonialen Welt gesehen wurden, die gerade erwachte. Die zehnköpfige jüdische Delegation unter der Leitung des in Prag geborenen Philosophen Schmu-el Hugo Bergmann, die den *Jischuw* (die jüdi-

sche Gemeinschaft in Palästina vor 1948) vertrat, erregte große Aufmerksamkeit. Viele der Reden der zionistischen Delegierten befassten sich hauptsächlich mit Fragen der Modernisierung, insbesondere der Agrartechnologie und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau, die gut zu Nehrus Vision einer postkolonialen Entwicklung passten. Da der Begriff der „asiatischen“ Kultur und Identität nicht genau definiert war, wohnte der Konferenz von Anfang an eine gewisse Mehrdeutigkeit inne, die eine zionistische Beteiligung ermöglichte. Dennoch stieß die Anwesenheit der *Jischuw*-Delegation auf Kritik bei den arabischen Delegierten, die den Zionismus ablehnten und die jüdische Delegation als fremd und europäisch betrachteten. David Hachohen, Mitglied der Delegation und später eine Schlüsselfigur im israelischen Außenministerium, berichtete von einer enttäuschenden Begegnung mit Gandhi, der den Zionismus sehr kritisch sah. Das verdeutlichte die Schwierigkeiten bei der Bildung einer gemeinsamen antikolonialen Front. Trotzdem zeigten sich die zionistischen Delegierten im Hinblick auf eine mögliche zukünftige Integration in Asien vorsichtig optimistisch.<sup>03</sup>

Dass zionistische Aktivisten sich und ihre Bewegung als Teil eines allgemeinen Erwachens im „Osten“ sehen konnten, mag heute seltsam wirken. Doch damals äußerten sich deutschsprachige Zionisten wie Martin Buber, Schmuël Hugo Bergmann und M. Y. Ben-Gavriel (geboren als Eugen Hoeflich) eindeutig positiv über den Panasiatismus und ließen sich von Persönlichkeiten wie dem Dichter Rabindranath Tagore oder Gandhi inspirieren. Neben der Faszination für den Fernen Osten kam bei vielen Zionisten hinzu, dass sie zu einem gewissen Teil Vorurteile verinnerlicht hatten, die das Judentum mit einer fremden, „östlichen“ Kultur in Verbindung brachten.

**01** Alfred Sauvy, *Trois Mondes, Une Planète*, in: *L'Observateur*, 14. 8. 1952, S. 5, nachgedruckt in: *Vingtième Siècle. Revue d'Histoire* 12/1986, S. 81 ff.

**02** Vgl. Naoko Shimazu, *Diplomacy as Theatre: Staging the Bandung Conference of 1955*, in: *Modern Asian Studies* 1/2014, S. 225–252. Siehe auch den Beitrag von Jürgen Dinkel in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

**03** Vgl. Rephael G. Stern/Arie M. Dubnov, *A Part of Asia or Apart from Asia? Zionist Perceptions of Asia, 1947–1956*, in: Stefan Vogt/Derek J. Penslar/Arieh Bruce Saposnik (Hrsg.), *Unacknowledged Kinships: Postcolonial Studies and the Historiography of Zionism*, Waltham 2023, S. 233–271.

Die dramatischen gewaltsamen Ereignisse der Jahre 1947 bis 1949 stellten diese nichtwestliche Orientierung infrage oder drohten sie gänzlich zu ersticken. Ein Teilungsplan für Palästina, der sowohl von der Sowjetunion als auch von den USA unterstützt und von der UN-Generalversammlung in Resolution 181 angenommen wurde, der Krieg von 1948 und die Vertreibung Hunderttausender Palästinenser (*Nakba*) spielten eine wichtige Rolle bei diesem Umdenken. Von Bedeutung war auch die starke Einwanderung nordafrikanischer Juden in den neuen Staat, die die demografische Zusammensetzung der jüdischen Gesellschaft in Israel massiv veränderte: Zwischen 1948 und 1951 wanderten etwa 250 000 Juden aus arabischen Ländern nach Israel ein. Gleichzeitig wurde die jüdische Präsenz im Nahen Osten und Nordafrika zunehmend kritisch wahrgenommen. Ein weiterer wesentlicher Faktor war der Aufstieg Gamal Abdel Nassers, der nach einem Putsch im Juli 1952 in Ägypten an die Macht kam. Die Erschütterungen durch den Staatsstreich waren weltweit zu spüren und gingen mit einer kämpferischen antiimperialistischen und antikolonialen Rhetorik einher.

Zusätzlich Öl ins Feuer gossen Israels Grenzstreitigkeiten mit Ägypten, der Koreakrieg und die Bildung des Bagdadpakts. Zahlreiche Zwischenfälle an der Grenze zwischen Israel und Ägypten, an denen palästinensische *Fedajin* beteiligt waren, sorgten zusammen mit israelischen Vergeltungsmaßnahmen immer wieder für Spannungen und gefährdeten den Waffenstillstand zwischen beiden Seiten. Diese „Grenzkriege“ zeigten, dass das palästinensische Flüchtlingsproblem nicht einfach verschwinden oder zu einer rein humanitären Angelegenheit werden würde, sondern weitreichende Auswirkungen auf Krieg und Frieden sowie auf die Stellung des neuen Staates in der Welt haben würde.<sup>04</sup> Offiziell vertrat Israel damals die Position, dass Ägypten „sich vor seiner Pflicht drückt, das vielfache Unheil gegen die israelische Bevölkerung zu beseitigen“. Hier gehe es nicht um „eine Infiltration durch einzelne arme Personen, sondern um eine bewusste und gezielte Methode der Kriegführung, mit der die Sicherheit an den Grenzen untergraben und dem Wohlergehen Israels geschadet werden soll“.<sup>05</sup>

**04** Vgl. Benny Morris, *Israel's Border Wars, 1949–1956*, Oxford 1993.

**05** Memorandum: Remarks of the Spokesman for Middle East Affairs, 12. 4. 1955, Ben-Gurion Archives, Dokument #132967.

Der Beginn des Koreakrieges im Juni 1950 veranlasste den israelischen Ministerpräsidenten David Ben-Gurion, von seiner früheren neutralen Position gegenüber den rivalisierenden Supermächten abzurücken und einen eher pro-westlichen Kurs einzuschlagen. Ben-Gurions Neuausrichtung der israelischen Außenpolitik stand im Gegensatz zur vorsichtigen Haltung seines Außenministers Mosche Scharet, der sich aus den Ost-West-Rivalitäten heraushalten wollte. Scharet erachtete seine eigene Außenpolitik, für die er kreative Begriffe und undurchsichtige Formulierungen wie „Nicht-Identifikation“ und „nichtideologische Neutralität“ fand, als kluge und pragmatische Möglichkeit, „sicher zwischen Skylla und Charybdis“ hindurchzusteuern.<sup>06</sup> Ben-Gurion saß allerdings am längeren Hebel. Israels Unterstützung der UN-Resolutionen zur Verurteilung der nordkoreanischen Aggression im Juli 1950 wird oft als Bruch mit der früheren Politik der Nicht-Identifikation angesehen, die darauf zielte, gute Beziehungen sowohl zu den USA als auch zur Sowjetunion zu unterhalten.<sup>07</sup>

Obwohl die Beziehungen Israels zu den Vereinigten Staaten zu diesem Zeitpunkt nicht besonders gut waren, wurde der Kurswechsel sofort mit der Zusage belohnt, militärische Ausrüstung zu liefern.<sup>08</sup> Das neue gute Verhältnis zeigte jedoch schon bald Risse: John Foster Dulles, der im Januar 1953 von US-Präsident Dwight D. Eisenhower zum Außenminister ernannt wurde, galt als israelkritisch, wenn nicht sogar -feindlich. Doch eine Rückkehr zur Neutralität, nachdem man sich auf die Seite des Westens gestellt hatte, war für Israel keine Option. Was unter diesen Bedingungen den Ausschlag gab, sich ab 1953 zunehmend auf den Westen zu verlassen, war die besondere Beziehung zur ehemaligen Mandatsmacht Großbritannien. Trotz des gegenseitigen Misstrauens war London weiterhin auf der Suche nach potenziellen Verbündeten im östlichen Mittelmeerraum. Bereits 1951 hatte General Brian Hubert Robertson, der Befehlshaber der britischen Streitkräfte im Nahen Osten, Israel besucht, um die Möglichkeit eines

Durchzugs britischer Truppen durch israelisches Gebiet im Falle eines sowjetischen Angriffs auszuloten.<sup>09</sup> Und Israel betrachtete das Vereinigte Königreich ungeachtet seines schwindenden Ansehens weiterhin als bedeutende Weltmacht. Ab 1954 begann Großbritannien, Israel in großem Umfang Waffen zu liefern, und erklärte sich als erstes Land dazu bereit, Israel Düsenjäger und 1956 auch zwei Zerstörer zu verkaufen.

In Ägypten steuerte Nasser derweil in die entgegengesetzte Richtung. Der im Februar 1955 unterzeichnete Bagdadpakt (Middle East Treaty Organisation, METO; ab 1959 Central Treaty Organization, CENTO), mit dem zunächst Irak und die Türkei, ab April 1955 auch das Vereinigte Königreich und im weiteren Verlauf des Jahres noch Pakistan und Iran den sowjetischen Einfluss im Mittleren Osten eindämmen wollten, wurde von Nasser als neues Instrument der westlichen Einflussnahme in der Region gesehen. Aus seiner Sicht sollten so „Marionettenstaaten“ geschaffen und regionale Verbündete in einer Weise benutzt werden, die seiner pan-arabischen Überzeugung widersprach. Nasser reagierte mit zwei wesentlichen Maßnahmen: der militärischen Stärkung Ägyptens gegenüber Israel durch den Erwerb von Waffen aus dem Ostblock einerseits und dem Bau des Assuan-Staudamms zur Steigerung der ägyptischen Wirtschaftskraft andererseits.<sup>10</sup> Die gegensätzlichen außenpolitischen Positionen vergifteten im Vorfeld von Bandung die Atmosphäre.

Die bilateralen Beziehungen erreichten ihren endgültigen Tiefpunkt mit der vom ägyptischen Geheimdienst aufgedeckten „Operation Susannah“, einer Aktion des israelischen Geheimdienstes, bei der eine Gruppe ägyptischer Juden von Israel für Spionagezwecke angeworben worden war. Der Prozess gegen die Agenten im Dezember und Januar 1954/55 sorgte in Israel für einen

**06** Zit. nach Walter Eytan, *The First Ten Years: A Diplomatic History of Israel*, London 1958, S. 139.

**07** Vgl. Avi Shlaim, *Israel Between East and West, 1948–56*, in: *International Journal of Middle East Studies* 4/2004, S. 657–673.

**08** Vgl. Asaf Siniver, *Abba Eban: A Biography*, New York 2015, S. 128.

**09** Vgl. Mordechai Bar-On, *Mi-Kol Mamlakhot Ha-Goyim: Yahase Yisra'el U-Britanyah Ha-Gedolah Ba-'asor Ha-Rishon Le-Ahar Tom Tekufat Ha-Mandat 1948–1959*, Jerusalem 2006, Kap. 4; Michael J. Cohen, *Fighting World War Three from the Middle East: Allied Contingency Plans, 1945–1954*, London 1997; ders., *From „Cold“ to „Hot“ War: Allied Strategic and Military Interests in the Middle East after the Second World War*, in: *Middle Eastern Studies* 5/2007, S. 725–748.

**10** Vgl. Nigel John Ashton, *The Hijacking of a Pact: The Formation of the Baghdad Pact and Anglo-American Tensions in the Middle East, 1955–1958*, in: *Review of International Studies* 2/1993, S. 123–137.

politischen Skandal und verschärfte das Misstrauen und die zunehmende Feindschaft zwischen den beiden Staaten. All diese Faktoren vergrößerten die Kluft zwischen Israel und Ägypten, das danach strebte, sich als Führungsmacht der arabischen Welt zu positionieren, und es wurde immer schwieriger, den neuen jüdischen Staat als Teil der „Dritten Welt“ zu imaginieren.

### DIE KONFERENZ: ISRAELS DIPLOMATISCHE NIEDERLAGE

Die Idee für die Bandung-Konferenz stammte von Indonesiens Premierminister Ali Sastroamidjojo, der sich an vier Kollegen wandte – die Premierminister von Burma (heute Myanmar), Ceylon (heute Sri Lanka), Indien und Pakistan. Im Dezember 1954 trafen sich die fünf Männer im indonesischen Bogor, um die Konferenz vorzubereiten. Nach langwierigen Debatten einigten sie sich auf den Kreis der Teilnehmer. Neben Südafrika, das wegen seiner Apartheidpolitik kritisiert wurde, fehlte auch Israel auf der Liste. Die Diskussion in Israel über die bevorstehende Konferenz intensivierte sich naturgemäß, je näher ihr Beginn rückte. David Hacohen, der inzwischen israelischer Botschafter in Burma war, betonte die Bedeutung der bevorstehenden Konferenz und warnte, dass daraus „wahrscheinlich Beziehungen und Vereinbarungen zwischen China und den arabischen Nationen hervorgehen werden“, was sich nachteilig auf die israelischen Interessen auswirken und künftige Verhandlungen erheblich beeinflussen könne.<sup>11</sup> Doch wieder fanden seine Worte kein Gehör.

Dabei sahen israelische Diplomaten und Politiker durchaus die möglichen Vorteile einer Konferenzteilnahme. Scharet, der mittlerweile Ministerpräsident war, äußerte offen seine Enttäuschung über die Entscheidung, Israel auszuschließen, und sagte in der Knesset, das Kabinett arbeite daran, dass Israel doch noch teilnehmen könne.<sup>12</sup> Unter anderem gab es Bemühungen um eine informelle Teilnahme wie etwa den Vorschlag, Vertreter mehrerer linker Parteien – Achdut haAvoda („Einigung der Arbeit“), HaPoel HaZair („Der junge Arbeiter“)

und Mapam („Vereinigte Arbeiterpartei“) – zu einer Friedenskonferenz zu entsenden, die einige Tage vor der Bandung-Konferenz in Neu-Delhi stattfand und an der fast die gesamte Bandung-Besetzung als Teil der „globalen Friedensbewegung“ teilnahm.<sup>13</sup>

Dass die Bandung-Konferenz während Scharets Amtszeit als Ministerpräsident stattfand, ist von erheblicher Bedeutung. Scharet ist eine geradezu tragische Gestalt, denn er galt als schwacher, friedliebender Politiker und wurde weder von seinem Vorgänger Ben-Gurion, der weiterhin die Fäden zog, noch von der Militärelite respektiert. Zudem trat während seiner Regierungszeit eine interessante innerisraelische Spaltung zutage. Sprecher und Vertreter der Regierungspartei Mapai („Partei der Arbeiter Eretz Israels“) ließen kein gutes Haar an der Bandung-Konferenz und warnten vor „arabischen Bemühungen, Bandung zu nutzen, um gegen Israel zu hetzen“.<sup>14</sup> Die rechte Oppositionspartei Cherut („Freiheit“) vertrat hingegen eine andere Haltung und hoffte, in Asien Möglichkeiten für einen Ausgleich zu finden. Am 15. April 1955 berichtete Cherut auf der Titelseite ihrer gleichnamigen Zeitung, dass Nasser Nehru gebeten habe, im Nahen Osten zu vermitteln. Weiter wurde gemeldet, dass sich Nehru in Bandung gegen jede Diskussion oder Resolution zum arabisch-israelischen Konflikt aussprechen werde.<sup>15</sup> Die Haltung der Partei war keine Überraschung, da Cherut sich bereits zwei Jahre zuvor für Irans Premierminister Mohammad Mossadegh und dessen Pläne zur Verstaatlichung der Anglo-Iranian Oil Company ausgesprochen hatte, obwohl das der offiziellen israelischen Haltung widersprach, die in diesem Punkt Großbritannien und die USA unterstützte.<sup>16</sup>

Die Berichte über die äußerst kritischen Reaktionen in Bandung hinterließen bei israelischen Politikern einen starken Eindruck. Die auf der Konferenz verabschiedete Resolution verlangte die Umsetzung der Beschlüsse der Vereinten Nationen zu Palästina, zu denen auch die Forderung gehörte, Jerusalem als internationale Zone auszuweisen. Besonders brisant war jedoch die rückhaltlose Forderung nach der Rückkehr der pa-

**11** David Hacohen, Brief vom 28.3.1955, Ben-Gurion Archiv, Dokument #264425. Alle hebräischen Dokumente wurden von den Autoren übersetzt.

**12** Vgl. Sharett al hotza'at yisrael mi-ve'idat bandung, in: Haaretz, 17.3.1955, S. 1.

**13** Vgl. Netzigei ahh'a-po'etz ve'mapam higi'u le-new delhi bi-me'uhar, in: Lamerhav, 14.4.1955, S. 1.

**14** Zit. nach Tchuna 'aravit lenatzel ve'idat bandung le'hasata neged yisrael, in: Davar, 12.4.1955, S. 1.

**15** Vgl. Nasser bikesh et tivuchu shel nehru bamzht, in: Herut, 15.4.1955, S. 1.

**16** Vgl. Lior B. Sternfeld, *Between Iran and Zion: Jewish Histories of Twentieth Century Iran*, Stanford 2018, S. 75–82.

lästnensischen Flüchtlinge in ihre alte Heimat und die Gleichsetzung der israelischen Politik mit dem aggressiven westlichen Imperialismus. Dass die Resolution von Indiens Premierminister Nehru unterstützt wurde, der Berichten zufolge erklärt hatte, die Konferenzteilnehmer sollten überlegen, was in Bezug auf das Flüchtlingsproblem tatsächlich getan werden könne, und dass „die Frage von Verhandlungen nicht ausgeschlossen werden [solle]“, wurde in vielen Artikeln und im internen Schriftverkehr des israelischen Außenministeriums hervorgehoben, ebenso wie die Unterstützung der Resolution durch Chinas Ministerpräsident Zhou Enlai.<sup>17</sup> Für Israel bedeutete das eine gewaltige diplomatische Niederlage.

Im Bemühen um Zweckoptimismus versuchten die Mitarbeiter des israelischen Außenministeriums, zwischen der asiatischen und arabischen Haltung gegenüber Israel zu differenzieren. So wurde in einem Bericht betont, dass „die indische Delegation, wie auch andere bedeutende [asiatische] Delegationen, der antiisraelischen Resolution nicht viel Bedeutung beimaßen. Für sie war die gesamte Eretz-Israel-Problematik zwar beunruhigend, aber letztlich nur ein Randthema.“<sup>18</sup> Klar war auch, dass die diplomatischen Beziehungen Israels zu Burma in diesem volatilen Kontext noch mehr an Bedeutung gewannen. In einem emotionalen und selbstbewussten Brief an Burmas Premierminister U Nu legte David Hacohen die israelische Haltung unmissverständlich dar: „Die von der Bandung-Konferenz vertretene Doktrin ist eine Verhöhnung der jüdischen Geschichte. Wir Juden sind daran gewöhnt, mit jedem noch so abfälligen Slogan, der gerade in Mode ist, verunglimpft zu werden. Wir wurden als Protagonisten jeder ‚subversiven‘ Bewegung der Welt verleumdet. Doch mit der Behauptung von Bandung, das jüdische Volk, das seit Jahrhunderten in allen Ländern der Christenheit ausgegrenzt wird, sei ein Kompliment

ze des westlichen Imperialismus, wurde eindeutig eine Grenze überschritten. Ich glaube, kein asiatisches Volk hat mehr unter dem ‚westlichen Imperialismus‘ gelitten als das jüdische – von den Tagen des Römischen Reichs, das unseren Staat zerstörte und uns für 2000 Jahre ins Exil schickte, bis zu Hitlers ‚Drittem Deutschen Reich‘, in dem sechs Millionen Juden systematisch ermordet wurden. Wenn es etwas gibt, gegen das Juden in jedem Land und in jedem Zeitalter aufbegehren, dann sind es Tyrannei und Unterdrückung.“<sup>19</sup>

In der Knesset waren die Debatten noch deutlich hitziger. Kurz nach der Konferenz brachte die kommunistische Maki-Partei ein Misstrauensvotum gegen die Koalition von Scharet ein. Der linke Abgeordnete Schmuel Mikonis kritisierte Ben-Gurion, der inzwischen Verteidigungsminister war, und warf ihm vor, „ein System zu verfolgen, das darauf beruht, dass sich Israel der Kriegs- und Expansionspolitik der USA unterwirft“. Zudem verheimlichte er der Öffentlichkeit, dass „die Konferenz zu einer friedlichen Lösung des Eretz-Israel-Problems aufgerufen hat, also durch Verhandlungen und gegenseitige Absprachen“.<sup>20</sup>

Ben-Gurion wiederum weigerte sich, die diplomatische Niederlage einzugestehen. In seinen Reden direkt nach der Bandung-Konferenz verstärkte er seine Attacken gegen die Vereinten Nationen, Bandung und den gesamten diplomatischen Apparat. Bei der Parade der israelischen Armee am siebten Unabhängigkeitstag Israels kurz nach der Bandung-Konferenz, am 27. April 1955, machte er unmissverständlich klar: „Vielen Bewohnern dieses Landes (...) liegt nur eine Sorge am Herzen: Was würden die *Gojim* [Nichtjuden] in London, in Washington, in Moskau, in Bandung sagen. Wir werden nicht der Panik und der Feigheit erliegen, die sich mit dem Mantel der Vernunft und der vermeintlichen Machbarkeit tarnt.“ Die berühmte Rede endete mit einem entschiedenen Bekenntnis zum Isolationismus: „Unsere Zukunft hängt nicht davon ab, was die Nichtjuden sagen, sondern davon, was die Juden tun.“<sup>21</sup> Dieser Satz wurde seitdem immer wieder als Quintessenz der israelischen Politik zitiert.

**17** Zit. nach Anti-Israel Resolution Adopted at Bandung; Red China Supports Arabs, in: Jewish Telegraphic Agency, Daily News Bulletin, 22. 4. 1955, S. 1, [http://pdfs.jta.org/1955/1955-04-22\\_078.pdf](http://pdfs.jta.org/1955/1955-04-22_078.pdf). Vgl. David Kimche, The Afro-Asian Movement: Ideology and Foreign Policy of the Third World, Jerusalem 1973, S. 59–79; Andrea Benvenuti, Nehru’s Bandung Moment: India and the Convening of the 1955 Asian-African Conference, in: India Review 2/2022, S. 153–180.

**18** Memorandum [als „geheim“ gekennzeichnet] von Y. Horem [?] an R. Kidron, israelische Gesandtschaft bei den Vereinten Nationen, 23. 5. 1954, in: Bandung Conferences in Jakarta – Correspondences, Vol. 2, Israel State Archives, nγ-6/2562.

**19** David Hacohen an U Nu, 17. 5. 1955, in: Bandung Conferences in Jakarta – Correspondences, Vol. 2, Israel State Archives, nγ-6.2562.

**20** Zit. nach Protokolle der Knesset-Sitzungen, 2. Knesset, Tag 588, 4. Sitzung, 9.–11. 5. 1955.

**21** David Ben-Gurion, Hazon Va-Derekh, Bd. 5, Tel-Aviv 1962, S. 166.

## NACHLEBEN: ABSEITS DER UNDERDOGS

Betrachtet man die Bandung-Konferenz aus der engen israelischen Perspektive, kann man sich nur schwer des Eindrucks erwehren, dass die Geschichte das allgemeine Bild von Mosche Scharet als kompromissbereitem Politiker und tragischem Helden bestätigt. Als einer der maßgeblichen Architekten der damaligen israelischen Außenpolitik vertrat er die, wie es der Historiker Avi Shlaim genannt hat, „gemäßigte Schule“, die im Gegensatz zu Ben-Gurions kämpferischer und sicherheitsorientierter Politik stand. Doch am Ende wurde Scharet zur Symbolfigur für die Schwäche des zivilen diplomatischen Corps der jungen Nation, das sich dem Ansatz „wir schlagen zuerst, und wir schlagen hart zu“ beugte und letztlich auch zum Schweigen gebracht wurde.<sup>22</sup>

Der Soziologe Uri Ben-Eliezer betrachtet diese prägenden Jahre als die Zeit, in der sich in Israel ein „militaristischer Nationalismus“ herausbildete, der zur Lösung des jüdisch-arabischen Konflikts einen militärischen Ansatz bevorzugte.<sup>23</sup> Ihm zufolge waren diese Entscheidungen nicht unbedingt rational, da sie auf kulturellen Annahmen, Denkmustern und subjektiven Interpretationen basierten. Es war schwer, sich nicht davon beeinflussen zu lassen, dass im Zuge der Diskussionen über die Bandung-Konferenz kämpferische und militärische Denkmuster an Stärke gewannen – gerade vor dem Hintergrund der Enttäuschung und Desillusionierung rund um die diplomatischen Bemühungen.

Doch mit der rein israelischen Perspektive übersieht man die Gesamtwirkung und die historische Dramatik der Bandung-Konferenz. Bezeichnenderweise schrillten am Ende der Konferenz auch in Moskau und Washington die Alarmglocken. Die dortigen Regierungen waren gar nicht glücklich über den Verlauf, den die Konferenz genommen hatte. Die aufgekommene Debatte über die Frage, ob die sowjetische Politik in Osteuropa und Zentralasien zusammen mit dem westlichen Kolonialismus verurteilt werden sollte, hatte erhebliche Auswirkungen und führte schließlich dazu, dass die Konferenz den „Kolonialismus in all seinen Erscheinungsformen“ verurteilte, wo-

mit nicht nur der westliche Kolonialismus gemeint war, sondern auch die sowjetische Außenpolitik. Der Einmarsch in Ungarn zur Niederschlagung des dortigen Aufstands 1956 belegte das brutale Vorgehen der Sowjetunion gegenüber Ländern, die von ihrer Linie abwichen, und verstärkte den bisherigen negativen Eindruck. Die anglo-französisch-israelische Kooperation im Zusammenhang mit der Suezkrise, die im gleichen Jahr rund um die Verstaatlichung der mehrheitlich britisch-französischen Suezkanal-Gesellschaft durch Nasser ausbrach, bildete dann eine seltsame Parallele. Stellt man die beiden Entwicklungen nebeneinander, lässt sich eine Verbindungslinie zwischen den Ereignissen im Nahen Osten und dem globalen Kontext des Kalten Krieges ziehen. So kann man auch das kulturelle Klima besser verstehen, das zur Entstehung der Neuen Linken in Westeuropa und den Vereinigten Staaten beitrug, bei der Intellektuelle und Aktivisten nicht nur die „älteren“ westlichen imperialen Methoden der direkten und indirekten Kontrolle infrage stellten, sondern auch die totalitäre Unterdrückung nach sowjetischem Vorbild.

Die postkoloniale Kritik hatte ihre eigenen Beweggründe, sich von der Bandung-Konferenz angezogen zu fühlen. Einerseits zeigte die Konferenz, wie der Nationalstaat nach dem Zweiten Weltkrieg zur Standardstaatsform wurde, andererseits offenbarten sich die Grenzen eines Wirtschaftsmodells, das auf nationale Autarkie setzte, da Volkswirtschaften zunehmend auf globale wirtschaftliche Netzwerke und die Unterstützung und den Schutz einer Supermacht angewiesen waren. Hierdurch entstanden jedoch neue Formen der Abhängigkeit. In einem Artikel zum 50. Jahrestag der Bandung-Konferenz unterstrich der Politikwissenschaftler und Historiker Partha Chatterjee diesen Aspekt und argumentierte, dass nach dem Ende der traditionellen Kolonialreiche in den 1960er Jahren – oft nach bewaffnetem Widerstand und Dekolonisation – die wirtschaftliche und strategische Kontrolle weiter bestand, nur eben in informellerer Form wie diplomatischer Einflussnahme, wirtschaftlichen Anreizen und Verträgen, also eine Art Neoimperialismus ohne Kolonien. Aus Chatterjees Sicht war Bandung auch ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Globalisierung, bei der sich lediglich das Erscheinungsbild des Imperialismus veränderte, nicht aber seine grundlegende Funktion. Denn informelle Kontrollmechanismen spielen eine weitaus bedeutendere Rolle als die Freiheit von

**22** Vgl. Avi Shlaim, *Iron Wall: Israel and the Arab World*, London 2000, S. 87.

**23** Vgl. Uri Ben-Eliezer, *The Making of Israeli Militarism*, Bloomington 1998.

Gesellschaften oder die Achtung der nationalen Autonomie, insbesondere im Globalen Süden.<sup>24</sup>

Nach der Bandung-Konferenz trat auch das Wiedererwachen des Diskurses über *racialism*, wie es in den Veröffentlichungen jener Zeit hieß, und die Solidarität unter den Unterdrückten deutlich zutage. In diesem Punkt gilt es, Fakten von Fiktion zu trennen und, was nicht weniger wichtig ist, „präsentistische“ und anachronistische Lesarten zu vermeiden und bei einer Kritik an der israelischen Politik nicht automatisch anzunehmen, dass dabei Zionismus mit Rassismus gleichgesetzt wird. Das offizielle Abschlusskommuniqué der Bandung-Konferenz enthielt eine scharfe Erklärung, in der die Politik und die Praktiken der „Rassentrennung“ und Diskriminierung verurteilt wurden. Es sollte jedoch hervorgehoben werden, dass darin weder Israel der rassistischen Diskriminierung bezichtigt noch der Zionismus als „eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung“ bezeichnet wurde, wie es 20 Jahre später in der UN-Resolution 3379 vom Dezember 1975 der Fall sein sollte. Der Abschnitt, in dem Mitgefühl mit den Opfern von „Rassendiskriminierung“ zum Ausdruck gebracht wird, erwähnt weder Juden noch Palästinenser, sondern richtet den Blick auf Südafrika, das „Menschen afrikanischer, indischer und pakistanischer Herkunft“ unterdrücke, und fordert alle teilnehmenden Länder auf, „jede Spur von Rassismus, die in ihren eigenen Ländern existieren könnte, zu beseitigen“.

In Bandung waren es weniger die Initiatoren der Konferenz oder die Teilnehmer aus 29 asiatischen und afrikanischen Ländern, sondern vor allem die westlichen Beobachter und Berichterstatter, die den Diskurs zum Thema Rassismus hervorhoben. Dabei äußerten einige ihre Anerkennung, während sich andere überrascht zeigten. Eine wesentliche Rolle spielte dabei das Buch „The Color Curtain“ des Schriftstellers und Essayisten Richard Wright. Er lieferte nicht nur einen detaillierten Bericht der Konferenz, sondern verknüpfte die in Indonesien laufenden Diskussionen mit seinen Erfahrungen mit der harten Realität der Diskriminierung und sozialen Ungerechtigkeit in den USA. Fünf Jahre bevor Frantz Fanon 1961 seine einflussreiche Abhandlung „Die Verdammten dieser Erde“ veröffentlichte,

<sup>24</sup> Vgl. Partha Chatterjee, *Empire and Nation Revisited: 50 Years after Bandung*, in: *Inter-Asia Cultural Studies* 4/2005, S. 487–496.

beschrieb Wright die in Bandung versammelten nichtwestlichen Teilnehmer als „die Verachteten, die Beleidigten, die Verletzten, die Enteigneten – kurz: die Underdogs der Menschheit“.<sup>25</sup> Obwohl die Konferenz nur ein Jahrzehnt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Holocaust stattfand, wurde deutlich, dass Wright wie die meisten Teilnehmer der Konferenz Schwierigkeiten hatte, sich Juden ebenfalls als unterdrückte Underdogs vorzustellen. Wright, der unter einer akuten „racial melancholy“ litt,<sup>26</sup> sah in Bandung eine Gelegenheit, den „Afro-Orientalismus“ voranzutreiben, eine Vision grenzüberschreitender Solidarität und Verbundenheit zwischen unterdrückten Gruppen, die den gemeinsamen Kampf für Gerechtigkeit und Gleichheit in den Mittelpunkt stellten.

Die Diskussion über Rassismus und Solidarität trug jedoch nicht nur zum Mythos der Bandung-Konferenz bei, sondern schürte auch Ängste bei westlichen Beobachtern und internationalen Intellektuellen, die nun über einen möglichen „Rassenkrieg“ spekulierten.<sup>27</sup> Der renommierte Historiker Arnold J. Toynbee förderte diese Spekulationen mit einem Artikel im „New York Times Magazine“, in dem er einen potenziellen Konflikt zwischen Weißen und einer Koalition anderer Völker erörterte.<sup>28</sup> Obwohl Toynbee zu dem Schluss kam, dass ein solcher Krieg

<sup>25</sup> Richard Wright, *The Color Curtain. A Report on the Bandung Conference*, Cleveland 1956, S. 12. Als weiterer bekannter Afroamerikaner nahm Adam Clayton Powell an der Konferenz teil, ein Abgeordneter der Demokraten aus New York, der den Bezirk Harlem im Repräsentantenhaus vertrat. Powell war das einzige Mitglied der US-amerikanischen Legislative, das trotz der Einwände des Außenministers John Foster Dulles bei der Konferenz war.

<sup>26</sup> Bill Mullen, *Afro-Orientalism*, Minneapolis 2004, S. 57. Der Begriff *racial melancholy* beschreibt ein tiefes Gefühl von Verlust und Trauer, das Afroamerikaner aufgrund der persönlichen und politischen Erfahrung von systemischem Rassismus und historischer Ungerechtigkeit empfinden und das zu länderübergreifendem Aktivismus und Solidarität zwischen marginalisierten Gemeinschaften motiviert. Mullen skizziert, wie Afroamerikaner Verbindungen mit anderen unterdrückten Gruppen auf der ganzen Welt knüpfen, und betont die gemeinsame Natur ihrer Kämpfe und das Potenzial für kollektiven Widerstand.

<sup>27</sup> Vgl. Robert Vitalis, *White World Order, Black Power Politics: The Birth of American International Relations*, hrsg. von Bruce J. Schulman, Ithaca 2015. Siehe auch Robert Vitalis, *The Midnight Ride of Kwame Nkrumah and Other Fables of Bandung* (Bandung), in: *Humanity: An International Journal of Human Rights, Humanitarianism, and Development* 2/2013, S. 261–288.

<sup>28</sup> Vgl. Arnold J. Toynbee, *Is a „Race War“ Shaping Up?*, in: *New York Times Magazine*, 29.9.1963, S. 88 ff.



unwahrscheinlich sei, kündigt sein Essay von einem bestimmten Zeitgeist im Gefolge der Bandung-Konferenz, als sich die politischen Rivalitäten des Kalten Krieges mit der vermeintlichen Bedrohung durch andere Ethnien zu einem Schreckgespenst verbanden, das dann durch die westlichen Medien und Thinktanks geisterte.

In den Darstellungen, die die Bandung-Konferenz zum Mythos stilisierten, wird häufig übersehen, dass die Bande, die eine globale Solidarität schaffen sollten – als Grundlage für ein kollektives Wir-Gefühl in der „Dritten Welt“ – am Ende doch ziemlich lose und fragil waren. Die Konferenz stand zwar für den Aufbruch und eine neue Zeit der Dekolonisation, zeigte aber auch, dass man im Hinblick auf wirtschaftliche Entwicklung, technologisches Know-how und finanzielle Investitionen oft weiter auf die ehemaligen Kolonialmächte angewiesen war. Die revolutionäre Rhetorik, die jeder Art von Herrschaft die Legitimation absprach, die als Unterwerfung unter eine Machtelite empfunden wurde, trug dazu bei, die hässliche Realität zu verschleiern, in der die neuen Eliten, die in den unabhängig gewordenen Staaten durch den Aufbau eigener Kontrollstrukturen

an die Macht kamen, ihren Herrschaftsanspruch durchsetzten, sich aber bei der Verteidigung, Ausbildung und wirtschaftlichen Unterstützung auf die Supermächte stützten. Mit der Suezkrise von 1956 wurde Israels Anbindung an den Westen offensichtlich: Bei diesem letztlich gescheiterten Versuch, Nassers Regime zu schwächen, tat sich Israel mit dem Vereinigten Königreich und Frankreich zusammen. Gleichzeitig offenbarte die Krise ein ungeschriebenes Gesetz und einen grundlegenden Widerspruch der Dekolonisation: die Abhängigkeit der neuen postkolonialen Staaten von ihren ehemaligen Kolonialherren.

Aus dem Englischen von Heike Schlatterer, Pforzheim.

#### ARIE M. DUBNOV

ist Professor für Geschichte und internationale Angelegenheiten und Inhaber des Max-Ticktin-Lehrstuhls für Israel-Studien an der George Washington University in Washington, D. C., USA.

#### LIOR B. STERNFELD

ist Associate Professor für Geschichte und Jüdische Studien an der Pennsylvania State University, USA.

## Schon gehört?

Die APuZ gibt es auch als Podcast!



# NACH BANDUNG

## Jugoslawiens Rolle im Nord-Süd-Konflikt

*Paul Stubbs*

Als vermeintlich fest in Europa verorteter Staat erhielt das sozialistische Jugoslawien keine Einladung zur Bandung-Konferenz asiatischer und afrikanischer Staaten, die vom 18. bis 24. April 1955 in Indonesien stattfand. Es sollten jedoch kaum mehr als sechs Jahre vergehen, bis Jugoslawien vom 1. bis 5. September 1961 in seiner Hauptstadt Belgrad das erste Gipfeltreffen der späteren Bewegung der Block- oder Bündnisfreien Staaten (im Folgenden NAM genannt, Non-Aligned Movement) einberief. Damit wurde es zu einem zentralen Akteur in einem Bündnis aufstrebender und zum Teil erst kurz zuvor entkolonialisierter Länder des Globalen Südens, von dem man mit Fug und Recht sagen kann, dass es den „Geist von Bandung“ aufgriff.

In diesem Beitrag beschreibe ich, wie und warum es dazu kam und welche spezifischen Aspekte Jugoslawien in den 1960er und 1970er Jahren in die NAM einbrachte. Ich konzentriere mich dabei auf die Errungenschaften der Bewegung der Blockfreien, weise aber auch auf ihre Grenzen hin und stelle die Widersprüchlichkeiten der Rolle Jugoslawiens heraus. Dabei blicke ich auch auf die unterschiedlichen Einschätzungen zur Kontinuität zwischen der Konferenz von Bandung und der Bewegung der Blockfreien Staaten.

### UNERWARTETE VERBÜNDETE: JUGOSLAWIEN UND DER GLOBALE SÜDEN

Die Beziehungen zwischen dem sozialistischen Jugoslawien und dem Globalen Süden müssen von zwei Seiten betrachtet werden. Es reicht nicht aus, zu fragen, warum, wie und unter welchen Bedingungen Jugoslawien versuchte, die Beziehungen zu den Ländern des Globalen Südens zu einem zentralen Bestandteil seiner außenpolitischen Identität zu machen, nachdem es im Juni 1948 mit der Sowjetunion gebrochen hatte und aus dem Kommunistischen Informationsbüro (Kominform) ausgeschlossen worden war. Wichtig ist zudem die

Frage, warum diese Annäherungsversuche überhaupt auf offene Arme trafen und tatsächlich eine einheitliche und starke Bewegung hervorbrachten, die – obwohl sie heute nicht mehr so viel Gewicht hat wie früher – auch über sechzig Jahre nach ihren zaghaften Anfängen noch existiert.

Nach dem in der jugoslawischen Geschichtsschreibung und Politik als „historisches Nein“ eingegangenen Bruch mit der Sowjetunion Stalins 1948 war Jugoslawien politisch isoliert und wirtschaftlich geschwächt.<sup>01</sup> Das Land brauchte neue Verbündete und Zugang zu neuen Märkten, wollte sich aber nicht ausschließlich auf die USA und deren Verbündete innerhalb eines letztendlich antizözialistischen westlichen Blocks verlassen. Der Globale Süden, damals „Dritte Welt“ genannt, war für die Bildung strategischer Allianzen weder eine naheliegende Option noch die erste Wahl. Es gab Versuche, eine lose Balkanföderation mit benachbarten sozialistischen Ländern zu bilden, nachdem ein formalerer Zusammenschluss mit Bulgarien 1947 von Stalin untersagt worden war. Zudem wandte sich Belgrad an die kommunistischen Parteien in Westeuropa, insbesondere in Italien und Frankreich. Den Jugoslawen war daran gelegen, zu zeigen, dass sie zwar den Stalinismus ablehnten, aber den Sozialismus nicht aufgegeben hatten.

Bis mindestens 1953 hielt sich das Gefühl, dass sich Land und Regierung in einer Art „Belagerungszustand“ befanden. Es herrschte große Angst vor einer Invasion des Kominform und eine regelrechte Paranoia, die zur Beseitigung eines jeden führte, der verdächtigt wurde, mit Stalin zu sympathisieren. Jugoslawiens Präsident Josip Broz Tito reiste in diesem gesamten Zeitraum nicht ins Ausland. Zwischen Dezember 1954 und April 1961 unternahm Tito schließlich eine Reihe langer und wichtiger diplomatischer Reisen auf dem Schiff „Galeb“ (serbokroatisch für „Möwe“), die das jugoslawische Verständnis für die sich abzeichnende Dekolonisierung in Afrika und Asien vertieften und offenlegten, dass es ein



Die „fünf Gründerväter der Blockfreiheit“ von links nach rechts: Jawaharlal Nehru, Kwame Nkrumah, Gamal Abdel Nasser, Sukarno und Josip Broz Tito bei ihrer Zusammenkunft am Rande der XV. UN-Generalversammlung in New York am 29. September 1960.

Quelle: The Museum of Yugoslavia

hohes Maß an Gemeinsamkeiten sowohl mit dem ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser als auch mit dem indischen Premierminister Jawaharlal Nehru gab. Diese beruhten weitgehend auf dem gemeinsamen Bekenntnis zu einer „aktiven Neutralität“ und zu einem Sozialismus, der vom stalinistischen Modell deutlich abwich.<sup>02</sup> Die drei Staatsoberhäupter trafen sich am 18. und 19. Juli 1956 auf den Brionischen Inseln in Titos Sommerresidenz, wobei die Jugoslawen die Bedeu-

tung dieser Zusammenkunft, die später als „ein Gründungsmythos des sozialistischen Jugoslawiens“<sup>03</sup> bezeichnet wurde, in ähnlicher Weise übertrieben, wie Nehru sie herunterspielte.

Der Beschluss, ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs jener Länder abzuhalten, die man damals im Serbokroatischen „nicht engagierte“ Länder nannte, wurde am 29. September 1960 während einer Zusammenkunft gefasst, die ähnliche Berühmtheit erlangen sollte. Sie fand in der Ständigen Vertretung Jugoslawiens bei den Vereinten Nationen am Rande der drei Wochen zuvor begonnenen XV. UN-Generalversammlung in New York statt. Nach einer Phase relativer Ruhe in den Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion, die auf den Tod Stalins 1953 gefolgt war, tagte die UN-Vollversammlung vor dem Hintergrund erneuter Spannungen zwischen den Su-

**01** Schätzungen zufolge kostete die Handelsblockade der Kominform-Länder Jugoslawien zwischen 1948 und 1950 etwa 429 Millionen US-Dollar. Vgl. Nataša Mišković, *The Pre-History of the Non-Aligned Movement: India's First Contacts with the Communist Yugoslavia, 1948–1950*, in: *India Quarterly* 2/2009, S. 185–200, hier S. 191.

**02** Vgl. Peter Willetts, *The Foundations of the Non-Aligned Movement: The Trouble With History Is That It Is All in the Past*, in: Paul Stubbs (Hrsg.), *Socialist Yugoslavia and the Non-Aligned Movement: Social, Cultural, Political, and Economic Imaginaries*, Montreal 2023, S. 59–83, hier S. 65.

**03** Vladimir Petrović, *Jugoslavija stupa na Bliski Istok*, Belgrad 2007, S. 139.

permächten, da kurz zuvor eine Abrüstungskonferenz in Paris gescheitert war, und trug weiter zu ihnen bei. Dem sozialistischen Jugoslawien gelang es, Unterstützung für eine Resolution zu bekommen, in der auf die „ernste Gefahr für den Weltfrieden“ hingewiesen wurde.<sup>04</sup> Und viel wichtiger noch: Tito, Nasser und Nehru konnten sich mit Ghanas Präsident Kwame Nkrumah und Indonesiens Präsident Sukarno auf ein Gipfeltreffen einigen und gaben damit zumindest sinnbildhaft den Staffelstab der dekolonialen Solidarität des Globalen Südens von Bandung an Belgrad weiter. In historischen Darstellungen werden sie als „die fünf Gründerväter der Blockfreiheit“ bezeichnet.

Bei dem Versuch zu verstehen, warum Jugoslawien als führende Kraft einer Gruppe akzeptiert wurde, zu der es im geopolitischen wie räumlichen Sinne formell gar nicht gehörte, ist die symbolische Bedeutung des siegreichen Kampfes jugoslawischer Partisanen gegen den Faschismus während des Zweiten Weltkrieges nicht zu unterschätzen. Viele Menschen im Globalen Süden hatten auf derselben Seite gestanden. Vor allem aber war dieser Kampf auch als Inspiration für die gegenwärtige Auflehnung gegen die koloniale Unterdrückung anschlussfähig. Die jugoslawische Führung erkannte nicht nur die Bedeutung der dekolonialen Befreiungsbewegungen, sondern bot auch konkrete Unterstützung in Form von Ausbildung, medizinischer und humanitärer Hilfe und häufig auch Waffen an. Das früheste und bedeutendste Beispiel dafür war die jugoslawische Unterstützung der algerischen Unabhängigkeitsbewegung während ihres Höhepunkts zwischen 1956 und der Erlangung der algerischen Unabhängigkeit 1962 – eine ideologisch motivierte außenpolitische Position, die etwaige Auswirkungen auf die jugoslawisch-französischen Beziehungen hintanstellte.<sup>05</sup>

In den Vereinten Nationen und anderen Kontexten erwarb sich Jugoslawien den Ruf, seinen Worten auch Taten folgen zu lassen. Die jugoslawische Unterstützung wurde im Globalen Süden oft als authentischer wahrgenommen als die der Sowjets, da erstere an weniger Bedingungen geknüpft war. Darüber hinaus basierte sie auf einem Modell

von Modernisierung durch Massenalphabetisierung, allgemeinen Zugang zu Gesundheit, Bildung und Wohlfahrt, Agrarreformen und rasche Industrialisierung. Die Bedeutung der Kontrolle durch die Arbeiterschaft oder, wie es später hieß, der „Selbstverwaltung“ im jugoslawischen „Marktsozialismus“, gefiel vielen der dekolonialen Entscheidungsträger der ersten Generation – wenn nicht als zu kopierendes Modell, so doch als Inspiration. Jugoslawien hatte auch begonnen, Absolventen aus dem Globalen Süden die Möglichkeit eines Studiums in Jugoslawien zu eröffnen, insbesondere in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern.<sup>06</sup>

Trotz alledem lag der entscheidende Grund für die Übergabe des Staffelstabs von Bandung an Belgrad in der Schwierigkeit beziehungsweise, wie sich herausstellte, der schiereren Unmöglichkeit für die afrikanischen und asiatischen Staaten, eine weitere Bandung-Konferenz einzuberufen. Die Gründe, warum es nie zu einer zweiten Konferenz kam, sind komplex, aber zu den wichtigsten Faktoren zählen die Spannungen zwischen den beiden größten asiatischen Staaten Indien und China. Das Scheitern des Bandung-Prozesses trug sicherlich zur Entstehung der Bewegung der Blockfreien Staaten bei.<sup>07</sup> Insbesondere Nasser war von dem Wert einer breiteren Bewegung und der Rolle, die das sozialistische Jugoslawien darin spielen könnte, überzeugt. Nehru war weniger enthusiastisch und zeitweise sogar eher besorgt darüber, dass viele seiner Grundsatzpositionen zur „friedlichen Koexistenz“ und Ähnlichem von den Jugoslawen aufgegriffen und als ihre eigenen ausgegeben wurden. Er stimmte dem Belgrader Gipfel nur unter der Zusicherung zu, dass es sich um ein einmaliges Ereignis handeln und nicht zu einer dauerhaften Bewegung führen werde.

## BANDUNG UND BELGRAD: KONTINUITÄTEN UND UNTERSCHIEDE

Es gab viele Gemeinsamkeiten zwischen den Gipfeltreffen von Bandung und Belgrad, nicht zuletzt im Hinblick darauf, dass die vor Kurzem entko-

<sup>04</sup> Vgl. Willetts (Anm. 2), S. 67.

<sup>05</sup> Vgl. David L. Milbank, Yugoslav Policy Toward Algeria in Perspective, in: SAIS Review 1/1967, S. 4–14; Jelena Dureinović, Internationalizing the Revolution: Veterans and Transnational Cultures of Memory and Solidarity Between Yugoslavia and Algeria, in: International Review of History S32/2024, S. 139–158.

<sup>06</sup> Vgl. Leonora Dugonjic-Rodwin/Ivica Mladenović, Transnational Educational Strategies During the Cold War: Students from the Global South in Socialist Yugoslavia, 1961–91, in: Stubbs (Anm. 2), S. 331–359.

<sup>07</sup> Vgl. Jürgen Dinkel, Die Bewegung Bündnisfreier Staaten. Genese, Organisation und Politik (1927–1992), Berlin 2015, S. 98.

lonialisierten Nationalstaaten als aktiv gestaltende Subjekte statt als passive Objekte der internationalen Beziehungen in Erscheinung traten und sie die Konturen einer neuen historischen Handlungsfähigkeit absteckten. Beide Veranstaltungen waren in der Tat sorgfältig choreografiert und inszeniert, um zu demonstrieren, „Herr im eigenen Hause“ zu sein, wie Sukarno in seiner Eröffnungsrede in Bandung erklärt hatte.<sup>08</sup> Sie spiegelten das Bedürfnis der Staaten des Globalen Südens, die noch nicht über Botschaftsnetzwerke verfügten, zusammenzukommen. Es wurden weitgehend ähnliche Grundsätze und Forderungen geäußert, darunter die Unantastbarkeit nationaler Souveränität, die Bedeutung von Selbstbestimmung, die Nichteinmischung in auswärtige Angelegenheiten anderer Länder, die friedliche Beilegung von Konflikten, Abrüstung anstelle atomarer Aufrüstung und mehr Macht für eine repräsentativere UNO, die die in ihrer Charta festgelegten Aufgaben tatsächlich erfüllt und nicht von den Supermächten blockiert wird. Sowohl in Bandung als auch in Belgrad verband sich Idealismus mit Eigeninteresse und ergab sich eine breite Unterstützung seitens sehr unterschiedlicher Regime. Auch wenn das prosowjetische Kuba von Anfang an Mitglied der Bewegung Blockfreier Staaten war, zeigte sich das Belgrader Treffen, obwohl es weniger Länder anlockte als die Organisatoren erhofft hatten, noch einmal selbstbewusster mit Blick auf die Notwendigkeit, einen Weg ohne Einmischung der Supermächte zu beschreiten. Ob es „eine ideologische Divergenz zwischen Bandung und Belgrad gab, bei der Verfolgung des Antikolonialismus oder auch in Fragen des Kalten Krieges“, bleibt strittig.<sup>09</sup> Natürlich gab es zumindest in der Theorie einen wichtigen Unterschied zwischen dem erklärten Bikontinentalismus von Bandung, der Asien und Afrika miteinander verband, und dem allgemeineren Streben nach bündnisfreier Solidarität, das auf dem Belgrader Gipfel zum Ausdruck kam. Doch angesichts der Tatsache, dass in Belgrad auf Druck der USA sehr wenige lateinamerikanische Staaten teilnahmen und aus Europa nur Jugoslawien und Zypern, wies die Teilnehmerschaft der beiden Gipfel eine sehr ähnliche geografische Bandbreite auf.

Der wichtigste Unterschied besteht darin, dass Bandung eine einmalige Veranstaltung blieb und Belgrad trotz Nehrus ernsthafter Vorbehalte letztlich nicht. In der Tat gab es zwischen dem Belgrader

Gipfel 1961 und dem Folgegipfel in Kairo vom 5. bis 10. Oktober 1964 beträchtliche Aktivitäten und einen regen Austausch, größtenteils auf Ministerebene, wobei sich die Zahl der teilnehmenden Staaten von 25 in Belgrad auf 47 in Kairo fast verdoppelte und wichtige lateinamerikanische Länder wie Argentinien, Brasilien, Chile und Mexiko sowie das neutrale Finnland als Beobachter hinzukamen. Bei diesen ersten Treffen standen Fragen der politischen Sicherheit und der Abrüstung im Vordergrund, es wurden aber auch soziale, kulturelle und wirtschaftliche Fragen behandelt, die sich aus der anhaltenden Bedrohung durch neokoloniale Unterdrückungsverhältnisse ergaben. Dennoch folgte auf das Kairoer Gipfeltreffen eine Phase der Untätigkeit, die etwa vier bis fünf Jahre dauerte und in der die Bewegung der Blockfreien wie erstarrt schien.

Zeitweise wirkte es so, als habe nur Jugoslawien Interesse an der Fortsetzung der Bewegung in der einen oder anderen Form. Vor dem Hintergrund des Sechstagekrieges im Nahen Osten 1967 hatte sich Nasser der Sowjetunion stark angenähert, und Nkrumah war im Februar 1966 durch einen Militärputsch abgesetzt worden. Sukarno hatte versucht, eine alternative Konferenz der neuen aufstrebenden Kräfte (Conference of New Emerging Forces, CONEFO) als radikalere Initiative ins Leben zu rufen, die Jugoslawien als Land ohne Kolonialgeschichte ausgeschlossen hätte. Die Symbolik, dass die Arbeiten an der CONEFO-Konferenzhalle am zehnten Jahrestag der Konferenz von Bandung begonnen wurden, war den Jugoslawen nicht entgangen, doch die Pläne für die CONEFO endeten, als Sukarno im September 1965 durch einen Putsch rechter Kräfte unter der Führung von Suharto gestürzt wurde. Die Trikontinentale Konferenz der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, die vom 3. bis 15. Januar 1966 in der kubanischen Hauptstadt Havanna stattfand, war eine weitere Initiative, die – wenn auch nur implizit – eine Alternative zu dem eher sanften diplomatischen Ansatz der Bewegung der Blockfreien bieten sollte. Von einem Kommentator beschrieben als „dramatischer Schritt weg von der Blockfreiheit hin zu einem radikalen Antiimperialismus, der fest im sozialistischen Lager angesiedelt ist“,<sup>10</sup> nahm

<sup>08</sup> Zit. nach ebd., S. 57.

<sup>09</sup> Willetts (Anm. 2), S. 72.

<sup>10</sup> Zit. nach Robert J.C. Young, *Disseminating the Tricontinental*, in: Chen Yian et al. (Hrsg.), *The Routledge Handbook of the Global Sixties*, London 2018, S. 517–547, hier S. 517. Siehe auch Paul Stubbs, *Re-Imagining Anti-Fascist Internationalisms*, in: *History in Flux* 6/2024, S. 169–196.

sie viel von dem revolutionären Eifer auf, der 1968 seinen Höhepunkt erreichte, und ließ dabei ein Jugoslawien außen vor, von dem viele aus der globalen Linken meinten, dass es in eine Phase bürokratischer Stagnation eingetreten war und wenig zum globalen Sozialismus beizutragen hatte.

### GEGEN WIRTSCHAFTLICHEN NEOKOLONIALISMUS: DIE BLOCKFREIEN IN DEN 1970ER JAHREN

Nach der Unterbrechung erlebte die Bewegung der Blockfreien Staaten in den 1970er Jahren einen erneuten Aufschwung, der rückblickend als eine Art „goldenes Zeitalter“ der Bewegung gelten kann. Doch auch in ihrer informelleren Gestalt hatte die NAM zu Beginn der 1960er Jahre durch ihren Einsatz für die Gründung der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) eine äußerst wichtige Rolle gespielt. Am Ende der ersten UNCTAD-Tagung am 15. Juni 1964 war die Gruppe der 77 (G77) als offizielle Stimme des Globalen Südens bei den Vereinten Nationen ins Leben gerufen worden. Auch Jugoslawien war Gründungsmitglied.

Für die Wiederbelebung der NAM, die mit dem Gipfeltreffen in Lusaka, Sambia, vom 8. bis 10. September 1970 ihren Anfang nahm, gibt es verschiedene Gründe. Entscheidend war, dass die Jugoslawen eine neue Generation von Gesprächspartnern fanden, insbesondere die Präsidenten von Sambia und Tansania, Kenneth Kaunda und Julius Nyerere, sowie Indiens Premierministerin Indira Gandhi, die ihren Vater Nehru schon 1956 bei dem Treffen auf den Brionischen Inseln begleitet hatte. Hier fanden sich Verbündete mit einer ähnlichen Vision von „Entwicklung“, die einen an den afrikanischen und asiatischen Kontext angepassten Sozialismus aufbauen wollten und – noch viel wichtiger – ihre Unterstützung für die Bewegung der Blockfreien davon abhängig machten, dass sie als Vehikel für konkrete Aktionen und nicht als reines Gesprächsforum fungierte.

Die NAM 2.0, wie man sie nennen könnte, war etwas formeller, ohne jedoch übermäßig bürokratisch zu werden. Es wurde ein rotierender Vorsitz eingeführt, den das jeweilige Gastgeberland für drei Jahre bis zum nächsten Gipfel innehatte. Ihre relative Informalität ermöglichte es der Bewegung, trotz ihrer wachsenden Größe als Inkubator für neue Ideen und Initiativen zu fun-

gieren, die dann an die G77 und die Vereinten Nationen herangetragen werden konnten. Eine Reihe von Vorschlägen, die später den Kern der am 1. Mai 1974 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Neuen Weltwirtschaftsordnung und der am 12. Dezember 1974 beschlossenen Charta über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten bildeten, wurden auf den NAM-Gipfeltreffen 1970 in Lusaka und 1973 in Algier, Algerien, entwickelt. Mit dem Ziel, die politische Selbstbestimmung mit „kollektiver Selbstständigkeit“ und einem grundlegenden Kurswechsel bei Welthandel und Wirtschaftsführung zu verbinden, verkörperten sie eine radikale Herausforderung der fortbestehenden „strukturellen Ungleichheiten der Weltwirtschaft“.<sup>11</sup>

Die Jugoslawen unterstützten die Initiative weitgehend, waren aber nicht mehr federführend wie noch in den 1960er Jahren. Hinter den Kulissen befürchteten sie, dass die Algerier, gestärkt durch die Einnahmen aus den verstaatlichten Ölfeldern, die NAM in ihrem eigenen Interesse „privatisieren“ würden. Das war nicht ohne Ironie, da Jugoslawien, das die Gipfeltreffen sorgfältig choreografiert und im Vorfeld Entwürfe für Kommuniqués verfasst hatte, beschuldigt werden könnte, in den 1960er Jahren dasselbe getan zu haben. Vor dem Hintergrund der Entscheidung der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC), die Ölpreise infolge des im Oktober 1973 begonnenen Jom-Kippur-Krieges im Nahen Osten zu erhöhen, und einem anhaltenden Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den erdölproduzierenden und den erdölimportierenden Staaten des Globalen Südens, fanden die Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung eine gewisse Unterstützung bei neutralen oder „gleichgesinnten“ Staaten in Europa. Als die USA die Forderungen zurückwies, trat Jugoslawien erneut als wichtiger Akteur in Erscheinung, indem es die Gründung einer Bank des Südens zur Unterstützung der am wenigsten entwickelten Länder vorschlug. Diese Idee wurde allerdings nie umgesetzt, nicht zuletzt, weil eine neue neoliberale Orthodoxie die Weltwirtschaft zunehmend dominierte, die Macht sich von den Vereinten Nationen auf den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank verlagerte und

<sup>11</sup> Julius Nyerere zit. nach Adom Getachew, *Worldmaking after Empire. The Rise and Fall of Self-Determination*, Princeton–Oxford 2019, S. 157.

sich die Schuldenkrise verschärfte, die sogenannte Strukturanpassungen und Sparmaßnahmen nach sich zog. Dennoch schaffte es die Bewegung der Blockfreien im Verbund mit der UNESCO weiterhin, die Aufmerksamkeit auf die Ungleichgewichte in der globalen Kommunikation und den Bedarf nach einer Neuen Weltinformations- und -kommunikationsordnung zu lenken und, noch konkreter, nach einem Nachrichtenpool der Blockfreien – einer Partnerschaft zwischen einer Reihe von Nachrichten- und Informationsagenturen mit dem Ziel, relevantere Neuigkeiten über den Globalen Süden zu verbreiten als die Nachrichtensender des Nordens.<sup>12</sup>

Ohne die führende Rolle des sozialistischen Jugoslawiens hätte die NAM vielleicht nie existiert oder Bestand gehabt. Obwohl sie immer nur eine von vielen Arenen war, in denen sich der Globale Süden austauschen und Aktionen koordinieren konnte, war sie stets ein wichtiger Katalysator und Inkubator für den Einsatz für eine gerechtere und ausgewogenere Weltordnung. Zwar stellte sie Vereinbarungen zwischen Nationalstaaten beziehungsweise zukünftigen Nationalstaaten in Form von Befreiungsbewegungen in den Vordergrund, doch gab es durch den verbindenden dekolonialen Standpunkt und durch relativ autonome Räume für bedeutenden transnationalen Austausch in den Bereichen Kunst und Kultur,<sup>13</sup> Frauenaktivismus,<sup>14</sup> Architektur, Wissenschaft, Bildung und Industrie trotzdem auch eine „Blockfreiheit von unten“. Jugoslawische Unternehmen richteten Arbeitsstätten im Globalen Süden ein,<sup>15</sup> wobei dies angesichts der einsetzenden Schuldenkrise Jugoslawiens oft eher

als neue Einnahmequelle denn als Akt der Solidarität gesehen wurde.<sup>16</sup> Jugoslawien profitierte durch die Erschließung neuer Märkte sowohl auf mikro- als auch auf makroökonomischer Ebene von seiner Rolle in der Bewegung der Blockfreien Staaten.

## DIE NAM UND DAS ENDE JUGOSLAWIENS

Der jugoslawische Einfluss nahm in der Zeit und im Gefolge des sechsten NAM-Gipfels ab, der vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna stattfand. Dies war das letzte Treffen, an dem der jugoslawische Präsident Tito vor seinem Tod am 4. Mai 1980 teilnahm. Obwohl der Gipfel als Kampf „um die Seele der NAM“ beschrieben wurde,<sup>17</sup> gelang es den Jugoslawen ein Stück weit, den Kubanern die Bedeutung von Konsensfindung, die Notwendigkeit einer gleichermaßen kritischen Haltung gegenüber beiden Machtblöcken im Kalten Krieg sowie das Erfordernis, Streitigkeiten zwischen den Mitgliedsstaaten von der offiziellen Tagesordnung fernzuhalten, zu vermitteln.

Die 1980er Jahre wurden für Jugoslawien zu einer Phase der wirtschaftlichen und politischen Krise. Die mächtigen nördlichen Teilrepubliken Kroatien und Slowenien begannen, die Verpflichtungen gegenüber dem Globalen Süden kritisch zu sehen und sich stärker an Europa zu orientieren. Ab 1991 fiel Jugoslawien im Zuge brutaler Kriege auseinander, und die Nachfolgestaaten vergaßen die Bewegung der Blockfreien entweder völlig oder, wie im Falle Serbiens, verzerrten die Erinnerung an sie zugunsten ihrer eigenen strategischen Interessen. Mehr als dreißig Jahre später lässt sich jedoch ein erneutes akademisches, aktivistisches und künstlerisches Interesse an der Rolle des sozialistischen Jugoslawiens in der NAM erkennen, sowie an den Lehren, die daraus für die krisengeschüttelte Welt von heute gezogen werden könnten.<sup>18</sup>

Aus dem Englischen von Birthe Mühlhoff, Dresden.

### PAUL STUBBS

ist Soziologe und Aktivismusforscher und war bis Ende 2024 Senior Research Fellow am Institute of Economics in Zagreb, Kroatien.

**12** Vgl. Sašo Slažek Brlek, *The Creation of the Non-Aligned News Agency Pool*, in: *Prispevki za novejšo zgodovino* 1/2022, S. 37–62; Paul Stubbs, *The Non-Aligned Movement and the New International Economic and Information Orders: Yugoslavia, the Global South and the UN*, in: Barbara Predan/Daša Tepina (Hrsg.), *The Culture of the Non-Aligned: The Clash of Cultural and Political Narratives*, Ljubljana 2023, S. 21–39.

**13** Siehe z. B. [www.nam-globe-exchange.org](http://www.nam-globe-exchange.org).

**14** Siehe z. B. <https://pric.unive.it/projects/wo-nam/home>.

**15** Siehe z. B. [www.yuworkzambia.net](http://www.yuworkzambia.net).

**16** Vgl. Dubravka Sekulić, „The Sun Never Sets on Energoprojekt ... Until It Does“: *The Yugoslav Construction Industry in the Non-Aligned World*, in: Stubbs (Anm. 2), S. 257–279.

**17** Vgl. Jovan Čavoški, *Non-Aligned Movement Summits: A History*, London 2022.

**18** Vgl. Paul Stubbs, *The Emancipatory Afterlives of Non-Aligned Internationalism. What Can We Salvage from the Spirit of Bandung?*, Januar 2020, [www.rosalux.de/en/publication/id/41631](http://www.rosalux.de/en/publication/id/41631).

# GEMEINSAME VERGANGENHEIT – GEMEINSAME ZUKUNFT?

## Chinas Engagement in Afrika 70 Jahre nach der Bandung-Konferenz

*Christine Hackenesch*

Anfang September 2024 versammelten sich Dutzende afrikanische Staats- und Regierungschefs zum alle drei Jahre stattfindenden Forum of China Africa Cooperation (FOCAC) in Beijing. In seiner Eingangsrede stellte Chinas Präsident Xi Jinping fest, dass die chinesisch-afrikanischen Beziehungen dank intensiver Bemühungen beider Seiten in den vergangenen 70 Jahren heute besser seien als je zuvor.<sup>01</sup> In seiner Rede wurde deutlich, dass „Süd-Süd-Solidarität“ und andere Kernbegriffe, die 1955 die erste Asiatisch-Afrikanische Konferenz in Bandung prägten, heute rhetorisch eine untergeordnete Rolle in den chinesisch-afrikanischen Beziehungen spielen. Stattdessen stehen für China wirtschaftliche und politische Interessen im Vordergrund, und Xi wirbt dafür, sein Konzept einer „Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft für die Menschheit“ als handlungsleitend zu etablieren.

### DER LANGE SCHATTEN VON BANDUNG

Die Bandung-Konferenz 1955 in Indonesien war für China eine große außenpolitische Chance. Nach der Machtübernahme der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und der Ausrufung der Volksrepublik China durch Mao Zedong 1949 war China außenpolitisch isoliert. In den Vereinten Nationen beispielsweise erhielt die Republik China (Taiwan) den ständigen Sitz im Sicherheitsrat. Die Bandung-Konferenz bot dementsprechend die Gelegenheit, Beziehungen zu Ländern des Globalen Südens aufzunehmen und die internationale Isolation zu brechen.

In Bandung trafen sich 29 afrikanische und asiatische Länder mit dem Ziel, ihre wirtschaftliche und kulturelle Kooperation zu intensivieren und

sich gemeinsam gegen Kolonialismus und Unterdrückung einzusetzen. Viele der teilnehmenden Staaten hatten erst kürzlich ihre Unabhängigkeit erlangt. Während der Konferenz wurden die „Zehn Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ verabschiedet. Der chinesische Premier- und Außenminister Zhou Enlai brachte sich maßgeblich in die Verhandlungen ein, und die chinesische Regierung betonte anschließend, dass die „Zehn Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ entscheidend von Chinas außenpolitischen „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ beeinflusst waren.

Die Bandung-Prinzipien betonten den gegenseitigen Respekt für territoriale Integrität, Souveränität und die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, den Verzicht auf gegenseitige Aggression, den Grundsatz der friedlichen Koexistenz sowie die Gleichheit und den wechselseitigen Nutzen der bilateralen Beziehungen. Inmitten des Kampfes gegen den Kolonialismus und des Beginns der Blockkonfrontation während des Kalten Krieges spiegelten sie ein klassisches Verständnis staatlicher Souveränität, das die Gleichheit von Staaten unterstreicht. Die Prinzipien sollten außerdem möglichen Sorgen und Ängsten im Hinblick auf Chinas außenpolitische Ziele begegnen.

Chinas „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ spielten bis vor einigen Jahren eine prominente Rolle im chinesischen außenpolitischen Diskurs, besonders in den Beziehungen zu afrikanischen Ländern. Die Kernideen und insbesondere das Primat der staatlichen Souveränität sind weiterhin zentral für Chinas Außenpolitik und Chinas Engagement in Afrika. Außerdem betont China weiterhin, dass die Beziehungen von gegenseitigem Nutzen sein sollen. Darüber hinaus ist in der außenpolitischen Rhetorik Chinas wenig von den Prinzipien übriggeblieben. Statt-



dessen bemüht sich Xi, sein Konzept einer „Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft für die Menschheit“ in den Beziehungen zu Afrika zu verankern und damit ein eigenes Narrativ in den internationalen Beziehungen zu etablieren. Inhaltlich bleibt das Konzept sehr vage, zum Teil widersprüchlich, und wird für unterschiedliche Adressaten adaptiert. Einerseits suggeriert es, dass China eine regelbasierte internationale Ordnung unterstützt. Andererseits betont es das traditionelle chinesische Konzept *tianxia* (alle unter einem Himmel), das China im Zentrum der Zivilisation sieht.<sup>02</sup> Der Wandel in der Rhetorik spiegelt den fundamentalen Wandel, den die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen China und afrikanischen Ländern in den vergangenen 70 Jahren und insbesondere seit Anfang der 2000er Jahre durchlaufen haben.

In den 1960er und 1970er Jahren waren Chinas Beziehungen zu afrikanischen Ländern zunächst maßgeblich von der Blockkonfrontation und Chinas Rivalität mit der Sowjetunion geprägt.<sup>03</sup> China unterstützte revolutionäre Bewegungen in Afrika, die sich weder mit dem Westen noch mit der Sowjetunion solidarisierten. Entwicklungshilfeprojekte wie die Tazara-Eisenbahn von Tansania nach Sambia sollten Chinas Solidarität und wirtschaftliche Unterstützung für die Unabhängigkeitsbewegungen in afrikanischen Ländern symbolisieren.

Nach dem Ende der chinesischen Kulturrevolution 1976 und zu Beginn der wirtschaftspolitischen Öffnung Chinas 1978 verloren die Beziehungen zu afrikanischen Staaten für Beijing zunächst an Bedeutung. Unter Führung von Deng Xiaoping konzentrierte China sich auf nationale wirtschaftliche Reformen und eine Annäherung an westliche Länder. China unterstützte afrikanische Staaten zwar weiterhin durch Entwicklungshilfe, jedoch in deutlich geringerem (finanziellen) Umfang. China beließ es im Wesentlichen dabei, Ärzteteams zu entsenden, und pflegte die diplomatischen Beziehungen. Große Infrastrukturprojekte wurden nicht mehr initiiert.

**01** Vgl. Keynote address by Chinese President Xi Jinping at opening ceremony of 2024 FOCAC summit, 5. 9. 2024, <https://english.news.cn/20240905/e898a78004754f229763ad2bb5be7aa3/c.html>.

**02** Vgl. Steve Tsang/Olivia Cheung, *The Political Thought of Xi Jinping*, Oxford 2024.

**03** Einen Überblick zu den historischen Beziehungen findet sich beispielsweise bei David H. Shinn/Joshua Eisenman, *China and Africa: A Century of Engagement*, Philadelphia 2012.

Nach der Niederschlagung der Protestbewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 war China international erneut isoliert und wurde durch westliche Staaten mit Sanktionen belegt. Beziehungen zu afrikanischen Ländern boten wieder die Möglichkeit, die internationale Isolation zu durchbrechen. Nachdem Deng Xiaoping den wirtschaftlichen Öffnungsprozess und Chinas Integration in die Weltwirtschaft unumkehrbar angestoßen hatte, gewannen wirtschaftliche Interessen langsam an Bedeutung.

## SEIT 2000: PRIMAT DER WIRTSCHAFT

Seit der Jahrtausendwende haben sich insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen stark entwickelt. Zentrale Treiber hierfür waren ökonomische Veränderungen in China. Das enorme Wirtschaftswachstum in China ab den 1990er Jahren führte zu einem hohen Bedarf an Rohstoffimporten, insbesondere Öl, der nicht mehr durch Nachbarländer gedeckt werden konnte. Die 1999 initiierte Going-out-Strategie sollte den Zugang zu Rohstoffen sichern und gleichzeitig chinesische Staatsunternehmen international wettbewerbsfähig machen. Afrikanische Staaten, insbesondere Angola und Sudan, wurden dadurch zu zentralen Öllieferanten für China. Im Bereich Telekommunikation entwickelten sich afrikanische Länder zu einem wichtigen Sprungbrett für chinesische Unternehmen für den späteren Zugang zu Märkten in Europa oder Nordamerika. Einige chinesische Bauunternehmen konnten durch Projekte in Afrika – finanziert von westlichen Gebern oder chinesischen Banken – dem massiven Konkurrenzdruck in China entgehen.

Innerhalb weniger Jahre wurde China so zu einem der wichtigsten Wirtschaftspartner afrikanischer Staaten. Bereits 2009 überholte China die USA als größten bilateralen Handelspartner. China exportiert insbesondere verarbeitete Waren und Güter nach Afrika und importiert vor allem Rohstoffe. Bislang liegt die EU als Wirtschaftsblock insgesamt noch vor China, aber Beijing plant, die EU als wichtigsten Handelspartner abzulösen.<sup>04</sup> Auch Chinas Direktinvestitionen in Afrika sind seit Anfang der 2000er Jahre deutlich gestiegen. 2022 gehörten Süd-

**04** Vgl. Tofe Ayeni, *China to Overtake the EU as Africa's Biggest Trade Partner by 2030*, 8. 8. 2022, [www.theafricareport.com/229297/china-to-overtake-the-eu-as-africas-biggest-trade-partner-by-2030](http://www.theafricareport.com/229297/china-to-overtake-the-eu-as-africas-biggest-trade-partner-by-2030).

afrika, Ägypten und die Demokratische Republik Kongo zu den wichtigsten Empfängerländern. Die chinesischen Direktinvestitionen in afrikanischen Ländern sind jedoch im Vergleich zu Direktinvestitionen europäischer Länder nach wie vor niedrig.<sup>05</sup>

Seit 2013 und parallel zur Einführung der neuen Seidenstraßeninitiative (Belt and Road Initiative) hat China maßgeblich in Infrastrukturprojekte in Afrika investiert, diese finanziert und auch baulich umgesetzt. China fördert eine Vielzahl großer Infrastrukturprojekte wie beispielsweise Eisenbahnlinien in Kenia, Äthiopien oder im Sudan, Häfen in Tansania, Djibouti oder Kenia und Projekte zur Energiegewinnung und -verbreitung wie beispielsweise Staudämme, Kohlekraftwerke oder Windparks. Unter Präsident Xi wurde die Belt and Road Initiative somit Chinas internationales Aushängeschild. Über die Jahre hat China die neue Seidenstraßeninitiative zu einer Marke entwickelt und so seinen verschiedensten Infrastrukturprojekten ein gemeinsames Narrativ und eine übergeordnete Strategie gegeben.

Zwischen den Jahren 2000 und 2022 haben chinesische Banken afrikanischen Ländern und Regionalorganisationen Kredite für Infrastrukturprojekte in Höhe von 170 Milliarden US-Dollar vergeben.<sup>06</sup> Bis 2017 hatte China die Weltbank als größten Kreditgeber zeitweise überholt. Zum Teil bedingt durch das geringere Wirtschaftswachstum in China selbst, hat die chinesische Regierung seit 2018 jedoch weniger neue Kredite vergeben, und die Weltbank bleibt so insgesamt der größte Kreditgeber in Afrika. Der bei Weitem größte Kreditnehmer ist Angola, gefolgt von Äthiopien, Kenia, Sambia und Ägypten. Energie und Transport, gefolgt von Telekommunikation, sind die Wirtschaftssektoren, die mit Abstand am stärksten gefördert werden.

Neben wirtschaftlichen Motiven spielen auch politische Interessen weiterhin eine wichtige Rol-

le, insbesondere die Unterstützung chinesischer Positionen in den Vereinten Nationen und die Ein-China-Politik, also die Nichtanerkennung Taiwans als souveräner Staat. In den Vereinten Nationen bemüht sich China um die Unterstützung afrikanischer Länder, beispielsweise um Kritik an der Menschenrechtslage in der autonomen Provinz Xinjiang abzuwehren oder um Xis Konzept einer „Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft für die Menschheit“ im Diskurs der Vereinten Nationen zu etablieren.<sup>07</sup> Chinas Bemühungen in der Ein-China-Politik waren insofern erfolgreich, als in Afrika inzwischen nur noch Eswatini, ehemals Swasiland, Beziehungen zu Taiwan unterhält. Während die formale Frage der Anerkennung somit keine große Rolle mehr spielt, wirbt China bei afrikanischen Ländern um Unterstützung für seinen Kurs gegenüber Taiwan.

Für die chinesische Regierung ist außerdem die strategische Kommunikation über ihr Engagement seit Anfang der 2000er Jahre ein Hauptanliegen. Dementsprechend führte China bereits unter Präsident Hu Jintao von 2003 bis 2013 ein umfassendes Public-Diplomacy-Programm ein. Dadurch will die chinesische Regierung ein positives Narrativ über die chinesisch-afrikanischen Beziehungen konstruieren und auf Kritik aus afrikanischen Ländern reagieren, beispielsweise bezüglich der Arbeitsbedingungen in chinesischen Projekten.<sup>08</sup> Die Etablierung von Konfuzius-Instituten, Medienkooperationen und diverse Elitennetzwerke sollen dazu beitragen, das Bild von China und den chinesisch-afrikanischen Beziehungen in Afrika positiv zu beeinflussen.

Im Medienbereich beispielsweise hat sich China seit dem FOCAC-Gipfel 2006 in Beijing besonders stark engagiert.<sup>09</sup> China Radio International hat einen Sender in Kenias Hauptstadt Nairobi aufgebaut. Seit 2012 sendet das chinesi-

**05** Für einen Überblick zu Chinas Handel, Direktinvestitionen und Krediten in Afrika vgl. beispielsweise die Datenübersicht der China-Africa Research Initiative unter [www.sais-cari.org/data-china-africa-trade](http://www.sais-cari.org/data-china-africa-trade) oder Wenjie Chen/Michele Fornino/Henry Rawlings, Navigating the Evolving Landscape of China and Africa's Economic Engagements, International Monetary Fund, IMF Working Paper 37/2024, [www.elibrary.imf.org/view/journals/001/2024/037/article-A001-en.xml](http://www.elibrary.imf.org/view/journals/001/2024/037/article-A001-en.xml).

**06** Einen Überblick zu chinesischen Krediten in Afrika gibt es beispielsweise bei Oyintarelado Moses et al., A New State of Lending. Chinese Loans to Africa, Global Development Policy Centre, Policy Brief 19/2023, [www.bu.edu/gdp/files/2023/08/GCI\\_PB\\_019\\_CLA-2023-FIN.pdf](http://www.bu.edu/gdp/files/2023/08/GCI_PB_019_CLA-2023-FIN.pdf).

**07** Vgl. Charlotte Gao, „A Community of Shared Future“: One Short Phrase for UN, One Big Victory for China?, 5. 11. 2017, <https://thediplomat.com/2017/11/a-community-of-shared-future-one-short-phrase-for-un-one-big-victory-for-china>.

**08** Vgl. Dani Madrid-Morales/Herman Wasserman, How Effective Are Chinese Media in Shaping Audiences' Attitudes Towards China? A Survey Analysis in Kenya, Nigeria, and South Africa, in: *Online Media and Global Communication* 4/2022, S. 671–696; David H. Shinn/Joshua Eisenman, *China's Relations with Africa. A New Era of Strategic Engagement*, New York 2023.

**09** Vgl. im Folgenden Hangwei Li, Chinese Media Engagement with Africa and the Role of African Agency, *Megatrends Afrika*, Policy Brief 26/2024, <https://doi.org/doi:10.18449/2024MTA-PB26>.

sche Staatsfernsehen China Central Television (CCTV) ein spezielles Afrikaprogramm, und die staatliche Tageszeitung „China Daily“ hat eine Afrika-Ausgabe eingeführt. Darüber hinaus haben chinesische Medienunternehmen Joint Ventures mit afrikanischen Partnern gegründet, teilen ihre Inhalte in afrikanischen Medien oder engagieren sich im Rahmen von Entwicklungsprojekten für den Aufbau von Medieninfrastruktur. Ein breit angelegtes Ausbildungsprogramm fördert den Austausch zwischen chinesischen und afrikanischen Journalistinnen und Journalisten. Auf diese Weise wurden bis 2022 mehr als 3000 im Mediensektor arbeitende Personen geschult.

Durch diese Maßnahmen sind chinesische Medieninhalte zu einer Alternative zu westlichen und lokalen Medienangeboten geworden. Die Wirkungen von Chinas Medienpräsenz sind jedoch umstritten. Studien aus den 2010er Jahren ergaben, dass es einen kleinen, aber positiven Zusammenhang gibt zwischen Chinas Medienpräsenz und seiner positiven öffentlichen Wahrnehmung.<sup>10</sup> Neuere, vergleichende Studien zeigen, dass chinesisches Fernsehen in afrikanischen Staaten weniger populär ist als CNN, BBC oder Al-Jazeera.<sup>11</sup>

Für die politischen Beziehungen spielt Chinas internationale Parteienkooperation eine maßgebliche Rolle.<sup>12</sup> Die KPCh unterhält seit vielen Jahren enge Beziehungen zu den wichtigsten Regierungsparteien im südlichen Afrika und in einigen Ländern Ostafrikas. In den Ländern Nordafrikas arbeitet sie mit einem breiteren Parteienspektrum zusammen. Seit Xis Amtsantritt 2013 hat China seine Parteibeziehungen zu afrikanischen Partnern intensiviert. Ein wesentliches Merkmal von Chinas Diplomatie sind hochrangige bilaterale Begegnungen zwischen Vertreterinnen und Vertretern der KPCh und afrikanischen Parteifunktionären. Darüber hinaus unterstützt die KPCh afrikanische Parteischulen und organisiert diverse Konferenzen, Trainings und Schulungen für afrikanische Funktionäre. Beijings Parteidiplomatie in Afrika soll Chinas außenpolitische Interessen fördern, eine alternative Darstellung von

Chinas weltweitem Aufstieg verbreiten und das chinesische autoritäre politische System normalisieren.<sup>13</sup> Der Erfolg und die Wirkungen der Parteienkooperation sind schwierig zu messen. Klar ist jedoch, dass afrikanische Parteifunktionäre das hochrangige Engagement begrüßen.<sup>14</sup>

Seit 2019 zeichnen sich neben diesen Entwicklungen vier zentrale Trends ab: *Erstens* wurde die Belt and Road Initiative als Reaktion auf Kritik und Herausforderungen sowie angesichts des schwächelnden Wirtschaftswachstums in China reformiert. *Zweitens* haben parallel dazu „kleine, aber feine“ (*small yet beautiful*) Projekte an Bedeutung gewonnen. *Drittens* bemüht sich China nun darum, sein Entwicklungsmodell als Alternative zum Westen zu positionieren. *Viertens* steht Chinas Engagement in Afrika zunehmend im Zeichen des geopolitischen Wettbewerbs mit Europa und den USA.

## BELT AND ROAD INITIATIVE IN NEUEN KLEIDERN

Ein Hauptkritikpunkt an der Belt and Road Initiative bezieht sich auf die Schuldentragfähigkeit. Bis 2017 hatten Chinas Export-Import-Bank und die China Development Bank afrikanischen Ländern rund 90 Milliarden US-Dollar geliehen. Dies entsprach einem Anteil von knapp 21 Prozent aller afrikanischen Schulden sowie knapp 23 Prozent der internationalen Kredite Chinas.<sup>15</sup> Neben einem Anstieg der Staatsanleihen haben chinesische Kredite damit entscheidend zum Anstieg des Schuldenniveaus in afrikanischen Ländern in den 2010er Jahren beigetragen.<sup>16</sup> Bei westlichen Partnern besteht die Sorge, China könnte die Schulden nutzen, um sein geopolitisches Gewicht zu stärken und die wirtschaftliche Abhängigkeit afrikanischer Länder von China zu vergrößern.<sup>17</sup>

**10** Vgl. Catie Snow Bailard, China in Africa: An Analysis of the Effect of Chinese Media Expansion on African Public Opinion, in: *The International Journal of Press/Politics* 4/2016, S. 446–471.

**11** Vgl. Madrid-Morales/Wasserman (Anm. 8).

**12** Vgl. Christine Hackenesch/Julia Bader, Pragmatic, Strategic and Wide-Reaching: The CCP's Party Diplomacy in Africa, *Megatrends Afrika*, Policy Brief 29/2024, <https://doi.org/10.18449/2024MTA-PB29>.

**13** Vgl. ebd.; dies. *The Struggle for Minds and Influence: The Chinese Communist Party's Global Outreach*, in: *International Studies Quarterly* 3/2020, S. 723–733.

**14** Vgl. dies. (Anm. 12).

**15** Vgl. Chris Alden/Lu Brave Jiang, *New World: Debt, Industrialization and Security in China-Africa Relations 2019*, in: *International Affairs* 3/2019, S. 641–657.

**16** Vgl. David Mihalji/Christoph Trebesch, *Who Lends to Africa and How? Introducing the Africa Debt Database*, Kiel Institut für Weltwirtschaft, Kiel Working Paper 2217/2023.

**17** Vgl. Noah Cheruiyot Mutai et al., *Examining the Sustainability of African Debt Owed to China in the Context of Debt-Trap Diplomacy*, in: *Scientific African* 24/2024, <https://doi.org/10.1016/j.sciaf.2024.e02164>.

Auf Nachfrage und Drängen afrikanischer Länder hat China zwischen 2000 und 2019 Schulden in Höhe von 3,4 Milliarden US-Dollar erlassen. In der Regel stundet China allerdings vor allem zinsfreie Kredite.<sup>18</sup> Bei Krediten mit günstigen oder kommerziellen Zinsraten hat China in einigen Fällen die Rückzahlungszeiträume verlängert, um Staaten zu helfen, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind. Zwischen 2000 und 2019 hat China so Kredite in Höhe von etwa 19 Milliarden US-Dollar umstrukturiert.<sup>19</sup> Uneinigkeit besteht bei Analysten darüber, inwiefern China im Falle von Zahlungsschwierigkeiten seiner Schuldner direkt auf Vermögenswerte der Partner zurückgreift oder nicht.<sup>20</sup>

Jenseits der Schuldentragfähigkeit bemängeln Kritiker, dass die Geschwindigkeit, mit der die Projekte umgesetzt werden, zulasten von Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards geht. China hat darauf reagiert und seit 2018 bei fast zwei Dritteln der Projekte zumindest auf dem Papier entsprechende Standards und Klauseln eingefügt.<sup>21</sup>

In den afrikanischen Staaten wird Chinas Infrastrukturfinanzierung grundsätzlich positiv gesehen. Erste Studien zeigen, dass die chinesischen Projekte zu Wirtschaftswachstum in den Zielländern beitragen.<sup>22</sup> Trotz kritischer Debatten über die Schuldentragfähigkeit und geringe Umwelt- und Sozialstandards in den Bauprojekten begrüßt die überwiegende Mehrheit der afrikanischen Eliten Chinas Infrastrukturfinanzierung sehr.<sup>23</sup> Auch repräsentative Umfragen des panafrikani-

schen Forschungsinstituts Afrobarometer zeigen, dass 2018/19 rund 62 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger Chinas Einfluss positiv oder sehr positiv werteten.<sup>24</sup> Afrikanische politische und wirtschaftliche Eliten betonen die wirtschaftlichen Chancen, die sich durch günstige finanzielle Konditionen und die zügige Projektumsetzung ergeben. Gleichzeitig werden aber auch die Herausforderungen gesehen, die mit den Projekten einhergehen, wie beispielsweise Intransparenz, Korruption und Umweltverschmutzung.<sup>25</sup>

## NEUER FOKUS AUF „KLEINE, ABER FEINE“ PROJEKTE

Parallel zur Reform der Belt and Road Initiative setzt China zunehmend auf „kleine, aber feine“ Entwicklungsprojekte, die wirtschaftlich tragfähig sind und einen positiven Beitrag zu sozialer Entwicklung und Umweltschutz leisten.<sup>26</sup> Im FOCAC-Aktionsplan 2024 findet sich die Ankündigung, dass China zwischen 2025 und 2027 mindestens 1000 solcher kleineren Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen umsetzen will.<sup>27</sup> Sie sollen Innovationen in der Landwirtschaft, in der Lebensmittelproduktion oder in der Medizin fördern, beim Ausbau der Digitalisierung helfen oder berufliche Bildung und Fachkräfteausbildung unterstützen.

Kleinere Entwicklungsprojekte sollen damit die Belt and Road Initiative ergänzen. Ihre Entwicklungswirkung und mögliche Herausforderungen in der Umsetzung sind bislang unklar.<sup>28</sup> Beispielsweise erfordern kleinere Projekte verhältnismäßig mehr bürokratischen Aufwand als größere Projekte. Afrikanische Länder, die sich auf den Schuldenabbau konzentrieren und eine Abkehr von großen Infrastrukturprojekten vollzogen haben, könnten diesen neuen Ansatz begrüßen. Staaten, die noch immer auf umfangreiche

**18** Vgl. Kevin Acker/Deborah Brautigam/Yufang Huang, Debt Relief with Chinese Characteristics, China-Africa Research Initiative, Working Paper 39/2020, <https://static1.squarespace.com/static/5652847de4b033f56d2bdc29/t/60353345259d4448e01a37d8/1614099270470/WP+39+-+Acker%2C+Brautigam%2C+Huang+-+Debt+Relief.pdf>.

**19** Vgl. ebd.

**20** Vgl. ebd.; Bradley C. Parks et al., Belt and Road Reboot: Beijing's Bid to De-Risk Its Global Infrastructure Initiative, AidData, November 2023, [https://docs.aiddata.org/reports/belt-and-road-reboot/Belt\\_and\\_Road\\_Reboot\\_Full\\_Report.pdf](https://docs.aiddata.org/reports/belt-and-road-reboot/Belt_and_Road_Reboot_Full_Report.pdf).

**21** Vgl. ebd.

**22** Vgl. Crouage Mlambo, China in Africa: An Examination of the Impact of China's Loans on Growth in Selected African States, in: *Economies* 7/2022, <https://doi.org/10.3390/economies10070154>.

**23** Vgl. Samantha Custer/Ana Horigoshi/Kelsey Marshall, BRI from the Ground Up: Leaders from 129 Countries Evaluate a Decade of Beijing's Signature Initiative, AidData, March 2024, <https://docs.aiddata.org/reports/bri-from-the-ground-up/full-report.html>.

**24** Siehe [www.afrobarometer.org/online-data-analysis](http://www.afrobarometer.org/online-data-analysis).

**25** Vgl. Custer/Horigoshi/Marshall (Anm. 23).

**26** Vgl. Hangwei Li/Christine Hackenesch, FOCAC 2024: Moving away from Large Infrastructure Deals towards Normative Power of China, *Megatrends-Afrika Spotlight* 38/2024, [www.megatrends-afrika.de/publikation/megatrends-spotlight-38-focac-2024-towards-normative-power-of-china](http://www.megatrends-afrika.de/publikation/megatrends-spotlight-38-focac-2024-towards-normative-power-of-china).

**27** Vgl. Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China, Forum on China-Africa Cooperation Beijing Action Plan (2025–2027), 5.9.2024, [www.mfa.gov.cn/eng/xw/zyxw/202409/t20240905\\_11485719.html](http://www.mfa.gov.cn/eng/xw/zyxw/202409/t20240905_11485719.html).

**28** Vgl. hier und im Folgenden Li/Hackenesch (Anm. 26).

Kredite angewiesen sind, um die Infrastrukturlücke zu schließen, könnten die Veränderung möglicherweise kritischer sehen, da kleinere Projekte den Zugang zu groß angelegten Infrastrukturen einschränken könnten.

## POLITISCHES MODELL

China versucht verstärkt, internationale Entwicklungsnormen zu prägen, die Erfahrungen seines eigenen Modernisierungsprozesses zu teilen und sein politisches Modell als Alternative zur westlichen Demokratie zu etablieren. Bereits auf dem 19. Parteitag im Oktober 2017 kündigte Xi an, dass China nun bereit sei, seine Erfahrungen mit dem Einparteien-Regime mit anderen Ländern zu teilen.

Dies zeigt sich beispielsweise in den Parteibeziehungen.<sup>29</sup> Die KPCh lädt regelmäßig afrikanische Parteidelegationen zu Studienreisen nach China ein, um die Funktionsweise der KPCh sowie des chinesischen politischen Systems vorzustellen und die wirtschaftliche Entwicklung Chinas zu präsentieren. Während die KPCh im Diskurs mit afrikanischen Parteifunktionären in den frühen 2000er Jahren von gegenseitigem Lernen sprach oder manchmal auch Interesse daran bekundete, von ihren afrikanischen Partnerparteien zu lernen, heißt es seit 2014 meist, dass die Partner von der KPCh lernen wollen. Dieser veränderte Diskurs geht einher mit neuen Kooperationsformaten wie Fortbildungen für afrikanische Parteikader oder der Unterstützung afrikanischer Parteischulen, die darauf zielen, afrikanische Partner mit den Erfahrungen der KPCh vertraut zu machen.

Der Wunsch, China als Modell zu etablieren, wurde auch beim FOCAC-Gipfel im September 2024 deutlich. Ein Hauptaugenmerk lag darauf, Chinas eigene Modernisierungserfahrungen als potenzielles Vorbild für afrikanische Länder zu präsentieren.<sup>30</sup> In Xis Rede sowie dem Diskurs rund um den FOCAC-Gipfel wurde Chinas einzigartiger Modernisierungsansatz betont und sein Potenzial als Vorbild für afrikanische Länder un-

terstrichen. Zudem sind im FOCAC-Aktionsplan verschiedene Bereiche skizziert, in denen China seine Modernisierungserfahrungen mit Afrika teilen will. Dazu gehören Korruptionsbekämpfung, Landwirtschaft, Technologietransfer oder ländliche Entwicklung.

## GEOPOLITISCHER WETTBEWERB

Spätestens mit der Covid-19-Pandemie und Russlands Angriff auf die gesamte Ukraine hat der geopolitische Wettbewerb Chinas mit der EU und den USA in Afrika zugenommen. Während der Pandemie hat die chinesische Regierung sich sehr darum bemüht, ein alternatives Narrativ über die Ursprünge des Corona-Virus zu verbreiten. Sie hat außerdem versucht, Chinas autoritäres System als besonders erfolgreich im Kampf gegen die Pandemie darzustellen und seine Unterstützung für afrikanische Länder als hilfreicher als die Aktivitäten der EU oder USA.

Bereits während der 2000er Jahre wurde China von westlichen Akteuren als entwicklungspolitischer Wettbewerber gesehen. In den 2010er Jahren und mit dem Ausbau der Entwicklungsfinanzierung und der Handelsbeziehungen entwickelte sich China zunehmend auch zu einem wirtschaftspolitischen Konkurrenten. Neu ist seit etwa 2019, dass China sich proaktiv als alternativer politischer Akteur in Afrika positioniert und seitens der EU entsprechend als systemischer Rivale wahrgenommen wird.<sup>31</sup>

Der geopolitische Wettbewerb findet auch Einzug in den FOCAC-Diskurs. Xi unterstrich dort nicht nur die „gemeinsame Zukunft“ Chinas und Afrikas. Er betonte auch die Bedeutung der „gemeinsamen Vergangenheit“ und kritisierte explizit, dass die westliche Herangehensweise an Afrika den Entwicklungsländern immenses Leid zugefügt habe.<sup>32</sup> Im Vergleich zu früheren Reden positionierte Xi Chinas Kooperation mit Afrika explizit als Alternative.

## CHRISTINE HACKENESCH

ist habilitierte Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsabteilung Inter- und transnationale Zusammenarbeit des German Institute of Development and Sustainability (IDOS) in Bonn.

<sup>29</sup> Vgl. hier und im Folgenden Hackenesch/Bader (Anm. 12 und 13).

<sup>30</sup> Vgl. hier und im Folgenden Li/Hackenesch (Anm. 26).

<sup>31</sup> Vgl. Europäische Kommission/Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, EU-China – Strategische Perspektiven, 12.3.2019, JOIN(2019)5final.

<sup>32</sup> Vgl. Xi (Anm. 1).

# EINE ANDERE WELT?

## Der Globale Süden in der neuen Historiografie des Kalten Krieges

*Eric Burton · Katharina Föger*

Am 31. Juli 1968 demonstrierten etwa 150 Student:innen und Jugendliche vor der US-Botschaft in Dar es Salaam, der Hauptstadt Tansanias. Mit Slogans wie „Progressive African youths support the Vietnamese struggle for independence“ protestierten sie gegen die US-Intervention in Vietnam, auch „Unyonaji na ubepari ni mavi“ („Ausbeutung und Kapitalismus sind scheiße“) war auf einem Plakat zu lesen. Manchen Beobachter:innen im Westen passte das ins Bild: Das ostafrikanische Tansania, dessen Regierungspartei sich erst ein Jahr zuvor klar zu einem sozialistischen Entwicklungsweg bekannt hatte, schien immer deutlicher Teil der kommunistischen Welt zu werden. Kaum einen Monat später, am 24. August 1968, versammelten sich wieder 2000 überwiegend junge Menschen für eine Demonstration, dieses Mal vor der sowjetischen Botschaft, die dabei gestürmt und verwüstet wurde. Selbst wenn der tansanischen Regierungsspitze diese Entgleisung peinlich war – zumal auch einige Minister und die Jugendorganisation der Regierungspartei involviert waren –, stand sie inhaltlich hinter beiden Protesten. Als erste Regierung in Afrika hatte sie den Einmarsch der Staaten des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei öffentlich kritisiert und dabei auch die Figur des Kolonialismus ins Spiel gebracht: „Tanzania opposes colonialism of all kinds, whether old or new, in Africa, in Europe, or elsewhere.“<sup>01</sup>

Mit einer bipolaren Sicht vom Kalten Krieg als Systemkonflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus, in den die ganze Welt zwischen 1947 und 1991 hineingezogen wurde, lassen sich diese Proteste gegen die USA und die UdSSR schwer erklären. Der Historiker Matthew Connelly hat empfohlen, die „Brille des Kalten Krieges abzusetzen“, um der Komplexität von Dynamiken, Interessenskonflikten, Strategien und gegenseitigen Wahrnehmungen im Globalen Süden gerecht zu werden.<sup>02</sup> Die Demonstrationen in Dar es Salaam lassen sich nicht in einem einfachen Ost-West-Schema deuten.

Im Folgenden skizzieren wir anhand ausgewählter Schwerpunkte – antikoloniales *worldmaking*, Entwicklung und Sozialismen –, wie aktuelle Forschungen die Rolle des Globalen Südens im Gefüge der internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg neu einordnen. Abschließend diskutieren wir, inwiefern das wirkmächtige historiografische Deutungsmuster des Kalten Krieges aufgebrochen und mit anderen Faktoren zusammengedacht werden muss.

### DER GLOBALE KALTE KRIEG

Seit den 1990er Jahren ist es eine bedeutende historiografische Strömung, den Blick stärker auf die etwa 150 „heißen Kriege im Kalten Krieg“ zwischen 1947 und 1991 zu richten, darunter neben den Auseinandersetzungen in Korea, Vietnam und Afghanistan etwa auch Konflikte im Nahen Osten oder am Horn von Afrika.<sup>03</sup> Im Gegensatz zu früher dominanten Deutungsmustern wie dem „Stellvertreterkrieg“, mit denen in erster Linie den Supermächten Handlungsmacht zugeschrieben wurde, finden nun auch Akteur:innen aus dem Globalen Süden mehr Beachtung, um den Lauf der Ereignisse zu erklären. Diese Neubewertung der Rolle des Globalen Südens hängt zusammen mit der Herausbildung der New Cold War Studies, die über den traditionellen ereignisgeschichtlichen Fokus auf Krisen und Kriege hinaus auch wirtschaftliche, soziokulturelle oder technologische Prozesse in den Blick nehmen und dabei die Rolle von kleineren Staaten und anderen „sekundären Akteuren“ in den Vordergrund stellen.<sup>04</sup> Im Zusammenspiel mit Globalgeschichte, Regionalwissenschaften und Alltagsgeschichte sowie dem Einfluss postkolonialer Theorien sind Themen wie Souveränität, Staatenbildung, Menschenrechte sowie insbesondere Dekolonisierung in den Vordergrund gerückt.<sup>05</sup>

Ein zentrales Werk in dieser Hinsicht war Odd Arne Westads „Global Cold War“, das 2005 den „globalen Kalten Krieg“ zu einem gängigen Begriff werden ließ. Westad sieht im Vorgehen und beim missionarischen Eifer der beiden Supermächte Ähnlichkeiten zum europäischen Imperialismus und Kolonialismus, von dem sich beide Mächte zugleich abgrenzten. Auch wenn die UdSSR und die USA ihre jeweiligen Gesellschaftsentwürfe universalisieren wollten und dafür im Globalen Süden – Westad verwendet den damals üblichen Quellenbegriff der „Dritten Welt“ – intervenierten, waren Regierungen und verschiedene Bewegungen im Globalen Süden keinesfalls nur Marionetten.<sup>06</sup> Ähnlich hat Piero Gleijeses gezeigt, wie Kubas Führung ohne vorherige Abstimmung mit Moskau 1975 militärisch im gerade erst unabhängig gewordenen Angola intervenierte und so die geopolitische Konstellation im südlichen Afrika stark beeinflusste.<sup>07</sup> Lateinamerika, lange primär als „Hinterhof“ der USA betrachtet, gilt in der neueren Forschung als Region, in der es auch über Kubas Wirken hinaus vielfältige Strategien gab, um sich gegen Einflussversuche aus Nordamerika zu wehren.<sup>08</sup>

**01** Vgl. George Roberts, *Revolutionary State-Making in Dar Es Salaam. African Liberation and the Global Cold War, 1961–1974*, Cambridge 2021, S. 182–185, Zitat der Regierungsmittteilung S. 184; Eric Burton, *Frontline Citizens: Liberation Movements, Transnational Solidarity, and the Making of Anti-Imperialist Citizenship in Tanzania*, in: *International Review of Social History* 332/2024, S. 197–225, hier S. 208 f.

**02** Matthew Connelly, *Taking Off the Cold War Lens: Visions of North-South Conflict During the Algerian War for Independence*, in: *The American Historical Review* 3/2000, S. 739–769.

**03** Vgl. Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hrsg.), *Heiße Kriege im Kalten Krieg*, Hamburg 2006; Vladimir Shubin, *The Hot „Cold War“. The USSR in Southern Africa*, London 2008.

**04** Vgl. Tony Smith, *New Bottles for New Wine. A Pericentric Framework for the Study of the Cold War*, in: *Diplomatic History* 4/2000, S. 567–591; Albert Manke/Katerina Brezinová (Hrsg.), *Kleinstaat und sekundäre Akteure im Kalten Krieg. Politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Wechselbeziehungen zwischen Europa und Lateinamerika*, Bielefeld 2016.

**05** Vgl. Robert J. McMahon (Hrsg.), *The Cold War in the Third World. Reinterpreting History*, Oxford 2013.

**06** Vgl. Odd Arne Westad, *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times*, Cambridge 2005.

**07** Vgl. Piero Gleijeses, *Visions of Freedom. Havana, Washington, Pretoria, and the Struggle for Southern Africa, 1976–1991*, Chapel Hill 2013.

**08** Vgl. Thomas C. Field/Stella Krepp/Vanni Pettinà (Hrsg.), *Latin America and the Global Cold War. The New Cold War History*, Chapel Hill 2020; Vanni Pettinà, *A Compact History of Latin America's Cold War*, Chapel Hill 2022.

## ARCHIVREVOLUTIONEN?

Solche Neuinterpretationen beruhen neben einer Verlagerung oder Ausweitung von Analyseschwerpunkten auch auf der Erschließung neuer Quellen in „West“, „Ost“ und „Süd“. Zahlreiche Bestände in den ehemals staatssozialistischen Ländern Ost- und Ostmitteleuropas wurden in den 1990er Jahren im Zuge sogenannter Archivrevolutionen zugänglich gemacht. Der einsetzende archivalische Goldrausch speiste jedoch vorerst zumeist nationale oder Ost-West-Fragestellungen, der Globale Süden wurde erst durch inter- und transnationale Perspektiven zum Forschungsgegenstand. Archive in Ländern des Globalen Südens wiederum galten für die Geschichtsschreibung des Kalten Krieges lange ohne genauere Prüfung als wenig ertragreich – das hat sich mittlerweile geändert.<sup>09</sup> Wo sich der Zugang zu Nationalarchiven schwierig gestaltete, haben Forscher:innen auch Distrikt- und Regionalarchive, Privatarchive oder Bestände von internationalen Organisationen gesichtet und Oral-History-Interviews geführt. Das war nicht zuletzt hilfreich, um den auf Staatsoberhäupter, Außenministerien und Botschaften zentrierten Blick zu weiten, Differenzen innerhalb von Staaten zu erkennen und weitere gesellschaftliche Gruppen in die Analyse einzubeziehen.

Die Öffnungstendenzen der 1990er und 2000er Jahre haben sich mittlerweile vielerorts umgekehrt. Das gilt nicht nur für kriegführende Länder wie Russland. Bestände aus dem chinesischen Außenministerium etwa waren um 2007 weitgehend zugänglich, schon ein Jahrzehnt später jedoch waren kaum noch aussagekräftige Dokumente einzusehen.<sup>10</sup> Auch in liberalen Demokratien der westlichen Welt ist der Zugang keinesfalls immer garantiert. In außenpolitischen Archivbeständen der USA sind zahlreiche Dokumente mit dem Hinweis auf nationale Sicherheitsinteressen nur in Form einer „Withdrawal Notice“ mit dem Hinweis „Contains National Security Information“ vorzufinden. Hinzu kommt, dass auch ehemalige Kolonialmächte noch einen großen Aufarbeitungs- und Öffnungsbedarf haben. In den britischen Nationalarchiven etwa blieb die „Migrated Archives“-

**09** Vgl. Nana Osei-Opare, „If You Trouble a Hungry Snake, You Will Force It to Bite You“: Rethinking Postcolonial African Archival Pessimism, Worker Discontent, and Petition Writing in Ghana, 1957–66, in: *Journal of African History* 1/2021, S. 59–78.

**10** Vgl. Jodie Yuzhou Sun, *Kenya's and Zambia's Relations with China, 1949–2019*, Woodbridge 2023, S. 17.

Aktenserie mit Zehntausenden Dokumenten, die aus 36 Kolonien kurz vor dem Übergang zur Unabhängigkeit entwendet worden waren, bis 2011 unter Verschluss, um den Ruf des Vereinigten Königreichs nicht zu gefährden. Hier fanden sich nicht zuletzt Belege für die gewaltsame Unterdrückung antikolonialer Bewegungen, die zudem (oft fälschlich) als kommunistisch gebrandmarkt worden waren.<sup>11</sup> Solche Bestände sind jedoch zentral, um die Verflechtung des globalen Kalten Krieges mit der Dekolonisierung zu verstehen und herauszuarbeiten, welche anderen Weltordnungen im Zuge antikolonialer Revolutionen angestrebt wurden.

### NEUE WELTORDNUNG? ANTIKOLONIALISMUS UND BLOCKFREIHEIT

Im frühen Kalten Krieg hatten Eliten der USA und der Kolonialmächte sowie auch kommunistisch regierter Länder die Erwartung, postkoloniale Regierungen müssten sich mit der Unabhängigkeit für eines der beiden Lager „entscheiden“. Gegen diese Erwartungshaltung richteten sich in der jüngeren Forschung viel beachtete Schlüsselereignisse und zum Teil auch deren Vorläufer,<sup>12</sup> wie die afro-asiatische Bandung-Konferenz 1955, die Herausbildung der Bewegung der Blockfreien Staaten 1961 oder die von Kuba forcierte „Trikontinentale“, die eine Allianz antiimperialistischer Kräfte auf den „drei Kontinenten“ anstrebte. Auf diesen Plattformen demonstrierten Staaten und Organisationen aus dem Globalen Süden Handlungsmacht und mobilisierten immer breitere Bündnisse gegen Kolonialismus und Imperialismus, was auch im Rest der Welt das geopolitische Handeln prägte.<sup>13</sup> Vijay Prashad hat treffend von der „Dritten Welt“, wie sie sich in diesen Jahren politisch formierte, als einem erst umzusetzenden „Projekt“ gesprochen – ein wichtiger Unterschied zu einem Verständnis der

„Dritten Welt“ als geografisch oder anderweitig bereits bestehende Einheit.<sup>14</sup>

Die neuere historiografische Literatur zum Thema hat nicht nur die Facetten, Visionen und Möglichkeiten dieses Projekts, sondern auch seine zahlreichen Widersprüche untersucht. Definitiv spürbar war eine Änderung der Kräfteverhältnisse in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, wo Regierungen aus dem Globalen Süden – zum Teil gemeinsam mit kommunistischen Staaten Osteuropas – Dekolonisierungsprozesse weiter beschleunigten.<sup>15</sup> Vielfältige Vernetzungs- und Transferprozesse zeigten sich in Gewerkschafts-, Frauen- und Jugendorganisationen oder der 1958 in Kairo gegründeten Afro-Asian Peoples' Solidarity Organization (AAPSO), die lange als bloße Frontorganisation Moskaus abgestempelt wurde. Derartige Organisationen und Konferenzreihen im Gefolge von Bandung, etwa die Afro-Asian Writers' Conference, schufen wichtige Räume für Vernetzung, Wissenstransfer und die Verfolgung antikolonialer Agenden – wobei auch immer wieder Spannungen, beispielsweise zwischen kommunistischen und nichtkommunistischen Akteur:innen oder China und der Sowjetunion ausgehandelt werden mussten.<sup>16</sup>

Hier blieb es keinesfalls nur bei leeren Solidaritätsbekundungen und ideologischen Disputen. Staaten aus dem Globalen Süden leisteten auch handfeste Unterstützung. Hauptstädte postkolonialer Staaten wie Dar es Salaam, Algier, Kairo oder Havanna wurden zu essenziellen Drehkreuzen für Befreiungsbewegungen auf ihrer globalen Suche nach Anerkennung, Ressourcen und Waffen. Das hatte weitreichende Folgen, ermöglichte es doch bestimmten Organisationen wie etwa

**11** Vgl. Riley Linebaugh, *Colonial Fragility: British Embarrassment and the So-Called „Migrated Archives“*, in: *The Journal of Imperial and Commonwealth History* 4/2022, S. 729–756.

**12** Vgl. Su Lin Lewis/Caroline Stolte, *Other Bandungs: Afro-Asian Internationalisms in the Early Cold War*, in: *Journal of World History* 1–2/2019, <https://doi.org/10.1353/jwh.2019.0011>.

**13** Zu Bandung und Blockfreiheit siehe auch die Beiträge von Amitav Acharya, Jürgen Dinkel und Paul Stubbs in dieser Ausgabe. Zur Trikontinentale vgl. R. Joseph Parrott/Mark Atwood Lawrence (Hrsg.), *The Tricontinental Revolution. Third World Radicalism and the Cold War*, Cambridge 2022.

**14** Vgl. Vijay Prashad, *The Darker Nations. A People's History of the Third World*, New York 2008, S. XV.

**15** Vgl. Eva-Maria Muschik, *Special Issue Introduction: Towards a Global History of International Organizations and Decolonization*, in: *Journal of Global History* 2/2022, S. 173–190.

**16** Vgl. Reem Abou-El-Fadl, *Building Egypt's Afro-Asian Hub: Infrastructures of Solidarity and the 1957 Cairo Conference*, in: *Journal of World History* 1–2/2019, S. 157–192; Celia Donert, *Women's Rights and Global Socialism. Gendering Socialist Internationalism During the Cold War*, in: *International Review of Social History* S30/2022, <https://doi.org/10.1017/S0020859022000050>; Immanuel R. Harisch, *Gewerkschaftshochschulen als Wissenszentren. Ein Fokus auf afrikanische Kursteilnehmer\*innen als (Ko-)Produzent\*innen von Wissen während der 1960er-Jahre des Kalten Krieges*, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 3/2023, S. 101–117; Rossen Djagalov, *From Internationalism to Postcolonialism. Literature and Cinema Between the Second and the Third Worlds*, Montreal u. a. 2020.



dem südafrikanischen African National Congress (ANC) ihr Überleben im Exil, die weitere Unterstützung durch kommunistische Staaten und die westliche Zivilgesellschaft sowie den Sieg bei den ersten demokratischen Wahlen 1994.<sup>17</sup>

Nationale Selbstbestimmung und das Ende der Kolonialherrschaft sowie weißer Minderheitenregime waren zwar in der Regel die erklärten Hauptziele, aber die zahlreichen antikolonialen Projekte von Staaten erschöpften sich keinesfalls darin. Die Politikwissenschaftlerin Adom Getachew hat mit dem Begriff *worldmaking* darauf hingewiesen, dass diese Projekte oft auf eine tiefgreifende Änderung der internationalen Ordnung zielten.<sup>18</sup> Inspiriert von Internationalismen und Konzepten wie dem Panafrikanismus gab es vor allem in den 1950er und 1960er Jahren in Afrika oder in der Karibik ernstzunehmende Versuche regionaler Integration und föderative Modelle, die eine Alternative zum Nationalstaat boten.<sup>19</sup> Über die tatsächliche Tragfähigkeit solcher Alternativen besteht Uneinigkeit.<sup>20</sup> Es ist aber festzuhalten, dass der Nationalstaat als dominantes politisch-territoriales Ordnungsmuster keineswegs als selbstverständliches Ergebnis im Zuge der Auflösung der Imperien zu verstehen ist, sondern als Produkt historischer Aushandlungsprozesse, in denen andere Visionen regionaler und globaler Ordnungen an den Rand gedrängt wurden. Auf nationalstaatlicher Ebene blieb währenddessen häufig das Motiv der „Entwicklung“ leitend, das aber ebenso vom Kalten Krieg geprägt wurde.

## KOOPERATIONS- UND KONKURRENZFELD: ENTWICKLUNG

Viele antikoloniale Bewegungen hatten neben politischer Selbstbestimmung auch „Entwicklung“

**17** Vgl. hierzu etwa Roberts (Anm. 1); Jeffrey James Byrne, *Mecca of Revolution. Algeria, Decolonization, and the Third World Order*, New York 2016; Stephen Ellis, *External Mission: The ANC in Exile, 1960–1990*, New York 2013.

**18** Vgl. Adom Getachew, *Worldmaking after Empire. The Rise and Fall of Self-Determination*, Princeton–Oxford 2019.

**19** Vgl. Frederick Cooper, *Citizenship Between Empire and Nation. Remaking France and French Africa, 1945–1960*, Princeton 2014; Gary Wilder, *Freedom Time: Negritude, Decolonization, and the Future of the World*, Durham 2015; Lisa Hoppel, *Internationalistischer Nationalismus: Lehren aus dem panafrikanischen Befreiungskampf*, Wien 2019.

**20** Vgl. Michael Goebel, *Epilogue: The National and the Colonial in the Anticolonial Transnational*, in: Erez Manela/Heather Streets-Salter (Hrsg.), *The Anticolonial Transnational*, Cambridge 2023, S. 292–306.

versprochen – eine Chiffre, die für Fortschritt, Modernität, Wachstum, soziale Wohlfahrt und bessere Lebensbedingungen stand. Unweigerlich klinkten sie sich damit in ein globales Geflecht von Entwicklungsdiskursen und -praktiken ein. Die Geschichtsschreibung geht mittlerweile weiter, als in US-Präsident Harry S. Trumans „Point Four Program“ von 1949 den Ursprung der „Entwicklungshilfe“ zu sehen oder den Globalen Süden als unbeschriebenes Interventionsfeld für modernisierungstheoretische Entwicklungsmodelle aus Washington oder Moskau darzustellen. Akteur:innen im Globalen Süden bauten auf kolonialen Praktiken auf oder grenzten sich davon ab, griffen verschiedenste Ideen auf, entwickelten Alternativen und versuchten, die Quellen für Transfers zu diversifizieren, um die Abhängigkeit von der vorherigen Kolonialmacht zu verringern.<sup>21</sup>

Im Kontext ungleicher Machtbeziehungen nutzten politische Eliten im Globalen Süden die Systemkonkurrenz des Kalten Krieges und heizten sie zum Teil sogar bewusst an, um die Staats- und Nationsbildung voranzutreiben, Souveränität und territoriale Integrität zu sichern, Ressourcentransfers zu maximieren und oft auch, um Machtansprüche mithilfe der Unterdrückung von Oppositionsparteien, Gewerkschaften und Minderheiten durchzusetzen.<sup>22</sup> Solche Initiativen, ebenso wie Programme zur Geburtenkontrolle, Eindämmung von Krankheiten oder Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion (Stichwort „Grüne Revolution“), bedeuteten einschneidende Transformationen in vielen Gesellschaften des Globalen Südens, die dabei von Regierungen, internationalen Organisationen, NGOs und Expert:innen gleichermaßen oft wie Experimentierfelder behandelt wurden.<sup>23</sup>

In zahlreichen Studien wurde mittlerweile aufgezeigt, wie inter- und transnationale Res-

**21** Vgl. Joseph M. Hodge, *Writing the History of Development (Part 2: Longer, Deeper, Wider)*, in: *Humanity* 1/2016, S. 125–174.

**22** Vgl. Bradley R. Simpson, *Economists with Guns. Authoritarian Development and US-Indonesian Relations, 1960–1968*, Stanford 2008; Mattias Fibiger, *Suharto's Cold War. Indonesia, Southeast Asia, and the World*, New York 2023.

**23** Vgl. Corinna R. Unger, *International Development. A Post-war History*, London 2018; Jan Eckel, *Vielschichtiger Konflikt und transnationale Steuerung: Zur Neuinterpretation der Geschichte internationaler Politik zwischen den 1940er- und den 1990er-Jahren*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 57/2017, S. 497–535.

sourcen-, Personal- und Ideenflüsse die nationalen Entwicklungsversuche in Theorie und Praxis durchzogen.<sup>24</sup> Die spezifischen Konstellationen von Dekolonisierung und Kaltem Krieg waren dabei prägend und stets ein Zeichen für die politische Dimension von Entwicklungsprojekten. Deutlich wird das etwa beim sogenannten Freedom Railway, einem in dieser Größe äußerst seltenen Infrastrukturprojekt in Afrika. Nachdem westliche Länder und die Sowjetunion eine Finanzierung abgelehnt hatten, nahm China, das zu dieser Zeit aktiv Allianzen im Globalen Süden knüpfte,<sup>25</sup> ab 1967 eine Schlüsselrolle bei der Errichtung einer Eisenbahnstrecke vom Kupfergürtel Sambias bis zur Hafenstadt Dar es Salaam ein. Das unabhängige Sambia verringerte so die Abhängigkeit von Exportrouten durch Apartheid-Südafrika, Rhodesien (heute Simbabwe) und portugiesische Kolonien und hatte mehr Möglichkeiten, Befreiungsbewegungen aus der Region zu unterstützen.<sup>26</sup>

Derartige Formen der Süd-Süd-Kooperation sind nach wie vor vergleichsweise selten untersucht worden.<sup>27</sup> Mehr Aufmerksamkeit haben Forderungen nach gerechteren Handelsbedingungen erhalten, die sich in der Gründung internationaler wirtschaftlicher Institutionen wie der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) 1964 und der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) 1973 niederschlugen. Im Zuge von Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, einer Neuen Weltinformationsordnung sowie ähnlichen Initiativen für einen Systemwandel nahm das Denken in Kategorien von „Nord“ und „Süd“ und damit auch der Begriff des „Globalen Südens“ Form an, nicht zuletzt als Alternative zum Begriff der „Dritten Welt“, der zunehmend zu einer reinen Fremdbeschreibung

mit abwertendem Klang wurde.<sup>28</sup> Auch Gegenentwürfe zu Modernisierungstheorien wie die lateinamerikanischen Dependenztheorien oder die Weltsystemtheorie gewannen an Einfluss. Diese Forschungsansätze rückten die kolonialen Wurzeln und globalen Ursachen wirtschaftlicher Ungleichheiten in den Mittelpunkt, um zu erklären, warum postkoloniale Staaten trotz ambitionierter Modernisierungsprogramme in einem Zustand der Abhängigkeit verblieben. Eng verknüpft waren sie mit politischen Kämpfen, die darauf zielten, die asymmetrische Einbindung in den kapitalistischen Weltmarkt zu überwinden.<sup>29</sup>

Um Überschuldungs- und Wirtschaftskrisen anzugehen, setzten Reformerr:innen in den 1980er Jahren jedoch zunehmend auf wirtschaftsliberale Rezepte. Die neuere historische Forschung dazu sucht sich von älteren Narrativen abzugrenzen, die hier recht schematisch entweder die erfolgreiche Diffusion oder, in kritischer Perspektive, die Oktroyierung neoliberaler Ideologien sehen. Auf der Basis neuer Archivbestände werden nun verschiedene Liberalismen aus dem Globalen Süden, die konkreten Aushandlungsprozesse bei Reformen sowie auch Widerstand gegen die von westlichen Finanzinstitutionen geforderten Strukturanpassungsmaßnahmen untersucht.<sup>30</sup> Diese Forschungen zu verschiedenen Liberalismen und kapitalistischen Strategien stehen noch weitgehend am Anfang. Zu erwarten ist aber eine Ausdifferenzierung ähnlich wie in bereits vorgelegten

**24** Vgl. Sara Lorenzini, *Global Development. A Cold War History*, Princeton 2019; Abou B. Bamba, *African Miracle, African Mirage. Transnational Politics and the Paradox of Modernization in Ivory Coast*, Athens OH 2016; Timothy Nunan, *Humanitarian Invasion. Global Development in Cold War Afghanistan*, New York 2016; Alessandro Iandolo, *Arrested Development. The Soviet Union in Ghana, Guinea, and Mali, 1955–1968*, Ithaca 2022.

**25** Siehe auch den Beitrag von Christine Hackenesch in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

**26** Vgl. Jamie Monson, *Africa's Freedom Railway. How a Chinese Development Project Changed Lives and Livelihoods in Tanzania*, Bloomington 2009.

**27** Vgl. Christine Hatzky, *Kubaner in Angola. Süd-Süd-Kooperation und Bildungstransfer 1976–1991*, München 2012.

**28** Vgl. Christy Thornton, *Revolution in Development. Mexico and the Governance of the Global Economy*, Oakland 2021; Christopher R. W. Dietrich, *Oil Revolution. Anticolonial Elites, Sovereign Rights, and the Economic Culture of Decolonization*, Cambridge 2017; Jonas Kreienbaum, *Das Öl und der Kampf um eine Neue Weltwirtschaftsordnung. Die Bedeutung der Ölkrisen der 1970er Jahre für die Nord-Süd-Beziehungen*, Berlin u. a. 2022; Steffen Fiebrig/Jürgen Dinkel/Frank Reichherzer (Hrsg.), *Nord/Süd: Perspektiven auf eine globale Konstellation*, Berlin–Boston, 2020.

**29** Vgl. Lukas Schmidt/Sabine Schröder (Hrsg.), *Entwicklungstheorien. Klassiker, Kritik und Alternativen*, Wien 2016; Margarita Fajardo, *The World That Latin America Created. The United Nations Economic Commission for Latin America in the Development Era*, Cambridge–London 2022.

**30** Vgl. etwa Frank Gerits, *Anticolonial Capitalism: How Ghana Came to Embrace Market-Led Development Theory (the 1970s–1990s)*, in: *Southern Journal for Contemporary History* 1/2022, S. 4–26; Kevin Axe/Tobias Rupprecht/Alice Trinkle, *Peripheral Liberalism. New Perspectives on the History of the Liberal Script in the (Post-)Socialist World*, SCRIPTS Working Paper 13/2021; Benedetto Zaccaria/Duccio Basosi/Mauro Campus, *Nuovi studi sulle origini del Washington Consensus*, in: *Rivista italiana di storia internazionale* 2/2020, S. 191–194.

Arbeiten zu sozialistischen Entwicklungsmodellen, die diesen Liberalismen häufig vorausgingen.

### JENSEITS DES „OSTBLOCKS“: SOZIALISMEN UND OST-SÜD-BEZIEHUNGEN

Studien zu „peripheren Sozialismen“ in Asien, Afrika und Lateinamerika haben aufgezeigt, dass sich nicht von „dem“ Sozialismus im Singular sprechen lässt.<sup>31</sup> Experimente mit dem „Afrikanischen Sozialismus“ und dem „Arabischen Sozialismus“, aber auch Sozialismen von Regierungen in Chile und Indien blieben – trotz weitreichender bilateraler Beziehungen – ideologisch meist deutlich auf Distanz zum sowjetischen Lager. Stattdessen betonten sie eigene kulturelle (auch religiöse) Traditionen und koloniale Unterentwicklung beziehungsweise imperiale Einflussnahme als Quellen für eigenständige Sozialismusinterpretationen, die zudem die nationalstaatliche Souveränität von „fremden“ Einflüssen und Ideologien schützen sollten.<sup>32</sup>

Von besonderer Bedeutung ist hier das Beispiel China: Es macht einen gravierenden Unterschied, ob die Revolution und Gründung der Volksrepublik 1949 in erster Linie als weitere Etappe kommunistischer Expansion gelesen oder in die Geschichte der globalen Dekolonisierung eingebettet wird; ebenso, ob man den offenen Bruch mit der Sowjetunion in den frühen 1960er Jahren eher als bilateralen Konflikt oder als geopolitische Rivalität mit Blick auf die Vorherrschaft im Globalen Süden untersucht.<sup>33</sup> Solche Deutungen zeigen in Richtung einer neu perspektivierten Kommunismusgeschichte „jenseits des Eurozentrismus“, die auch mit einem multipolaren statt bipolaren Bild vom Kalten Krieg einhergeht.<sup>34</sup>

Dieses Bild der Multipolarität hat durch die empirische Untersuchung der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten Osteuropas und dem Globalen Süden<sup>35</sup> – auch als „Ost-Süd-Beziehungen“ bezeichnet – deutlich an Kontur gewonnen. Wie James Mark und Tobias Rupprecht festgestellt haben, wurde die „sozialistische Welt“ lange entweder als isoliert von Globalisierungsprozessen oder aber als deren Opfer betrachtet.<sup>36</sup> Forschungen, die dieses Bild vom abgeschotteten Sozialismus revidieren, thematisieren „alternative Globalisierungen“ oder eine „sozialistische Globalisierung“ und weisen diese etwa anhand von diplomatischen, kulturellen, militärischen oder ökonomischen Verflechtungen nach.<sup>37</sup> Analog zur „Dritten Welt“ als Projekt handelte es sich auch bei der Allianz zwischen dem „sozialistischen Weltsystem“ und den „jungen Nationalstaaten“ um „Experimente“. Das rückt auch zentrale Institutionen des „Ostblocks“ in ein anderes Licht: So war etwa der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe keinesfalls auf Osteuropa beschränkt, sondern hatte mit Vietnam, Kuba und der Mongolei vollwertige Mitglieder aus dem Globalen Süden sowie weitere Länder mit Beobachterstatus, die zum Teil beitreten wollten, aber nicht durften.<sup>38</sup> Eine besonders intensiv untersuchte Dimension der Ost-Süd-Beziehungen sind *socialist mobilities*, also staatlich gesteuerte und zeitlich begrenzte Formen der Migration, etwa die Aufenthalte von Zehntausenden Student:innen und Vertragsarbeiter:innen aus dem Globalen Süden in Osteuropa, die sehr unterschiedliche persönliche Motive verfolgten und ihre Lebenswege

**31** Vgl. Priya Lal, *Tanzanian Ujamaa in a World of Peripheral Socialisms*, in: Jian Chen et al. (Hrsg.), *The Routledge Handbook of the Global Sixties. Between Protest and Nation-Building*, London–New York 2018; Joachim Becker/Rudy Weissenbacher (Hrsg.), *Sozialismen. Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere*, Wien 2009.

**32** Vgl. Françoise Blum et al. (Hrsg.), *Socialismes en Afrique. Socialisms in Africa*, Paris 2021; Su Lin Lewis/Nana Osei-Opere (Hrsg.), *Socialism, Internationalism, and Development in the Third World. Envisioning Modernity in the Era of Decolonization*, London 2024.

**33** Vgl. Felix Wemheuer, *Chinas große Umwälzung. Soziale Konflikte und Aufstieg im Weltsystem*, Köln 2019; Jeremy S. Friedman, *Shadow Cold War. The Sino-Soviet Competition for the Third World*, Chapel Hill 2015.

**34** Vgl. Matthias Middell (Hrsg.), *Kommunismus jenseits des Eurozentrismus. Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2019, Berlin 2019.

**35** Vgl. David C. Engerman, *The Second World's Third World*, in: *Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History* 1/2011, S. 183–211.

**36** Vgl. James Mark/Tobias Rupprecht, *The Socialist World in Global History. From Absentee to Victim to Co-Producer*, in: Matthias Middell (Hrsg.), *The Practice of Global History. European Perspectives*, London 2019, S. 81–115.

**37** Vgl. James Mark/Paul Betts (Hrsg.), *Socialism Goes Global. The Soviet Union and Eastern Europe in the Age of Decolonisation*, Oxford 2022; James Mark/Artemy M. Kalinovsky/Steffi Marung (Hrsg.), *Alternative Globalizations. Eastern Europe and the Postcolonial World*, Bloomington 2020.

**38** Vgl. Steffi Marung/Uwe Müller/Stefan Troebst, *Monolith or Experiment? The Bloc as a Spatial Format*, in: Matthias Middell/Steffi Marung (Hrsg.), *Spatial Formats Under the Global Condition*, Berlin 2019, S. 275–309; Eric Burton, *From Convergence to Divergence. Mozambique's Failed Campaign to Join the CMEA and the Reconfiguration of East-South Relations*, in: *Cold War History* 2023, <https://doi.org/10.1080/14682745.2023.2206648>.

zum Teil auch auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs fortsetzten.<sup>39</sup>

Kritik an diesem revisionistischen Narrativ einer „alternativen Globalisierung“ besagt, dass Ausmaße und Effekte dieser mannigfaltigen Ost-Süd-Beziehungen überinterpretiert werden.<sup>40</sup> Andere wiederum sehen bedeutende Rückwirkungen dieser Beziehungen auf die Außenpolitik, bestimmte gesellschaftliche Bereiche, die Legitimierung kommunistischer Herrschaft oder die Bearbeitung und Verschlimmerung der spätsozialistischen ökonomischen Malaise.<sup>41</sup>

### NEUES METANARRATIV UND ANDERE ZÄSUREN?

Wie ändern Forschungen zu Süd-Süd- und Ost-Süd-Beziehungen, Sozialismen und antikolonialen *Worldmaking*-Strategien das Bild vom 20. Jahrhundert und vom Kalten Krieg? Zweifellos „globalisierten“ Dekolonisierungsprozesse den Kalten Krieg, während der Kalte Krieg Spielräume für antikoloniale Akteur:innen des Globalen Südens bot und in der Auseinandersetzung mit der West-Ost-Dichotomie neue Verortungen, Solidaritäten und Identitäten produzierte.<sup>42</sup> Mittlerweile ist es nicht mehr möglich, den Kalten Krieg in seiner globalen Dimension ohne die Dekolonisierung zu betrachten und Akteur:innen aus dem Globalen Süden einzubeziehen, die das Geflecht der „Nord-Süd-Ost-West-Beziehungen“ mitformten.<sup>43</sup> Dadurch ist es aber auch schwieriger geworden, von Einzelstudien komplexer Gemengelage in bestimmten Ge-

genden auf raumübergreifende Dynamiken zu schließen. Die alten Konzepte sind zu eng geworden. Ein Vorschlag mancher zur Ausweitung ist, den Kalten Krieg selbst in eine Langzeitperspektive als bloße Episode in einem längeren Widerstreit zwischen Imperialismus und Antiimperialismus einzuordnen – ähnlich zu dem Hinweis, dass der Systemkonflikt dem Kalten Krieg vorausging und ihn überdauerte. Diese Perspektive wird bisweilen in Ergänzung, bisweilen aber auch in Konkurrenz zum „Ordnungsmuster“ Kalter Krieg vorgeschlagen.<sup>44</sup> Zum Metanarrativ stilisiert, birgt aber beispielsweise die Darstellung der Dekolonisierung als wichtigster Prozess des 20. Jahrhunderts die Gefahr, selbst wieder Komplexitäten zu reduzieren und die Rolle internationaler Organisationen oder spezifischer regionaler Dynamiken zu unterschlagen.

Von einer Komplexitätsreduktion war lange auch der Blick auf das Ende des Kalten Krieges gekennzeichnet. Während „1989“ mit Bezug auf Ost- und Mitteleuropa als markante Chiffre für den Zusammenbruch des Staatssozialismus steht, lässt sich für den Globalen Süden und die dortigen Sozialismen keine schlüssige übergreifende Zäsur setzen. Sozialistische Regierungen wurden seit den 1960er und 1970er Jahren wie in Ghana oder Chile durch Putsche abgesetzt, gingen wie in Tansania in den 1990er Jahren in neoliberale Parteien in Mehrparteiensystemen über, überdauern sehr unterschiedlich transformiert in China oder Kuba und wurden in den vergangenen Jahrzehnten in Bolivien und Venezuela neu ausgerufen. Selbst über den Bereich von Sozialismen hinaus ist „1989“ keine sinnvolle Klammer für Länder, in denen entscheidende Brüche – wie etwa die Islamische Revolution im Iran – teils in den späten 1970er Jahren zu suchen sind, teils wie beim Genozid in Ruanda und dem Ende der Apartheid in Südafrika in den frühen 1990er Jahren.

Mit Blick auf den Globalen Süden scheint es daher sinnvoll, eher eine breitere Transformationsphase zu betrachten, indem politische Zäsuren mit wirtschaftlichen Einbrüchen, einer neuen internationalen Arbeitsteilung und der wachsenden Ungleichheit zwischen Nord und Süd so-

**39** Vgl. Christina Schwenkel, *Socialist Mobilities. Crossing New Terrains in Vietnamese Migration Histories*, in: *Central and Eastern European Migration Review* 1/2015, S. 13–25; Constantin Katsakioris, *The Socialist Countries, North Africa and the Middle East in the Cold War: The Educational Connection*, in: *Contemporary European History* 4/2021, S. 597–612; Marcia C. Schenck, *Remembering African Labor Migration to the Second World. Socialist Mobilities Between Angola, Mozambique, and East Germany*, Cham 2023.

**40** Vgl. Béla Tomka, *Globalization in State Socialist East Central Europe. Looking Beyond Dominant Narratives*, Cham 2024.

**41** Vgl. Max Trecker, *Red Money for the Global South. East-South Economic Relations in the Cold War*, Milton Park u. a. 2020.

**42** Vgl. Leslie James/Elisabeth Leake (Hrsg.), *Decolonization and the Cold War. Negotiating Independence*, London u. a. 2015.

**43** Vgl. Margarete Grandner/Arno Sonderegger (Hrsg.), *Nord-Süd-Ost-West-Beziehungen. Eine Einführung in die Globalgeschichte*, Wien 2015.

**44** Vgl. Gyan Prakash/Jeremy Adelman, *Introduction: Imagining the Third World. Genealogies of Alternative Global Histories*, in: dies. (Hrsg.), *Inventing the Third World: In Search of Freedom for the Postwar Global South*, London 2022, S. 7–27, hier S. 18.

wie innerhalb des Globalen Südens und einzelner Gesellschaften zusammengedacht werden.<sup>45</sup> Eine Aufgabe dabei wird sein, die Geschichte von Kapitalismen und Sozialismen konsequenter als global und verflochten zu denken, auch über das Ende des Kalten Krieges hinaus. Auch wenn die Sowjetunion als Verliererin des Kalten Krieges erinnert wird, haben sich sozialistische wie auch kapitalistische Strategien und Praktiken in Interaktion miteinander – und das heißt auch: in und mit dem Globalen Süden – verändert.<sup>46</sup> Der Annahme einer stetig zunehmenden Globalisierung in den 1980er und 1990er Jahren steht die These gegenüber, dass der Kollaps des Realsozialismus im sowjetischen Lager nicht der Startschuss für die Globalisierung Osteuropas war, sondern –

aufgrund des Wegfalls zahlreicher Ost-Süd-Verbindungen – vielmehr eine gegenläufige Tendenz der „Deglobalisierung“ beschleunigte, die auch in der zunehmenden Abschottung und regionalen Integration des Globalen Nordens ersichtlich ist, beispielsweise an der Europäischen Union.<sup>47</sup> Um die größeren Linien und Auswirkungen bis in die Gegenwart weiter herauszuarbeiten, wird es weitere Forschungen brauchen – gerade zu den nach wie vor zu selten thematisierten Süd-Süd-Beziehungen und der Frage, wie Akteur:innen im Globalen Süden nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Geschicke in die eigenen Hände nahmen und die Welt aktiv mitformten, um eine andere aus ihr zu machen.

**45** Eckel (Anm. 23).

**46** Vgl. Jeremy Friedman, *Ripe for Revolution. Building Socialism in the Third World*, Cambridge MA 2022, S. 7; Quinn Slobodian, *Globalists. Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus*, Berlin 2018.

**47** Vgl. James Mark et al., 1989. *A Global History of Eastern Europe*, Cambridge 2019.

#### ERIC BURTON

ist Assistenzprofessor für Globalgeschichte am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck.

#### KATHARINA FÖGER

ist Projektmitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck.

# euro|topics

30 Länder – 300 Medien – 1 Presseschau

Die euro|topics-Presseschau: Der tägliche Blick in europäische Kommentare aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur – in drei Sprachen.

[www.eurotopics.net](http://www.eurotopics.net)

# Alles Wichtige aus dem Bundestag – seit 1951



Testen Sie „Das Parlament“  
vier Ausgaben kostenlos.



Herausgegeben von der  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 7. März 2025

#### REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash  
Nele Bieler (Praktikantin)  
Anne-Sophie Friedel (verantwortlich für diese Ausgabe)  
Julia Heinrich  
Sascha Kneip  
Johannes Piepenbrink  
Leontien Potthoff (Volontärin)  
apuz@bpb.de  
www.bpb.de/apuz  
www.bpb.de/apuz-podcast

Newsletter abonnieren: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)  
Einzelausgaben bestellen: [www.bpb.de/shop/apuz](http://www.bpb.de/shop/apuz)

#### GRAFISCHES KONZEPT

Meiré und Meiré, Köln

#### SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

#### DRUCK

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Geldern

#### ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung

„DAS PARLAMENT“ ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.

Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe  
13/2025, 22. März 2025

**SCHULDEN**



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)